



AUSBILDUNGSPLAN

Technisches Referendariat

der Fachrichtung

Geodäsie und Geoinformation

im Land Brandenburg

Inhaltsverzeichnis

0	Einleitung	7
0.1	Hintergrund des Dokuments/Motivation	7
0.2	Organisation der Laufbahnausbildung	8
0.3	Ausbildungsabschnitte und Prüfungen.....	8
0.4	Regelmäßige Ausbildungsschwerpunkte in allen Ausbildungsstellen.....	9
0.5	Ausbildungsstellen und Anteile an den einzelnen Ausbildungsabschnitten:	10
0.6	Wahrzunehmende Termine während des technischen Referendariats	13
0.7	Erläuterungen zu den Ausbildungsabschnitten.....	14
0.8	Ausbildungsnachweise und Beurteilungen	16
1	Ausbildungsplan für den Ausbildungsabschnitt I (Liegenschaftskataster und Landesvermessung, Geobasisinformationssystem)	17
1.1	Ausbildungsdauer	17
1.2	Ausbildungsstellen	17
1.3	Ausbildungsschwerpunkte	17
1.4	Prüfstoffverzeichnis für den Ausbildungsabschnitt I (Liegenschaftskataster und Landesvermessung, Geobasisinformationssystem).....	17
1.5	Anteil der einzelnen Ausbildungsstellen am Ausbildungsabschnitt I.....	20
1.6	Abfolge und Schwerpunkte der Ausbildungsstellen	20
1.7	Wahrzunehmende Termine im Ausbildungsabschnitt.....	21
1.8	Detailplanung für die einzelnen Ausbildungsteilabschnitte	22
1.8.1	Modul 1 – Amtliches deutsches Vermessungs- und Geoinformationswesen.....	22
1.8.2	Modul 2 – Herausforderung und Bedeutung des amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens.....	23
1.8.3	Modul 3 – Rechtliche Grundlagen und Organisation.....	24
1.8.4	Modul 4 – Liegenschaftskataster	25
1.8.5	Modul 5 – Landesvermessung	29
1.8.6	Modul 6 – Geobasisinformationssystem	32
1.8.7	Modul 7 – Strategien.....	33
1.8.8	Modul 8 – Länderübergreifende Zusammenarbeit	34
1.8.9	Modul 9 – Entwicklungstendenzen.....	36
2	Ausbildungsplan für den Ausbildungsabschnitt II (Landentwicklung)	38
2.1	Ausbildungsdauer	38
2.2	Ausbildungsstellen	38
2.3	Ausbildungsschwerpunkte:	38
2.4	Prüfstoffverzeichnis für den Ausbildungsabschnitt II (Landentwicklung).....	39
2.5	Anteil der einzelnen Ausbildungsstellen am Ausbildungsabschnitt IV	41
2.6	Schwerpunkte und Abfolge der Ausbildungsstellen	41

2.7	Wahrzunehmende Termine im Ausbildungsabschnitt	42
2.8	Detailplanung für die einzelnen Ausbildungsteilabschnitte	43
2.8.1	Modul 1 – Herausforderungen für die Landentwicklung	43
2.8.2	Modul 2 – Anforderungen an die ländlichen Räume und Instrumente der Landentwicklung	45
2.8.3	Modul 3 – Agrar- und Strukturpolitik für die ländlichen Räume	47
2.8.4	Modul 4 – Verfahren nach Flurbereinigungs- und Landwirtschaftsanpassungsgesetz	50
2.8.5	Modul 5 – Modernes Verwaltungshandeln	53
2.8.6	Modul 6 – Einordnung und Entwicklung der Landentwicklung	56
3	Ausbildungsplan für den Ausbildungsabschnitt III (Landesplanung und Städtebau)	58
3.1	Ausbildungsdauer	58
3.2	Ausbildungsstellen	58
3.3	Ausbildungsschwerpunkte	58
3.4	Prüfstoffverzeichnis für den Ausbildungsabschnitt III (Landesplanung und Städtebau).....	59
3.5	Anteil der einzelnen Ausbildungsstellen am Ausbildungsabschnitt III	60
3.6	Abfolge und Schwerpunkte der Ausbildungsstellen	61
3.7	Wahrzunehmende Termine im Ausbildungsabschnitt	62
3.8	Detailplanung für die einzelnen Ausbildungsteilabschnitte	62
3.8.1	Modul 1 – Herausforderung für Raumordnung und Stadtentwicklung	62
3.8.2	Modul 2 – Landesplanung, Raumordnung	65
3.8.3	Modul 3 – Städtebau und Bodenordnung	67
3.8.4	Modul 4 - Immobilienwertermittlung	71
3.8.5	Modul 5 – Interdisziplinäre Zusammenarbeit	73
3.8.6	Modul 6 – Entwicklungsprozesse	75
4	Ausbildungsplan für den Ausbildungsabschnitt IV (Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur)	77
4.1	Ausbildungsdauer	77
4.2	Ausbildungsstellen	77
4.3	Ausbildungsschwerpunkte:	77
4.4	Prüfstoffverzeichnis für den Ausbildungsabschnitt IV (Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur)	78
4.5	Anteil der einzelnen Ausbildungsstellen am Ausbildungsabschnitt IV	80
4.6	Abfolge und Schwerpunkte der Ausbildungsstellen	80
4.7	Wahrzunehmende Termine im Ausbildungsabschnitt	81
4.8	Detailplanung für die einzelnen Ausbildungsteilabschnitte	82
4.8.1	Modul 1 – Herausforderungen für das Geoinformationswesen	82
4.8.2	Modul 2 – Bedeutung der Geoinformationen	84
4.8.3	Modul 3 – GeoGovernment und Strategien	86
4.8.4	Modul 4 – Geodatenmanagement (GDM)	87
4.8.5	Modul 5 – Geodateninfrastruktur (GDI)	89

4.8.6	Modul 6 – Entwicklungen und Interdisziplinarität	92
5	Ausbildungsplan für den Ausbildungsabschnitt V (Seminare und Lehrgänge, Prüfungen) einschließlich der Ausbildungsabschnitt-übergreifenden Themen Allgemeine Rechts- und Verwaltungsgrundlagen sowie Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit	94
5.1	Ausbildungsdauer	94
5.2	Ausbildungsstellen	94
5.3	Ausbildungsschwerpunkte	94
5.4	Prüfstoffverzeichnis für den Ausbildungsabschnitt V (Seminare und Lehrgänge, Prüfungen)	95
5.4.1	Prüfungsfach 1: Allgemeine Rechts- und Verwaltungsgrundlagen (fachrichtungsübergreifend)	95
5.4.2	Prüfungsfach 2: Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit (fachrichtungsübergreifend)	97
5.5	Anteil der einzelnen Ausbildungsstellen am Ausbildungsabschnitt V	100
5.6	Abfolge und Schwerpunkte der Seminare und Lehrgänge.....	101
5.7	Wahzunehmende Termine im Ausbildungsabschnitt	104
5.8	Detailplanung für die einzelnen Ausbildungsteilabschnitte zum Prüfungsfach 1: Allgemeine Rechts- und Verwaltungsgrundlagen (fachrichtungsübergreifend).....	104
5.8.1	Modul 1 – Rechtsgeschichte	104
5.8.2	Modul 2 – Allgemeines Staatsrecht.....	105
5.8.3	Modul 3 – Verfassungsrecht des Bundes und der Länder	106
5.8.4	Modul 4 – Europäische Union	107
5.8.5	Modul 5 – Kommunalrecht	108
5.8.6	Modul 6 – Verwaltungsaufbau und Behördenorganisation bei Bund, Ländern, kommunalen Gebietskörperschaften und anderen öffentlich-rechtlichen Institutionen.....	109
5.8.7	Modul 7- Allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungshandeln, Verwaltungsprozessrecht	110
5.8.8	Modul 8 – Besonderes Verwaltungsrecht	111
5.8.9	Modul 9 – Privatrecht und Zivilprozessrecht	112
5.8.10	Modul 10 – Strafrecht.....	113
5.9	Detailplanung für die einzelnen Ausbildungsteilabschnitte zum Prüfungsfach 2: Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit (fachrichtungsübergreifend)	114
5.9.1	Modul 1 - Leitungskonzeptionen, -methoden und -techniken.....	114
5.9.2	Modul 2 – Management der öffentlichen Verwaltung und betriebswirtschaftliche Steuerung	117
5.9.3	Modul 3 – Personalführung	120
5.9.4	Modul 4 – Kommunikation.....	123
5.9.5	Modul 5 –Informationstechnik	124
5.9.6	Modul 6 – Organisation	127
5.9.7	Modul 7- Haushalts-, Rechnungs- und Kassenwesen des Bundes, der Länder und der Kommunen.....	129
5.9.8	Modul 8 – Volks- und betriebswirtschaftliche Untersuchungen.....	130
5.10	Detailplanung für Seminare und Lehrgänge zu übergeordneten Themen aus den Ausbildungsabschnitten I bis IV (Prüfungsfächer 3 bis 6).....	132
5.10.1	Interdisziplinäre Seminare zu übergeordneten Fachthemen.....	132
5.10.2	Seminare/Lehrgänge zu übergeordneten Themen für die Referendarinnen und Referendare der Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation	133

5.11 Detailplanung zu den Prüfungen.....134

0 Einleitung

Das technische Referendariat der Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation ist der Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienstes. Zweck und Ziel des technischen Referendariats ist es, Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen eines wissenschaftlich-technischen Studienganges der Fachrichtung Geodäsie und Geoinformatik/Geoinformation als Führungskräfte zu qualifizieren und sie auf Leitungsfunktionen praxisgerecht vorzubereiten.

0.1 Hintergrund des Dokuments/Motivation

Mit der Brandenburgischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung höherer technischer Dienst (BbgAPOhtD) vom 9. Oktober 2018 wurde die im Jahr 2011 durch das Oberprüfungsamt (OPA) angestoßene grundlegende Reform des technischen Referendariats für das Land Brandenburg umgesetzt.

Mit der Reform wird von der vorrangigen Vermittlung fachlichen Wissens Abstand genommen. Vielmehr wird auf das im Studium erworbene Fachwissen aufgebaut und die Schwerpunkte des Referendariats auf die theoretische und praktische Ausbildung von Management- und Kommunikationsfähigkeiten sowie der sozialen Kompetenz gelegt. Priorität ist nunmehr den Führungsaspekten des Fachgebiets und der Interdisziplinarität einzuräumen. Darüber hinaus ist das Verständnis für wirtschaftliche und rechtliche Zusammenhänge, Urteilsvermögen, Auftreten, Überzeugungskraft und Präsentation zu stärken.¹

Vor diesem Hintergrund wurde mit der BbgAPOhtD vom 9. Oktober 2018 auch für die technischen Referendarinnen und Referendare des Landes Brandenburg der Rahmenausbildungsplan (Anlage 7a BbgAPOhtD) und das Prüfstoffverzeichnis (Anlage 7c BbgAPOhtD) grundlegend überarbeitet und an die o. g. Anforderungen entsprechend der Empfehlung des Kuratoriums des Oberprüfungsamtes² zur Ausbildungs- und Prüfungsordnung angepasst.

Die Reform der Laufbahnausbildung beinhaltet insbesondere die Reduzierung des Referendariats von 26 auf 24 Monate, die Aufnahme des neuen Ausbildungsabschnittes und Prüfungsfaches „Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur“, die Zusammenfassung der Abschnitte „Liegenschaftskataster“ und „Landesvermessung“ zu einem Ausbildungsabschnitt sowie eine Anpassung von Inhalt und Dauer aller Ausbildungsabschnitte. Die Vertiefung wahlweise in einem der fachlichen Ausbildungsabschnitte entfällt. Gleichzeitig sind die Prüfstoffverzeichnisse entsprechend den neu definierten Anforderungen aktualisiert worden.

Das vorliegende Dokument stellt diese neuen Inhalte und Anforderungen für die Laufbahnausbildung für den höheren technischen Dienst der Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation für jeden Ausbildungsabschnitt zusammen. Grundlage dieser Zusammenstellung sind die BbgAPOhtD sowie Musterausbildungspläne, welche im Jahr 2019 für jedes Prüfungsfach von Arbeitsgruppen des Prüfungsausschusses Geodäsie und Geoinformation des OPA erstellt wurden.

Zielgruppe des Dokuments sind zum einen die Referendarinnen und Referendare und zum anderen die an der Laufbahnausbildung beteiligten Ausbildungsstellen. Den Referendarinnen und Referendaren bietet das Dokument

¹ Vgl. Kummer, Klaus, Führungsqualifikation für Geodätinnen und Geodäten: Das neue technische Referendariat in Deutschland, in ZfV 5/2014, S. 325 f

² Vgl. Empfehlung des Kuratoriums des Oberprüfungsamtes zur Ausbildungs- und Prüfungsordnung (Blaues Heft), <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/Z/OPA/Blaues_Heft_okt_2013.pdf?__blob=publicationFile> - 1. Oktober 2013

einen Überblick über die Inhalte der Ausbildungsabschnitte und die zuständigen Ausbildungsstellen. Den Ausbildungsstellen soll die Zusammenstellung als Leitfaden darüber dienen, welche Inhalte und Fertigkeiten in den entsprechenden Ausbildungsabschnitten zu vermitteln sind.

0.2 Organisation der Laufbahnausbildung

Die Ausbildung der Referendarinnen und Referendare ist eine unter Federführung der Ausbildungsbehörde wahrzunehmende gemeinsame Aufgabe aller Einrichtungen des amtlichen Vermessungswesens und der Flurneueordnungsverwaltung, teilweise unter Einbeziehung weiterer Ausbildungsstellen.

Einstellungs- und Ausbildungsbehörde ist in Brandenburg die LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg). Sie koordiniert die Ausbildung und weist die Referendarinnen und Referendare in den jeweiligen Ausbildungsabschnitten den Ausbildungsstellen zu. Die Ausbildungsbehörde stellt dazu für jede Referendarin und für jeden Referendar im Rahmen der BbgAPOhtD einen individuellen Ausbildungsplan auf, welcher Wünsche der Laufbahnauszubildenden berücksichtigen kann. Darin enthalten sind konkrete Zeiträume, Ausbildungsstellen und ggf. in Abhängigkeit der nachgewiesenen Vorkenntnisse der Ausbildungsinhalt im Einzelnen.

0.3 Ausbildungsabschnitte und Prüfungen

Das 24-monatige Referendariat gliedert sich gemäß Anlage 7a Nr. 1 BbgAPOhtD in folgende Ausbildungsabschnitte:

Ausbildungsabschnitt I:	Liegenschaftskataster und Landesvermessung, Geobasisinformationssystem	20 Wochen
Ausbildungsabschnitt II:	Landentwicklung	16 Wochen
Ausbildungsabschnitt III:	Landesplanung und Städtebau	16 Wochen
Ausbildungsabschnitt IV:	Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur	16 Wochen
Ausbildungsabschnitt V:	Seminare und Lehrgänge, Prüfungen	24 Wochen
	Erholungsurlaub	12 Wochen
	insgesamt	104 Wochen

Die erfolgreiche Laufbahnausbildung wird mit Bestehen des Staatsexamens abgeschlossen. Das Staatsexamen besteht aus einer häuslichen Prüfungsarbeit, den schriftlichen Prüfungen unter Aufsicht sowie einer mündlichen Prüfung.

Entsprechend Anlage 7b BbgAPOhtD sind Prüfungen zu nachfolgenden Fächern abzunehmen. Die schriftlichen Prüfungen sind aus vier Prüfungsfächern zu fertigen, dabei wird mindestens eine Prüfungsaufgabe aus den Prüfungsfächern 1 oder 2 gestellt. Die mündlichen Prüfungen werden in allen Prüfungsfächern durchgeführt.

Prüfungsfach 1	Allgemeine Rechts- und Verwaltungsaufgaben
Prüfungsfach 2	Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit
Prüfungsfach 3	Liegenschaftskataster und Landesvermessung, Geobasisinformationssystem
Prüfungsfach 4	Landentwicklung
Prüfungsfach 5	Landesplanung und Städtebau
Prüfungsfach 6	Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur

0.4 Regelmäßige Ausbildungsschwerpunkte in allen Ausbildungsstellen

Neben den fachlichen Schwerpunkten in den einzelnen Ausbildungsabschnitten sind durch alle Ausbildungsstellen gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD kontinuierlich Management- und Kommunikationsqualifikationen sowie soziale Kompetenz ausbildungsbegleitend in Theorie und Praxis zu vermitteln. Durch die eigenständige Bearbeitung von Aufgaben oder Projekten bzw. der Leitung von Projektgruppen sind die überfachlichen Führungs- und Managementtechniken anzuwenden.

Besonderer Wert ist darauf zu legen, dass die Referendarinnen und Referendare sich in der Präsentationstechnik, im Vortrag und im Schriftverkehr vervollkommen. Ihnen ist Gelegenheit zur Teilnahme an Terminen, Verhandlungen und Sitzungen zu geben. Insbesondere sollen die Referendarinnen und Referendare an Besprechungsrunden von Behördenleitungen und anderen Führungskräften sowie an der Durchsicht der von Führungskräften zu verteilenden Eingänge (Post, E-Mails) und Aufgaben beteiligt werden. Sie sollen Kurzvorträge halten, Besprechungsrunden moderieren und Arbeitsergebnisse vorstellen. Dabei sollen Methoden und Techniken in folgenden Bereichen erlernt werden: Motivation, Gesprächsführung, Konfliktbewältigung, Rhetorik, Visualisierung, Moderation, Protokollierung, Delegation, Besprechungsvorbereitung und -durchführung sowie Feedback über die Ergebniserzielung.

Zum Ende des jeweiligen Ausbildungsabschnittes sollen die Referendarinnen und Referendare die Ergebnisse ihrer Arbeiten oder aktuelle Themen aus dem Ausbildungsabschnitt in der jeweiligen Ausbildungsstelle oder in der Ausbildungsbehörde präsentieren.

Betriebswirtschaftliche Kompetenzen, Haushaltgrundlagen und -bewirtschaftung sowie Finanzplanungen, Führungskompetenzen, Qualifizierung im Bereich Recht, Projektmanagement und organisatorische Kompetenz sind nach Möglichkeit fachrichtungsübergreifend zu vermitteln, um ihrem interdisziplinären Ansatz gerecht zu werden. Dies gilt auch für gesellschaftlich relevante Querschnittsbereiche wie z. B. Umweltschutz und Nachhaltigkeit.

Die Referendarinnen und Referendare sollen ablauf- und prozessorientiert insbesondere folgende Aufgabenbereiche kennenlernen: Beschwerde- und Widerspruchsverfahren, Grundzüge des verwaltungsrechtlichen Handelns, Anwendung des öffentlichen Dienstrechtes, Zusammenwirken der Verwaltungen interdisziplinär und Ebenen übergreifend, Geschäftsbetrieb und Organisation, Controlling sowie Projektmanagement.

Zur Stärkung der EU-Kompetenz sind Aspekte über Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene, Initiierung und Begleitung von EU-Fördermaßnahmen sowie fachpolitische Strategien in die einzelnen Ausbildungsabschnitte aufzunehmen. Auf konkrete Auswirkungen der Rechtssetzung der EU hinsichtlich unmittelbar geltenden sowie in Landesrecht zu überführende EU-Vorschriften ist einzugehen.

Allgemein sollte jede Ausbildungsstelle darüber hinaus folgende Punkte berücksichtigen:

- Generell sollten Führungskräfte die Ausbildung durchführen.
- Bei längeren Ausbildungsabschnitten (ab vier Wochen bei einer Ausbildungsstelle) soll eine Führungskraft als persönliche Ausbildungsbetreuung die Ausbildung durch regelmäßige Feedbackgespräche begleiten (§ 8 Abs. 6 BbgAPOhtD).
- Die Verknüpfung der jeweiligen Ausbildungsthemen mit den aktuellen und bedeutenden gesellschaftlichen Herausforderungen und Anforderungen an Staat und Verwaltung (z.B. Klimawandel, Digitalisierung, Integration und Partizipation aller Gesellschaftsteile mit Kennenlernen des politischen Meinungsbildungsprozesses) soll den Referendarinnen und Referendaren deutlich werden.
- Die Referendarinnen und Referendare sollen befähigt werden, fachliche Inhalte auch allgemein verständlich (nicht nur im Fachjargon) wiederzugeben.
- Zum Verständnis und zur Vertiefung der Inhalte ist die Teilnahme an Terminen, Sitzungen, Gremien und Verhandlungen elementar.
- Die Referendarinnen und Referendare sollen aktiv am Dienstgeschehen teilnehmen. Soweit möglich soll den Referendarinnen und Referendaren unter fachlicher Begleitung die aktive Leitung, Moderation oder Protokollführung von Terminen übertragen und anschließend in Feedbackgesprächen ausgewertet werden.
- Die Referendarinnen und Referendare sollen in die Situation versetzt werden, für konkrete Fallgestaltungen insbesondere unter dem Aspekt Führung/Leitung selbständig Lösungen entwerfen zu müssen.
- Die jeweilige Aufgabe der Führungskraft ist besonders herauszustellen und zu vermitteln.
- Die Vermittlung von Führungs-/Management-/Wirtschaftlichkeitsaspekten sollte anwendungsbezogen, nicht theoretisch erfolgen.
- Die Referendarinnen und Referendare sollen dazu angehalten werden, den täglichen Dienstablauf zu reflektieren und das tägliche Dienstgeschäft in das „große Ganze“ einzuordnen (entsprechende Fragestellungen können bei nahezu jeder Gelegenheit gestellt werden) und darauf aufbauend konkrete Beiträge zur Prozessoptimierung zu leisten.

0.5 Ausbildungsstellen und Anteile an den einzelnen Ausbildungsabschnitten:

Nachfolgende Tabelle soll einen Überblick über die an der Laufbahnausbildung für den höheren Dienst in der Fachrichtung Geodäsie und Geoinformatik beteiligten Ausbildungsstellen und deren Anteile geben; die zeitlichen Angaben ergeben sich dabei aus den Kapiteln zu den Ausbildungsabschnitten I bis V.

Zu Beginn einer mehrere Tage umfassenden Ausbildung in einer Ausbildungsstelle soll den Referendarinnen und Referendaren die Organisation und die Zuständigkeiten dieser vorgestellt werden. Zum Abschluss eines mehrere Tage umfassenden Ausbildungsabschnittes in einer Ausbildungsstelle ist ein Feedbackgespräch vorzusehen. Für jeden abgeschlossenen Ausbildungsabschnitt erfolgt eine Auswertung zwischen den Laufbahnauszubildenden und der Ausbildungsleitung.

Jede Ausbildungsstelle ist in dem für sie vorgesehenen Zeitraum dafür verantwortlich, den Auszubildenden einen Überblick über die jeweiligen gesetzlichen und ggf. weiteren Aufgaben sowie über die gesetzlichen Grundlagen für die Aufgabenerfüllung zu verschaffen und Hilfestellung in der Anwendung an konkreten Aufgabenstellungen zu geben.

Ausbildungsstelle	Ausbildungsabschnitt	Dauer in Tagen	Gesamtbeteiligung für einen Jahrgang	
			in Tagen	in Wochen
Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK)	I	12	32	6,4
	III	3		
	IV	12		
	V	5		
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK)	II	5	5	1
Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) einschließlich Gemeinsame Landesplanung (GL)	III	7,5	7,5	1,5
LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg); Abschnitt V einschließlich Zeiten der Prüfungsvorbereitung sowie der häuslichen Prüfungsarbeit und der schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht Geschäftsstelle Oberer Gutachterausschuss (GS OGA)	I	27	182	36,4
	IV	47,5		
	V	105		
	III	2,5		
Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF)	II	36	36	7,2
Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung Brandenburg (vlf)	II	30	30	6
Landesamt für Umwelt (LfU)	II	1	1	0,2
Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV)	III	1,5	1,5	0,3
	IV	9,5	14,5	2,9

Hospitationen bei Behörden auf Landesebene (jeweils ca. 1 Tag) z. B. MLUK, MIL, MSGIV, MWAE, LfU, LBV, LAVG, LBGR, AfS BE/BB	V	5		
Katasterbehörde (KB) i. d. R. bei der KB: Geschäftsstelle Gutachterausschuss für Grundstückswerte (GS GA) i. d. R. bei der KB: Geschäftsstelle Umlegungsausschuss (GS UmlA)	I	32	56,5	11,3
	III	20,5		
	III	4		
Grundbuchamt	I	3	3	0,6
Technisches Finanzamt	I	1	1	0,2
Kommunale Behörden oder andere Einrichtungen auf kommunaler Ebene	II	5	28	5,6
	III	19		
	IV	4		
Lokale Aktionsgruppen (LAG)/LEADER	II	3	3	0,6
Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurin/Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur (ÖbVI)	I	25	25	5
Andere Private/Wirtschaftsbetriebe/Berufsverbände	IV	3	3	0,6
Institut für Städtebau Berlin (ISB)	III	22	22	4,4
Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG)	IV	4	4	0,8
Unterweisungsgemeinschaft mit anderen Bundesländern (UWG)	V	3	3	0,6
Oberprüfungsamt (OPA); mündliche Prüfung	V	2	2	0,4
(Erholungsurlaub)		60	60	12
Summe in den Ausbildungsstellen		460		92
Gesamt (einschließlich Urlaub)		520		104

Zusätzlich zu den hier dargestellten regelmäßigen Ausbildungsanteilen können zur Prüfungsvorbereitung im Rahmen des Ausbildungsabschnittes V weitere Termine zur Vertiefung und Wiederholung mit den Ausbildungsstellen vereinbart werden (in der Tabelle formal der LGB zugeordnet, siehe Ausbildungsabschnitt V).

0.6 Wahrzunehmende Termine während des technischen Referendariats

Die Referendarinnen und Referendare sollen im Laufe ihrer Ausbildung an übergreifenden und internen Beratungen in den einzelnen Ausbildungsstellen teilnehmen, um Einblick in die Zusammenhänge unterschiedlichster Themen und in die vielfältigen Wirkungsfelder der Führungskräfte in der Vermessungs- und Katasterverwaltung zu erhalten.

Die Teilnahme an folgenden Beratungen/Terminen sollte Ihnen zumindest einmal während ihrer Ausbildung ermöglicht werden:

- Fachtagung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur und der Vermessungs- und Katasterverwaltung (Brandenburger Geodätag, jährlich)
- Dienstbesprechung des MIK mit den Leitungen der Katasterbehörden
- Beratungen der Arbeitskreise der KB (z. B. Arbeitskreis Süd)
- MAIS-Beratung
- ALKIS-Beirat
- Dienstbesprechung des MIK mit den Vorsitzenden und Geschäftsstellenleitungen der Gutachtererausschüsse (jährlich im November)
- Sitzung des Gutachterausschusses zur Beschlussfassung der Bodenrichtwerte (jährlich im Januar/Februar)
- Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Geoinformation (IMAGI Bbg)
- Teambesprechung des MIK mit der LGB zur Geodateninfrastruktur und INSPIRE
- TUIV Arbeitskreis GIS
- Dienstberatungen LELF/MLUK
- Quartalsberatungen LELF/vlf – Beratungen zur Prozesssteuerung
- Jour Fixe MIK-LGB
- Leitungskonferenz der LGB
- Beratungen der Geschäftsleitung der LGB, der einzelnen Fachbereiche und der Dezernate
- Projektmanagementberatung in der LGB
- Gerichtstermine
- Sitzungen der politischen Gremien (Landtag/Stadtrat/Kreistag, kommunale Fachausschüsse [z. B. Bauausschüsse])
- INTERGEO-Fachkongress
- Kundentag der LGB (jährlich i.d.R. im November)

Diese Aufzählung soll als Hinweis dienen und stellt keine abschließende Auflistung dar. Der überwiegende Anteil dieser Termine ist in die Ausbildungsabschnitte integriert und konkret in den nachfolgenden Ausführungen zu den einzelnen Ausbildungsabschnitten aufgeführt.

Stimmen die genannten Termine zeitlich nicht mit den Ausbildungsabschnitten überein, soll den Referendarinnen und Referendaren die Teilnahme grundsätzlich ermöglicht werden.

Zu diesen Terminen können die Referendarinnen und Referendare – sofern anhand der Vorkenntnisse möglich - mit der Protokollführung oder auch der aktiven Leitung oder Moderation beauftragt werden. Ein Feedbackgespräch zum Termin sollte von der für die Beratung zuständigen Führungskraft mit den Referendarinnen und Referendaren geführt werden.

0.7 Erläuterungen zu den Ausbildungsabschnitten

Die Kapitel zu den Ausbildungsabschnitten I bis V sind jeweils wie folgt aufgebaut:

Mit den Kapitel-Abschnitten x.1, x.2 und x.3 werden einleitend gemäß Anlage 7a Nr. 2 BbgAPOhtD die Ausbildungsdauer, die beteiligten Ausbildungsstellen und die Ausbildungsschwerpunkte benannt. Im Kapitel-Abschnitt x.4 wird das jeweilige Prüfstoffverzeichnis gemäß Anlage 7c BbgAPOhtD wiedergegeben.

Im Kapitel-Abschnitt x.5 ist der Anteil jeder Ausbildungsstelle an dem jeweiligen Ausbildungsabschnitt zusammengefasst. Der Kapitel-Abschnitt x.6 gibt den Ausbildungsstellen einen Überblick, welche Module des Prüfstoffverzeichnisses sie in welchem Umfang vermitteln sollen.

Kapitel-Abschnitt x.7 listet die für den jeweiligen Ausbildungsabschnitt möglichst wahrzunehmenden Termine auf (siehe auch oben unter 0.6).

Die Detailplanung für den Ausbildungsabschnitt erfolgt in Kapitel-Abschnitt x.8 (für Ausbildungsabschnitt V zusätzlich in 5.9, 5.10 und 5.11). Dieser Kapitel-Abschnitt ist untergliedert in die jeweiligen Module (x.8.y) aus dem entsprechenden Prüfstoffverzeichnis. Unter den Modulen sind unter den Kapitel-Unterabschnitten a, b, c und d jeweils Details zum Ausbildungsplan (a), zu den Lernzielen (b), zum Selbststudium (c) und zur Lernzielkontrolle (d) aufgeführt:

a. Ausbildungsplan

In zwei Tabellen in den Kapitel-Unterabschnitten (a – Ausbildungsplan) werden die Inhalte der einzelnen Module eines Ausbildungsabschnittes aufgeschlüsselt. In der ersten Tabelle werden den einzelnen Themen aus dem Prüfstoffverzeichnis (Anlage 7c BbgAPOhtD) die zuständigen Ausbildungsstellen mit dem entsprechenden zeitlichen Anteil zugeordnet. Mit der zweiten Tabelle erhalten die Ausbildungsstellen einen Überblick, mit welchem Anteil und mit welchen Themen sie insgesamt für ein konkretes Modul eines Ausbildungsabschnittes zuständig sind.

Die pro Ausbildungsstelle angegebenen zeitlichen Anteile enthalten auch Zeiten für die Aufgabenbearbeitung sowie für das Selbststudium zu den entsprechenden Ausbildungsinhalten.

b. Lernziele

Die Lernziele geben je Modul Hinweise darauf, welche konkreten Inhalte, Fähigkeiten und Kompetenzen in den einzelnen Ausbildungsteilabschnitten vermittelt werden sollen. Die Hinweise dienen der Unterstützung sowohl der Ausbildungsstellen als auch der Laufbahnauszubildenden im Ausbildungsprozess und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

c. Selbststudium

Der Zeitrahmen des Referendariats beträgt zwei Jahre. Die zu vermittelnden Ausbildungsinhalte nehmen die in den Ausbildungsstellen vorgesehenen Zeiten intensiv in Anspruch. Um möglichst breite Einblicke in Aufgaben des höheren technischen Verwaltungsdienstes zu bieten, schöpft der Ausbildungsplan die in den Ausbildungsstellen angebotenen Zeitkontingente aus. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass wenig Zeiträume vor den schriftlichen und mündlichen Prüfungen für die Rekapitulation verbleiben.

Die Referendarinnen und Referendare sind daher angehalten, kontinuierlich während des gesamten Referendariats die angebotenen Inhalte selbstständig zu verinnerlichen, sich Best-Practice-Beispiele anzueignen und weitere Quellen für die Vertiefung der jeweiligen Ausbildungsschwerpunkte selbstständig zu studieren. Darüber hinaus sollen sie regelmäßig reflektieren, welche Aufgaben die Führungskraft hat und in welcher Rolle sie mit welchen Methoden agiert.

Im Abschnitt „Selbststudium“ finden sich zu den einzelnen Ausbildungsteilabschnitten Hinweise, welche Themen oder konkrete Dokumente im Selbststudium zu erarbeiten/vertiefen sind. Die Ausbildungsstellen können weitere Themen/Quellen zum Selbststudium empfehlen.

Regelmäßig sollten außerdem die aktuellen Themen mit Bezug zu den Ausbildungsinhalten in den Medien sowie in den einschlägigen Fachzeitschriften verfolgt werden.

d. Lernzielkontrolle:

Unter diesem Punkt sind zu den einzelnen Ausbildungsteilabschnitten die Kompetenzen aufgeführt, die für den jeweiligen Themenbereich bei den Laufbahnauszubildenden zu stärken sind. Die Gliederung in Fachkompetenz (Wissen/Können), Methodenkompetenz sowie in Personale Kompetenz (Sozialkompetenz und Selbstkompetenz/Selbstständigkeit) ist an die Systematik des Deutschen Qualifikationsrahmens für ein lebenslanges Lernen (DQR)³ angelehnt.

Die in diesem Kapitel-Abschnitt aufgeführten Punkte sollen die Ausbildungsstellen und die Laufbahnauszubildenden bei der Überprüfung unterstützen, ob die jeweiligen Ausbildungsabschnitte erfolgreich absolviert wurden:

Fachkompetenz: Fachkompetenz umfasst Wissen und Fertigkeiten. Die Referendarinnen und Referendare kennen und verstehen Rechtsgrundlagen, Definitionen zu Fachbegriffen und die wesentlichen Themen aus den jeweiligen Ausbildungsmodulen. Sie sollen mit der Ausbildung die Fähigkeit und Bereitschaft erlangen, Aufgaben- und Problemstellungen eigenständig, fachlich angemessen, methodengeleitet zu bearbeiten und das Ergebnis zu beurteilen.

Methodenkompetenz: Methodenkompetenz ist als Querschnittskompetenz zu verstehen. Die Laufbahnauszubildenden sollen befähigt werden, das im Studium erworbene und in den einzelnen Ausbildungsabschnitten der Laufbahnausbildung vertiefte Wissen und Können sicher und selbstständig im regelmäßigen Aufgabenspektrum

³ Vgl. Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen, Deutscher Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen, <https://www.dqr.de/media/content/Der_Deutsche_Qualifikationsrahmen_fue_lebenslanges_Lernen.pdf>, 22.03.2011

einer Führungskraft einzusetzen, anzuwenden und zur Erzeugung von Wissen zu nutzen. Sie beinhaltet die Fähigkeit, Methoden reflektiert auszuwählen oder zu entwickeln.

Personale Kompetenzen: Die Personale Kompetenz vereint Sozialkompetenz und Selbstkompetenz. Die Referendarinnen und Referendare sollen von den Ausbildungsstellen in die Lage versetzt werden, die aufgeführten Aspekte sicher umzusetzen. Dies umfasst mit der Sozialkompetenz die Fähigkeit und Bereitschaft, zielorientiert mit anderen zusammenzuarbeiten, ihre Interessen und sozialen Situationen zu erfassen, sich mit ihnen rational und verantwortungsbewusst auseinanderzusetzen und zu verständigen sowie die Arbeits- und Lebenswelt mitzugestalten. Selbstkompetenz bedeutet dabei, selbstständig und verantwortungsbewusst zu handeln, eigenes und das Handeln anderer zu reflektieren und die eigene Handlungsfähigkeit und Kritikfähigkeit weiterzuentwickeln. Auch Selbstvertrauen und Pflichtbewusstsein sollen gestärkt werden.

0.8 Ausbildungsnachweise und Beurteilungen

Die Referendarinnen und Referendare haben gemäß § 8 Abs. 4 BbgAPOhtD einen Ausbildungsnachweis entsprechend Anlage 1 BbgAPOhtD zu führen und darin eine Übersicht über ihre wesentlichen Tätigkeiten zu geben (eine ausfüllbare Vorlage wird von der Ausbildungsbehörde zur Verfügung gestellt). Der Nachweis ist grundsätzlich monatlich der Leiterin oder dem Leiter der Ausbildungsstelle und anschließend der Ausbildungsbehörde zur Prüfung und Bescheinigung vorzulegen.

Gemäß § 9 BbgAPOhtD beurteilt jede Ausbildungsstelle, in die Referendarinnen und Referendare mindestens 6 Wochen zur Ausbildung abgeordnet sind, die Laufbahnauszubildenden nach Abschluss des bei ihr abgeleisteten Ausbildungsabschnittes oder -teilabschnittes unter Angabe der Art und Dauer der Beschäftigung nach ihren Leistungen (Arbeitsgüte, Arbeitsmenge, Arbeitsweise, Führungsverhalten) und Befähigungen (Denk- und Urteilsvermögen, Organisationsvermögen, Befähigung zur Kommunikation und Zusammenarbeit, Führungsfähigkeit). Die Beurteilung entsprechend Anlage 3 BbgAPOhtD (ausfüllbares Formular herunterladbar auf den [Internetseiten der LGB](#)⁴) muss erkennen lassen, ob das Ziel des Ausbildungsabschnittes oder -teilabschnittes erreicht ist. Besondere Fähigkeiten oder Mängel sind zu vermerken.

⁴ <https://geobasis-bb.de/sixcms/media.php/9/Beurteilung-h%C3%B6herer-Dienst-Formular.pdf>

1 Ausbildungsplan für den Ausbildungsabschnitt I (Liegenschaftskataster und Landesvermessung, Geobasisinformationssystem)

1.1 Ausbildungsdauer

Die Dauer des Ausbildungsabschnittes I (Liegenschaftskataster und Landesvermessung, Geobasisinformationssystem) beträgt gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD 20 Wochen.

1.2 Ausbildungsstellen

Der Ausbildungsabschnitt I (Liegenschaftskataster und Landesvermessung, Geobasisinformationssystem) ist gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD bei den nachfolgend aufgeführten Ausbildungsstellen zu absolvieren:

- Katasterbehörde (mit Grundbuchamt und Finanzverwaltung)
- Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg
- Oberste Vermessungs- und Katasterbehörde
- Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur oder Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurin

1.3 Ausbildungsschwerpunkte

Im Ausbildungsabschnitt I (Liegenschaftskataster und Landesvermessung, Geobasisinformationssystem) sollen die Referendarinnen und Referendare gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD die Strukturen des amtlichen deutschen Vermessungswesens, seine rechtlichen Grundlagen und Organisation sowie Wege der länderübergreifenden Zusammenarbeit kennenlernen.

Die Referendarinnen und Referendare sollen sich intensiv mit den Aufgaben des Liegenschaftskatasters, der Landesvermessung und des Geobasisinformationssystems auseinandersetzen. Dabei sind die Herausforderungen, Entwicklungstendenzen und Strategien dieser Aufgabenfelder eingehend zu betrachten.

Die Referendarinnen und Referendare sollen aktiv zu praktischen Arbeiten herangezogen werden.

In der Ausbildung im Bereich Liegenschaftskataster ist besonders auf seine Doppelfunktion als amtliches Verzeichnis der Grundstücke und als Grundlage für raumbezogene Informationssysteme einzugehen. Länderspezifische Ausprägungen sind vergleichend mit der Situation im Ausbildungsland praxisorientiert herauszustellen.

Die Referendarinnen und Referendare sollen ablauf- und prozessorientiert die Aufgabenbereiche der Aufsicht über die Katasterbehörden und Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure/innen kennenlernen.

Den Referendarinnen und Referendaren ist Gelegenheit zu geben, beim Grundbuchamt die Einrichtung und Führung des Grundbuches und die geschäftliche Behandlung von Grundbuchsachen kennenzulernen. In der Finanzverwaltung sollen die Grundzüge der Bodenschätzung und der Grundsteuer vermittelt werden.

1.4 Prüfstoffverzeichnis für den Ausbildungsabschnitt I (Liegenschaftskataster und Landesvermessung, Geobasisinformationssystem)

Gemäß Anlage 7c BbgAPOhtD sind für das Prüfungsfach 3 (Liegenschaftskataster und Landesvermessung, Geobasisinformationssystem) folgende Prüfungsinhalte vorgesehen:

Modul 1 – Amtliches deutsches Vermessungs- und Geoinformationswesen

- Gliederung des deutschen Vermessungs- und Geoinformationswesens
- Aufgabenbereiche
- Zuständigkeiten

Modul 2 – Herausforderungen und Bedeutung des amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens

- Föderalismus und nationale Einheitlichkeit
- Einbindung in die Landespolitik
- Haushaltsentwicklung
- Staatsfunktion

Modul 3 – Rechtliche Grundlagen und Organisation

- Vermessungs- und Geoinformationsgesetze der Länder
 - Inhalt, Grundsätze, Rechtsvergleich
- Verwaltungsaufbau und Organisationsansätze
- Berufsrecht der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure
- Ländervergleich

Modul 4 – Liegenschaftskataster

- Gewährleistung des Eigentums und Sicherung des Grundstücksverkehrs
- Aufgaben, Zweck und Inhalt
- Qualitätsanforderungen und -management
- Einrichtung als Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem
- Benutzungskriterien
- Gebrauch und Nutzung durch Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft
- Benachbarte Rechtsgebiete
 - Materielles und formelles Liegenschaftsrecht
 - Wasserrecht, Verkehrswegerecht
 - Beurkundungsrecht in Grundzügen
 - Erbbaurecht, Wohnungseigentumsrecht, Zwangsversteigerungsrecht
 - Bauordnungsrecht
- Prozessorientierung
- Zusammenarbeit
 - Grundbuch und andere Register
 - Flurbereinigung
 - Andere behördliche Vermessungsstellen
 - Landesvermessung
 - Finanzverwaltung
 - Landesplanungsverwaltung
 - Bauverwaltung
- Liegenschaftsvermessungen und Fortführung

- Entstehung, geschichtliche Entwicklung, Erneuerung

Modul 5 – Landesvermessung

- Gewährleistung, Daseinsvorsorge
- Klassische Aufgabenfelder
- Zweck und Anforderungen
- Geodätischer Raumbezug
 - Festpunktfelder
 - SAPOS
 - Amtliches Bezugssystem
 - Amtliches Festpunkt-Informationssystem
- Erfassung der amtlichen Geotopographie
 - Topographisches Informationsmanagement, Topographische Landesaufnahme
 - Photogrammetrie, Fernerkundung
- Landesluftbildsammlung
- Landeskartenwerke
- Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem
- Qualitätsmanagement
- Gebrauch und Nutzung
- Prozessorientierung
- Zusammenarbeit
- Benutzungskriterien
- Entstehung, geschichtliche Entwicklung
 - Militärische Epoche
 - Zivile Epoche
 - Entwicklungstendenzen

Modul 6 – Geobasisinformationssystem

- Inhalt, Bestandteile, Zweck
- Bedeutung (auch für die GDI)
- Aktivierungsfunktion
- Bereitstellung der Geobasisdaten
- GeoInfoDok und AAA-Datenmodell

Modul 7 – Strategien

- Grundsätze des amtlichen Vermessungswesens
- Bereitstellung von Geobasisdaten
- Eckwerte der Zusammenarbeit mit den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren

Modul 8 – Länderübergreifende Zusammenarbeit

- Strategische Zusammenarbeit in der AdV
 - Aufgaben

- Organe
- Ziele, Ergebnisse
- Operative Zusammenarbeit im Lenkungsausschuss Geobasis
 - Zusammensetzung
 - Aufgabenpotenziale
 - Vorgehen
 - Zentraler Vertrieb und gemeinsame Entwicklung
- Zusammenarbeit mit dem Bund
- Zusammenarbeit im internationalen Bereich

Modul 9 – Entwicklungstendenzen

- Aufgabenentwicklung
- Verwaltungsreformen
- Entwicklung der Geodäsie in Deutschland

1.5 Anteil der einzelnen Ausbildungsstellen am Ausbildungsabschnitt I

➤ Katasterbehörde (KB) (mit Grundbuchamt (GBA) und Finanzverwaltung)	7,5 Wochen
➤ LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg)	5,0 Wochen
➤ Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK)	2,5 Wochen
➤ Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurin oder Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur (ÖbVI)	5,0 Wochen
Insgesamt	20,0 Wochen

1.6 Abfolge und Schwerpunkte der Ausbildungsstellen

Für eine optimale Ausbildung sollten die Ausbildungsstellen des Ausbildungsabschnittes I in folgender Reihenfolge durchlaufen werden:

MIK – KB (mit GBA und Finanzverwaltung) – ÖbVI – LGB – MIK

In den einzelnen Ausbildungsstellen sind entsprechend dem Ausbildungsplan (Anlage 7a BbgAPOhtD) und dem Prüfstoffverzeichnis (Anlage 7c BbgAPOhtD) folgende Schwerpunkte zu setzen (Details siehe Abschnitt 1.8 - Detailplanung):

Ministerium des Innern und für Kommunales – 12 Tage

- 2 Tage Modul 1 Amtliches deutsches Vermessungs- und Geoinformationswesen
- 2 Tage Modul 2 Herausforderungen und Bedeutung des amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens
- 2 Tage Modul 3 Rechtliche Grundlagen und Organisation
- 2,5 Tage Modul 7 Strategien
- 2 Tage Modul 8 Länderübergreifende Zusammenarbeit
- 1,5 Tage Modul 9 Entwicklungstendenzen

Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg – 27 Tage

- 4 Tage Modul 4 Liegenschaftskataster
- 16 Tage Modul 5 Landesvermessung
- 4 Tage Modul 6 Geobasisinformationssystem
- 3 Tage Modul 8 Länderübergreifende Zusammenarbeit

Katasterbehörde – 32 Tage

- 32 Tage Modul 4 Liegenschaftskataster

Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurin oder Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur – 25 Tage

- 25 Tage Modul 4 Liegenschaftskataster

Grundbuchamt – 3 Tage

- 3 Tage Modul 4 Liegenschaftskataster

Technisches Finanzamt (TFA) – 1 Tag

- 1 Tag Modul 4 Liegenschaftskataster

Im Rahmen der Verwaltungsseminare und Referendartage (siehe Ausbildungsabschnitt V) werden folgende Schwerpunkte ebenfalls thematisiert:

- Benachbarte Rechtsgebiete – Modul 4
(Materielles und formelles Liegenschaftsrecht, Wasserrecht, Beurkundungsrecht in Grundzügen, Bauordnungsrecht)

Darüber hinaus können zur Prüfungsvorbereitung im Rahmen des Ausbildungsabschnittes V weitere Termine zur Vertiefung und Wiederholung mit den Ausbildungsstellen vereinbart werden.

1.7 Wahrzunehmende Termine im Ausbildungsabschnitt

- Dienstbesprechung des MIK mit den Leitungen der Katasterbehörden
- Fachtagung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure und der Vermessungs- und Katasterverwaltung (Brandenburger Geodätentag, jährlich)
- Beratungen der Arbeitskreise der KB (z. B. Arbeitskreis Süd)
- MAIS-Beratung
- ALKIS-Beirat
- Jahresanfangsbesprechung von MIK und LGB mit dem Vorstand der BDVI-Landesgruppe Brandenburg
- Kundentag der LGB (jährlich, i.d.R. im November)
- Verfahrensbezogene Erörterungstermine, Grenztermine

1.8 Detailplanung für die einzelnen Ausbildungsteilabschnitte

1.8.1 Modul 1 – Amtliches deutsches Vermessungs- und Geoinformationswesen

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Gliederung des deutschen Vermessungs- und Geoinformationswesens	MIK	1
Aufgabenbereiche	MIK	0,5
Zuständigkeiten	MIK	0,5
		2

Modul 1 – Amtliches deutsches Vermessungs- und Geoinformationswesen		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MIK	2	- Gliederung des deutschen Vermessungs- und Geoinformationswesens - Aufgabenbereiche - Zuständigkeiten
	2	

b. Lernziele:

1. Aufbau und Aufgaben der Vermessungs- und Katasterverwaltungen der Länder
2. Aufgabenabgrenzung Vermessungs- und Katasterverwaltungen der Länder / Bundesamt für Geodäsie und Kartographie (BKG)
3. Bundesgeoreferenzdatengesetz
4. Aufgabenträger, mitwirkende Stellen in den Bundesländern
5. Diskussion, Einordnung und Bewertung der organisatorischen Strukturen und der nachhaltigen Aufgaben
6. Verschiedene Aufgabenprofile (klassische Kernaufgaben, Aufgabenspezialisierung, interdisziplinäre Kooperationsaufgaben zwischen verschiedenen Fachspezialisten und Professionen)

c. Selbststudium

./.

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz: die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die Gliederung des deutschen Vermessungs- und Geoinformationswesens, Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten.

Methodenkompetenz: die Referendarinnen und Referendare können:

2. verschiedene Aufgabeprofile (klassische Kernaufgaben, Aufgabenspezialisierung, interdisziplinäre Kooperationsaufgaben zwischen verschiedenen Fachspezialisten und Professionen) erkennen und unter dem Aspekt Innovation und Nachhaltigkeit bewerten.
3. interdisziplinäre Aspekte erläutern und die Vor- und Nachteile diskutieren (u. a. organisatorische, betriebswirtschaftliche und personelle Aspekte).

1.8.2 Modul 2 – Herausforderung und Bedeutung des amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Föderalismus und nationale Einheitlichkeit	MIK	0,5
Einbindung in die Landespolitik	MIK	0,5
Haushaltsentwicklung	MIK	0,5
Staatsfunktion	MIK	0,5
		2

Modul 2 – Herausforderung und Bedeutung des amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MIK	2	- Föderalismus und nationale Einheitlichkeit - Einbindung in die Landespolitik - Haushaltsentwicklung - Staatsfunktion
	2	

b. Lernziele:

1. Grundsätze des amtlichen Vermessungswesens
2. Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV)
3. Produkte und Dienstleistungen des amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens

c. Selbststudium

./.

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

1. Strategien, Grundsätze des amtlichen Vermessungswesens, die Bereitstellung von Geobasisdaten, Eckwerte der Zusammenarbeit mit den ÖbVI sowie die länderübergreifende Zusammenarbeit erläutern, diskutieren und bewerten.

1.8.3 Modul 3 – Rechtliche Grundlagen und Organisation

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Vermessungs- und Geoinformationsgesetze der Länder - Inhalt, Grundsätze, Rechtsvergleich	MIK	0,5
Verwaltungsaufbau und Organisationsansätze	MIK	0,5
Berufsrecht der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure	MIK	0,5
Ländervergleich	MIK	0,5
		2

Modul 3 – Rechtliche Grundlagen und Organisation		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MIK	2	- Vermessungs- und Geoinformationsgesetze der Länder - Verwaltungsaufbau und Organisationsansätze - Berufsrecht der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure - Ländervergleich
	2	

b. Lernziele:

1. Ressortmäßige Zuordnung des amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens in Brandenburg und beispielhaft in anderen Bundesländern und Aufgabenverknüpfung mit anderen Fachressorts
2. Aufbau und Inhalt ausgewählter Vermessungs- und Geoinformationsgesetze und der Berufsordnungen der Länder
3. Organisatorische Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Verwaltungsaufbau
4. Ausgestaltung des Berufsrechts der ÖbVI

c. Selbststudium

1. Internetrecherche Geoinformations- und Vermessungsgesetze der Länder, Berufsrecht der ÖbVI
2. Internetrecherche Aufbauorganisation/Organigramme verschiedener Behörden und Institutionen des Bundes und der Länder
3. Tätigkeitsberichte der AdV

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz: die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die gesetzlichen Grundlagen und die Organisation der Vermessungs- und Geoinformationsverwaltung und können Vor- und Nachteile aufzeigen.
2. das Berufsrecht der ÖbVI in Grundzügen.

Methodenkompetenz: die Referendarinnen und Referendare können:

3. Instrumente der Verwaltungsmodernisierung benennen und in ihrer Anwendung charakterisieren.
4. Produkte und Dienstleistungen strukturieren (Produktbereiche, Produktgruppen) und die Bereitstellungspolitik sowie die Produktqualität erläutern.

1.8.4 Modul 4 – Liegenschaftskataster

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Gewährleistung des Eigentums und Sicherung des Grundstücksverkehrs	KB	2
Aufgaben, Zweck und Inhalt	KB	2
Qualitätsanforderungen und -management	KB	1
Einrichtung als Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem	KB	2
Benutzungskriterien	KB	1
Gebrauch und Nutzung durch Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft	KB	2
Benachbarte Rechtsgebiete - Materielles und formelles Liegenschaftsrecht - Wasserrecht, Verkehrswegerecht - Beurkundungsrecht in Grundzügen - Erbbaurecht, Wohnungseigentumsrecht, Zwangsversteigerungsrecht - Bauordnungsrecht	KB Allgemeine Verwaltungsseminare (AVS) - Themen werden in den AVS ausführlich behandelt, s.o. unter 1.6	2
Prozessorientierung	KB	2

Zusammenarbeit - Grundbuch und andere Register - Flurbereinigung - Andere behördliche Vermessungsstellen - Landesvermessung - Finanzverwaltung - Landesplanungsverwaltung - Bauverwaltung	KB, GBA, TFA, LGB	6 + 3 + 1 + 1
Liegenschaftsvermessungen und Fortführung	KB, ÖbVI, LGB	10+25+3
Entstehung, geschichtliche Entwicklung, Erneuerung	KB	3
		65

Modul 4 – Liegenschaftskataster		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
KB	32	<ul style="list-style-type: none"> - Gewährleistung des Eigentums und Sicherung des Grundstücksverkehrs - Aufgaben, Zweck und Inhalt - Qualitätsanforderungen und -management - Einrichtung als Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem - Benutzungskriterien - Gebrauch und Nutzung durch Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft - Benachbarte Rechtsgebiete - Prozessorientierung - Zusammenarbeit mit Grundbuchamt und anderen Registern, Flurbereinigung, andere behördliche Vermessungsstellen, Landesvermessung, Landesplanungsverwaltung, Bauverwaltung <i>(u. a. Datenaustausch, Datenbankgrundbuch [dabag], Landentwicklungsfachinformationssystem [LEFIS])</i> - Liegenschaftsvermessungen und Fortführung <i>Entstehung, geschichtliche Entwicklung, Erneuerung</i>
TFA	1	<ul style="list-style-type: none"> - Zusammenarbeit mit Finanzverwaltung <i>(Themen Bodenschätzung und Grundsteuer)</i>
GBA	3	<ul style="list-style-type: none"> - Zusammenarbeit <i>(Übereinstimmung von Grundbuch und Liegenschaftskataster)</i>
ÖbVI	25	<ul style="list-style-type: none"> - Liegenschaftsvermessungen
LGB	4	<ul style="list-style-type: none"> - Liegenschaftsvermessungen und Fortführung - Zusammenarbeit <i>Technische Stelle Liegenschaftskataster (MAIS)</i>
	65	

b. Lernziele:

1. Europäische Verbindung des Liegenschaftskatasters mit anderen Nachweisen
2. Materielles und formelles Liegenschaftsrecht, Grundbuch
3. Technik Grundbuchamt – Katasterbehörden (Datenaustausch)
4. Grundbuchrecht; Termine, Rechtspflege im Grundbuchamt
5. SolumSTAR, SolumWEB, Datenbankgrundbuch (dabag)
6. Zusammenarbeit mit dem Finanzamt (insbesondere Themen Bodenschätzung und Grundsteuer)
7. Führung eines Kataster- und Vermessungsamtes
8. Führung eines ÖbVI-Büros einschließlich Organisation und betriebswirtschaftlicher Aspekte
9. Einrichtung, Fortführung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters
10. Vergleich der rechtlichen Modelle zur Grenzbestimmung und Abmarkung in den Bundesländern
11. Liegenschaftsvermessungen und Fortführung
 - KB: entsprechend den Möglichkeiten der aufnehmenden KB, um Dopplungen zu vermeiden mit Einsatz bei ÖbVI individuell abgestimmt
 - ÖbVI: entsprechend den Möglichkeiten der/des aufnehmenden ÖbVI, um Dopplungen zu vermeiden mit Einsatz in der KB individuell abgestimmt
 - Liegenschaftskataster und Bauordnungsrecht, insbesondere Abstandsflächenrecht, Brandschutz, Erschließung und Baulasten
 - Liegenschaftskataster und Bauplanungsrecht, insbesondere GRZ- und GFZ-Ermittlung gemäß Baunutzungsverordnung
 - Amtliche Lagepläne
 - Gerichtsgutachten
 - LGB: Aufsicht über die ÖbVI,
 - Mess-, Auswerte- und Informationssysteme (MAIS) - Technische Stelle Liegenschaftskataster
12. Aufbau Objektartenbereiche, Objektarten, Objekte und Attribute (ALKIS)
13. Aktuelle Beschlüsse der AdV zum Liegenschaftskataster
14. ALKIS/LEFIS-Verbindung - Zusammenarbeit der zuständigen Stellen
15. Amtliche Standardausgaben
16. Das Liegenschaftskataster als Basisinformationssystem
17. Bereitstellungspraxis im Land Brandenburg und beispielhaft im Vergleich in den anderen Bundesländern
18. Nutzung des Liegenschaftskatasters durch Verwaltung und Wirtschaft
19. Datenschutz im Zusammenhang mit der Bereitstellung und Nutzung des Liegenschaftskatasters
20. ALKIS-Qualitätsmanagement (AdV)
21. Prioritätenerlass Brandenburg
22. Qualitätsverbesserung des Liegenschaftskatasters in Brandenburg
23. Liegenschaftsvermessungen, öffentlich-rechtliches Grenzfeststellungs- und Abmarkungsverfahren, Widerspruchs- und Klageverfahren
24. Entwicklung der Rechtsvorschriften des preußischen Katasterrechts über Liegenschaftsrecht der ehemaligen DDR in Grundzügen
25. Umgang mit Fehlern im Liegenschaftskataster
26. Gebäudeeinmessung

27. Erhebung der Tatsächlichen Nutzung
28. Bezugssysteme im Liegenschaftskataster
29. Ordnungswidrigkeiten
30. Entstehung des Liegenschaftskatasters und geschichtliche Entwicklung
31. Liegenschaftskataster in anderen Staaten

c. Selbststudium

- Kummer/Kötter/Kutterer/Ostrau (Hrsg.): Das Deutsche Vermessungs- und Geoinformationswesen (aktuelle Ausgabe)
- Kriegel/Herzfeld: Katasterkunde in Einzeldarstellungen
- Internetseite des BDVI

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. Aufgaben, Zweck und Inhalt des Liegenschaftskatasters.
2. Vorteile der Führung des Liegenschaftskatasters mit ALKIS gegenüber Vorgängerverfahren.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

3. die rechtliche Verzahnung, aber auch strikte Trennung von Privatrecht (BGB, Grundbuch) und öffentlichem Recht (VwVfG) mit Beispielen belegen und rechtssystematisch begründen.
4. Rechtsgrundlagen benachbarter Rechtsgebiete mit Bezug zum Liegenschaftskataster vom Regelungsgehalt her benennen und deren Verknüpfung mit dem Liegenschaftskataster erläutern.
5. den Ablauf einer Liegenschaftsvermessung aus verwaltungsverfahrenrechtlicher, spezialgesetzlicher und technischer Sicht gegenüberstellen.

Sozialkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

6. die Zusammenarbeit mit anderen Fachverwaltungen zu erläutern und diskutieren zu können.
7. Potentiale der weiteren interdisziplinären Vernetzung diskutieren zu können.
8. Zukunftstechniken im Bereich Liegenschaftskataster aufzuzeigen, Zukunftsszenarien zu entwickeln und mögliche Konsequenzen für die aktuelle Führung des Liegenschaftskatasters zu umreißen.
9. Praktische Personalführung kennenlernen (z. B. als Messtruppführer, Vorstellungsgespräche führen)

1.8.5 Modul 5 – Landesvermessung

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Gewährleistung, Daseinsvorsorge	LGB	0,5
Klassische Aufgabenfelder	LGB	0,5
Zweck und Anforderungen	LGB	0,5
Geodätischer Raumbezug - Festpunktfelder - SAPOS - Amtliches Bezugssystem - Amtliches Festpunkt-Informationssystem	LGB	8,5
Erfassung der amtlichen Geotopographie - Topographisches Informationsmanagement, Topographische Landesaufnahme - Photogrammetrie, Fernerkundung	LGB	1
Landesluftbildsammlung	LGB	0,5
Landeskartenwerke	LGB	0,5
Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem	LGB	1
Qualitätsmanagement	LGB	0,5
Gebrauch und Nutzung	LGB	0,25
Prozessorientierung	LGB	0,25
Zusammenarbeit	LGB	0,5
Benutzungskriterien	LGB	0,5
Entstehung, geschichtliche Entwicklung - Militärische Epoche - Zivile Epoche - Entwicklungstendenzen	LGB	1
		16

Modul 5 – Landesvermessung		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
LGB	16	- Gewährleistung, Daseinsvorsorge

		<ul style="list-style-type: none"> - Klassische Aufgabenfelder - Zweck und Anforderungen - Geodätischer Raumbezug - Erfassung der amtlichen Geotopographie - Landesluftbildsammlung - Landeskartenwerke - Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem - Qualitätsmanagement - Gebrauch und Nutzung - Prozessorientierung - Zusammenarbeit - Benutzungskriterien - Entstehung, geschichtliche Entwicklung
	16	

b. Lernziele:

1. Aufbau, Erhaltung und Erneuerung des Lage-, Höhen- und Schwerefestpunktfeldes
2. SAPOS, GNSS
3. Integrierter Raumbezug 2016
4. Aufbau Objektartenbereiche, Objektarten, Objekte und Attribute (ATKIS)
5. WEBAtlasDE/Smart Mapping, TopPlusOpen als maßstabsübergreifende Kartendaten
6. ATKIS-Produktfamilie
7. Bedeutung der Photogrammetrie und Fernerkundung für die Ableitung der Bestandteile von ATKIS
8. Ableitung digitaler Kartenwerke
9. ATKIS-, AFIS-Geodatendienste
10. Verfahren des Qualitätsmanagements für ATKIS, AFIS und SAPOS
11. Bedeutung des Qualitätssicherungsmodells der AdV für die Nutzergruppen von ATKIS und AFIS
12. Spitzenaktualität, Begriffe, Zielsetzungen
13. Veränderungsinformationen für ATKIS-Basis-DLM
14. Veränderungsinformationen Landbedeckung
15. Projekt Smart Mapping
16. Stellenwert, wesentliche Arbeitsschritte und Genauigkeiten verschiedener Erfassungsmethoden
17. Organisationsstruktur, Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Umsetzung des Geodätischen Raumbezugs auf verschiedenen Ebenen (EU, Bund, Bundesländer, Kommunen)
18. Entwicklung der amtlichen geodätischen Raumbezugsysteme und der Idee des „einheitlichen integrierten geodätischen Raumbezugs“
19. Verfahren und Bedeutung der Kalibrierung von Messinstrumenten
20. Betrieb von SAPOS, länderübergreifende Zusammenarbeit und technische Weiterentwicklungen
21. Führung und Bereitstellung der Geobasisdaten der Landesvermessung
22. Datenschutz im Zusammenhang mit der Nutzung der Geobasisdaten

23. Kosten und Entgelte, Gebührenrichtlinie der AdV, Lizenzregelungen
24. Geschichtliche Entwicklung
25. Projekt ATKIS-Generalisierung der AdV
26. Anwendung von Copernicus in der Landesvermessung

c. Selbststudium

1. Kummer/Kötter/Kutterer/Ostrau (Hrsg.): Das Deutsche Vermessungs- und Geoinformationswesen (aktuelle Fassung)
2. www.adv-online/intern: Statistiken zum SAPOS-Qualitätsmanagement
3. www.adv-online/intern: Standards in der Geotopographie
4. Richtlinie für den einheitlichen integrierten geodätischen Raumbezug des amtlichen Vermessungswesens in der Bundesrepublik Deutschland (Rili-RB-AdV)
5. Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland; Arbeitskreis Raumbezug, Projektgruppe „Erneuerung des DHHN“: Die Erneuerung des Deutschen Haupthöhennetzes und der einheitliche integrierte geodätische Raumbezug 2016 (http://doi.bafg.de/BfG/2018/Raumbezug_2016_Hauptdokument.pdf)

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die Aufgaben, Zweck und Inhalt der Landesvermessung sowie die Bereitstellung von AFIS, SAPOS und ATKIS.
2. die Geschichte der Landesvermessung in Grundzügen, sowie herausragende Orte und Personen der Landesvermessung und können deren gesellschaftliche Bedeutung charakterisieren.
3. die Rechtsgrundlagen und die Möglichkeiten der Durchführung der Vergabe von hoheitlichen und nicht-hoheitlichen Vermessungsleistungen.
4. die Geobasisdaten der Landesvermessung und können diese mit den INSPIRE-Anforderungen in Verbindung bringen.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

5. die Bedeutung der Festpunktfelder im Kontext von satellitengestützter Vermessung, Fernerkundung diskutieren und werten.
6. die Erhebung der Geobasisdaten der Landesvermessung mit ihren verschiedenen Ausprägungen (ATKIS-Produktbereichen) und Maßstäben erläutern und werten.
7. das Bereitstellungskonzept der Geobasisdaten erläutern und die Rolle internetbasierter Bereitstellungsverfahren charakterisieren.

Sozialkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

8. die Zusammenarbeit mit anderen Fachverwaltungen erläutern und diskutieren zu können.
9. Potentiale der weiteren interdisziplinären Vernetzung diskutieren zu können.

1.8.6 Modul 6 – Geobasisinformationssystem

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Inhalt, Bestandteile, Zweck	LGB	1
Bedeutung (auch für die GDI)	LGB	0,5
Aktivierungsfunktion	LGB	0,5
Bereitstellung der Geobasisdaten	LGB	1
GeoInfoDok und AAA-Datenmodell	LGB	1
		4

Modul 6 – Geobasisinformationssystem		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
LGB	4	<ul style="list-style-type: none"> - Inhalt, Bestandteile, Zweck - Bedeutung (auch für die GDI) - Aktivierungsfunktion - Bereitstellung der Geobasisdaten - GeoInfoDok und AAA-Datenmodell
	4	

b. Lernziele:

1. Aufbau eines integrierten Geobasisinformationssystems als gesetzlicher Auftrag
2. Kernbereiche des Geoinformationswesens: Raumbezug (AFIS), flächendeckende Abbildung der Erdoberfläche (ATKIS), flächendeckendes Liegenschaftskataster (ALKIS)
3. Integriertes Datenmodell des amtlichen deutschen Vermessungswesens (GeoInfoDok und AAA-Datenmodell)
4. Aktuelle Beschlüsse der AdV zur GeoInfoDok und zur Harmonisierung von ALKIS, ATKIS, AFIS
5. Aufbau Objektartenbereiche, Objektarten, Objekte und Attribute
6. Begriffe: „Basisschema“ und „Fachscheema“ in Beziehung zum AAA-Datenmodell
7. Zielsetzung GeoBasisDE 2030 (Inhalt, Zeitplanung, Arbeitsschritte)
8. Stand in den Bundesländern
9. Semantische und geometrische Übereinstimmungen und Unterschiede von ALKIS/ATKIS
10. Weiterentwicklungen zur GeoInfoDok
11. Tatsächliche Nutzung; Ableitung der Landbedeckung und Landnutzung

12. Entwicklungstreiber Amtliche Statistik
13. ALKIS-Auswirkungen auf die Nutzer
14. Kommunale Anwendungen unter ALKIS
15. Führung von ALKIS-Sekundärdatenbeständen
16. AFIS-, ALKIS-, ATKIS-Dienste (WMS, WFS etc.)
17. Zukünftige Rolle zentraler Stellen (z. B. SAPOS - ZSS, Hauskoordinaten und Hausumringe - ZSHH, BKG)
18. Bereitstellungspraxis auch im Kontext mit Open Data
19. Datenschutz im Zusammenhang mit der Bereitstellung der Geobasisdaten
20. Verbindung amtliche Flächenstatistik, öffentliche Versorgungsunternehmen

c. Selbststudium

GeoInfoDok in der aktuellen Fassung (z. B. unter www.adv-online.de →intern)

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. Anforderungen der Nutzer an Geobasisdaten.
2. das Qualitätssicherungssystem der Adv für die in der GeoInfoDok enthaltenen Geobasisdaten und dabei die Rolle von Testsuiten.
3. die Rolle der Geobasisdaten für eine funktionierende Geodateninfrastruktur.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

4. das Spannungsfeld von amtlichen Geobasisdaten und privaten Anbietern (z. B. GoogleMaps) umreißen und Schlussfolgerungen für die Handlungsweise der öffentlichen Verwaltung ableiten.
5. das integrierte Geobasisinformationssystem, insbesondere die interdisziplinäre Bedeutung der Geobasisdaten als Baustein für verschiedene Fachanwendungen und die GDI erläutern.
6. Schlussfolgerungen, die sich für das amtliche Vermessungs- und Geoinformationswesen aus dem Onlinezugangsgesetz des Bundes ergeben, erläutern.
7. die Auswirkungen der OpenData-Politik umreißen.

1.8.7 Modul 7 – Strategien

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Grundsätze des amtlichen Vermessungswesens	MIK	1
Bereitstellung von Geobasisdaten	MIK	1
Eckwerte der Zusammenarbeit mit den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren	MIK	0,5
		2,5

Modul 7 – Strategien		
Ausbildungs- stelle	Anteil in Tagen	Themen
MIK	2,5	<ul style="list-style-type: none"> - Grundsätze des amtlichen Vermessungswesens - Bereitstellung von Geobasisdaten - Eckwerte der Zusammenarbeit mit den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren
	2,5	

b. Lernziele:

1. Aufgabenabgrenzungen AdV und GDI-DE
2. Weiterentwicklung der Prozesse Erhebung, Führung und Bereitstellung
3. Vernetzung der ALKIS/ATKIS/AFIS-Daten mit dem Online-Zugangportal
4. Rechtliche Grundlage, Zweck und Darstellung der Mitwirkung der ÖbVI im amtlichen Vermessungswesen

c. Selbststudium

./.

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die Bereitstellungsstrategie des amtlichen deutschen Vermessungswesens und können diese bewerten.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

2. strategische Formen der Zusammenarbeit innerhalb der AdV benennen.
3. Eckwerte der Zusammenarbeit von AdV und BDVI umreißen.
4. Grundsätze des amtlichen deutschen Vermessungswesens darstellen.

Sozialkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

5. die Mitwirkung der ÖbVI im amtlichen deutschen Vermessungswesens darzustellen und weiterzuentwickeln.

1.8.8 Modul 8 – Länderübergreifende Zusammenarbeit

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Strategische Zusammenarbeit in der AdV <ul style="list-style-type: none"> - Aufgaben - Organe - Ziele, Ergebnisse 	MIK, LGB	1+1

Operative Zusammenarbeit im Lenkungsausschuss Geobasis - Zusammensetzung - Aufgabenpotenziale - Vorgehen - Zentraler Vertrieb und gemeinsame Entwicklung	LGB	2
Zusammenarbeit mit dem Bund	MIK	0,5
Zusammenarbeit im internationalen Bereich	MIK	0,5
		5

Modul 8 – Länderübergreifende Zusammenarbeit		
Ausbildungs- stelle	Anteil in Tagen	Themen
MIK	2	- Strategische Zusammenarbeit in der AdV - Zusammenarbeit mit dem Bund - Zusammenarbeit im internationalen Bereich
LGB	3	- Strategische Zusammenarbeit in der AdV - Operative Zusammenarbeit im Lenkungsausschuss Geobasis
	5	

b. Lernziele:

1. Rolle und Aufbau der AdV
 - Aufgabenabgrenzungen mit GDI-DE
 - Aufbau der AdV
 - Organe der AdV und deren Aufgaben
 - Arbeitskreise Raumbezug, Liegenschaftskataster, Geotopographie, Informations- und Kommunikationstechnik, Public Relations- und Marketing
 - Strategische Zusammenarbeit in der AdV
 - Ziele, Ergebnisse
 - aktuelle Themen
2. Operative Zusammenarbeit im Lenkungsausschuss Geobasis
 - Zusammensetzung
 - Aufgabenpotenziale
 - Vorgehen
 - Zentraler Vertrieb und gemeinsame Entwicklung
 - aktuelle Themen
3. Länderübergreifende Zusammenarbeit (national/international)

c. Selbststudium

1. Sitzungsunterlagen des AdV-Plenums und der AdV-Arbeitskreise, Arbeitsprogramme (www.adv-online.de →intern)
2. Statistische Daten zu fachlichen Themen der AdV-Arbeitskreise (www.adv-online.de →intern)

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz: die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die Aufgaben und Unterschiede von AdV und Lenkungsausschuss Geobasis.

Methodenkompetenz: die Referendarinnen und Referendare können:

2. die wesentlichen Ziele und erreichten Ergebnisse der AdV erläutern und diskutieren.
3. die Schwerpunkte der Arbeit der AdV-Arbeitskreise benennen und die Verzahnung der Arbeitskreise mit dem Plenum der AdV erläutern.
4. die Effektivität des Zusammenwirkens der deutschen Vermessungsverwaltungen in der AdV beurteilen.

1.8.9 Modul 9 – Entwicklungstendenzen

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Aufgabenentwicklung	MIK	0,5
Verwaltungsreformen	MIK	0,5
Entwicklung der Geodäsie in Deutschland	MIK	0,5
		1,5

Modul 9 – Entwicklungstendenzen		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MIK	1,5	<ul style="list-style-type: none"> - Aufgabenentwicklung - Verwaltungsreformen - Entwicklung der Geodäsie in Deutschland
	1,5	

b. Lernziele:

1. Einbindung des amtlichen Vermessungs- und Geoinformationwesens in parallel agierende oder übergeordnete Gremien (z. B. DIN, ISO, RTCM, IMK)
2. Staatliches Vermessungs- und Geoinformationswesen versus kommunalisiertes Katasterwesen

3. Instrumente der Verwaltungsmodernisierung
4. Folgen der Globalisierung auf das Berufsbild
5. Folgen des neuen Umweltbewusstseins auf das Berufsbild (z. B. Erderwärmung)
6. Folgen der Digitalisierung auf das Berufsbild
7. Folgen des demografischen Wandels auf die Geodäsie (z. B. Nachwuchsinitiative)
8. Weiterentwicklung der Grundsätze des deutschen amtlichen Vermessungswesens
9. Auswirkung aktueller technologischer und politischer Entwicklungen (z.B. Sensoren, Big-Data, Open-Data, Cloud-Computing) auf die Landesvermessung
10. Internationale Vertretung der Interessen des amtlichen deutschen Vermessungswesens durch das BKG (UN, EU)
11. Weiterentwicklung des amtlichen deutschen Vermessungswesens als integrierter Bestandteil der europäischen Landesvermessung

c. Selbststudium

Kummer/Kötter/Kutterer/Ostrau (Hrsg.): Das Deutsche Vermessungs- und Geoinformationswesen (aktuelle Fassung)

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die Grundzüge von Reformen in der Aufbau- und in der Ablauforganisation der Verwaltungen und (bundesweite) Entwicklungstendenzen.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

2. die Veränderungen in der Arbeitsweise, in der Arbeitsorganisation und in der Arbeitswelt, die die Erhebung von Daten, deren Verarbeitung und deren Bereitstellung betreffen, erkennen und in der Entwicklung charakterisieren.
3. die Folgen verschiedener übergeordneter Entwicklungen auf das Berufsbild des Geodäten benennen und in ihren Konsequenzen abschätzen.
4. die Auswirkungen aktueller technologischer und politischer Entwicklungen (z.B. Sensoren, Big-Data, Open-Data) auf die Landesvermessung bewerten und diskutieren.

2 Ausbildungsplan für den Ausbildungsabschnitt II (Landentwicklung)

2.1 Ausbildungsdauer

Die Dauer des Ausbildungsabschnittes II (Landentwicklung) beträgt gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD 16 Wochen.

2.2 Ausbildungsstellen

Der Ausbildungsabschnitt II (Landentwicklung) ist gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD bei den nachfolgend aufgeführten Ausbildungsstellen zu absolvieren:

- Flurbereinigungsbehörde
- Obere Flurbereinigungsbehörde
- Mindestens eine der für folgende Bereiche zuständige Stellen:
 - Naturschutz
 - Wasserwirtschaft
 - Forst
 - Landwirtschaft
 - Dorferneuerung
- Mindestens eine der folgenden Stellen:
 - Lokale Aktionsgruppen (LEADER))
 - Verwaltungsbehörde EFRE, ELER oder ESF
 - EU-Kommission (Hospitation)
 - Flurbereinigungsbehörden anderer Bundesländer oder Staaten

2.3 Ausbildungsschwerpunkte:

Schwerpunkte der Ausbildung im Ausbildungsabschnittes II (Landentwicklung) sind gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD Herausforderungen für die Landentwicklung, Anforderungen an die ländlichen Räume und Instrumente der Landentwicklung, Agrar- und Strukturpolitik für die ländlichen Räume, Verfahren nach Flurbereinigungs- und Landwirtschaftsanpassungsgesetz, Modernes Verwaltungshandeln und die Einordnung und Entwicklung der Landentwicklung.

Die Referendarinnen und Referendare sollen sich vertieft mit den Herausforderungen für die Landentwicklung wie z. B. demografischer Wandel oder Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auseinandersetzen. Sie sollen erlernen, wie die Anforderungen an die ländlichen Räume durch Instrumente der Landentwicklung bewältigt werden können. Dabei sollen vor allem die Instrumente LEADER, Regionalmanagement, Dorfentwicklung und Flurbereinigung vermittelt werden.

Im Bereich Agrar- und Strukturpolitik für die ländlichen Räume ist das breite Spektrum der europäischen und nationalen Förderprogramme, Regionalfonds und Erschließung privater Finanzierungsquellen, möglichst bei damit befassten Stellen (auch im Ausland), zu thematisieren.

Im Schwerpunktbereich Verfahren nach Flurbereinigungs- und Landwirtschaftsanpassungsgesetz sollen die Referendarinnen und Referendare auch zu praktischen Arbeiten herangezogen werden. Im Vordergrund stehen Ziele

der ländlichen Bodenordnung nach Verfahrensarten, Erlernen der Abläufe vor allem in den Terminen der Landentwicklung und das Landentwicklungsfachinformationssystem LEFIS.

Modernes Verwaltungshandeln ist an geeigneten Fallbeispielen, durch Gutachten und Untersuchungen zu erlernen.

Bei der Einordnung und Entwicklung der Landentwicklung soll der Blick in überfachlicher Sicht ausgeweitet werden.

2.4 Prüfstoffverzeichnis für den Ausbildungsabschnitt II (Landentwicklung)

Gemäß Anlage 7c BbgAPOhtD sind für das Prüfungsfach 4 (Landentwicklung) folgende Prüfungsinhalte vorgesehen:

Modul 1 – Herausforderungen für die Landentwicklung

- Demografischer Wandel, Klimawandel, Energiewende
- Flächenverbrauch, Infrastruktur, Mobilität
- Strukturwandel in der Landwirtschaft
- Kulturlandschaften und Gewässer
- Schrumpfungprozesse im ländlichen Raum
- Innenentwicklung kleiner Städte und Dörfer
- Dorfbau, Daseinsvorsorge, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Modul 2 – Anforderungen an die ländlichen Räume und Instrumente der Landentwicklung

- Strategien
 - Wandel in den Köpfen
 - Interkommunale Kooperationen
 - Allianzen
- LEADER und ILEK
 - Regionalmanagement
 - Dorfentwicklung und Daseinsvorsorge
- Natur- und Artenschutz, Landschaftsentwicklung
- Hochwasser-, Trinkwasser- und Gewässerschutz
- Technische Infrastruktur
 - Straßen, Schiene
 - Kommunikations- und Leitungsnetze
 - Energieerzeugung
- Bedarfs- und funktionsgerechte ländliche Wegenetze

Modul 3 – Agrar- und Strukturpolitik für die ländlichen Räume

- Europäische und nationale Förderprogramme
- Regionalfonds und Erschließung privater Finanzierungsquellen
 - Privat-Public-Partnership-Modelle
 - Sponsoring
 - Stiftungen, Vereine und Genossenschaften

- Einsatz von Finanzierungsmitteln anderer Fachbehörden in der Landentwicklung
 - Verkehrsanlagen, Wasserwirtschaft, Forstwirtschaft
 - Naturschutz, Energieanlagen, Tourismus

Modul 4 – Verfahren nach Flurbereinigungs- und Landwirtschaftsanpassungsgesetz

- Zuständigkeiten und Ziele der ländlichen Bodenordnung nach Verfahrensarten
- Verfahrensabläufe
 - Einleitung, Legitimation, Wertermittlung, Planung
 - Flurbereinigungsplan, tatsächliche und rechtliche Ausführung des Flurbereinigungsplans
 - Berichtigung der öffentlichen Bücher
 - Schlussfeststellung
- Technik und Automation
- Landentwicklungsfachinformationssystem LEFIS
- Vermessung und Geoinformation
 - Beschaffung geobasierter Informationen
 - Örtliche Erfassungsverfahren
- Verwaltungsakte und Rechtsbehelfsverfahren
- Besonderheiten der Unternehmensflurbereinigung
- Freiwilliger Nutzungstausch
- Kostenarten
- Herstellung und Ausbau der Anlagen

Modul 5 – Modernes Verwaltungshandeln

- Wohlstandsentwicklung und -messung
 - Wertschöpfung, Nachhaltigkeit
 - Lebensqualität
- Beteiligungs- und Aktivierungsformen
- Arbeiten mit Szenarien und Varianten
- Bottom-up-Prinzip
- Moderation der Landentwicklung
- Planungsrecht und Planfeststellungsverfahren
- Enteignungsrecht im Kontext der Fachaufgaben
- Umweltverträglichkeitsverfahren, Kompensationsmanagement

Modul 6 – Einordnung und Entwicklung der Landentwicklung

- Landesentwicklung und Landentwicklung
- Geschichtliche Entwicklung
- Personalmanagement und -qualifizierung
- Organisationsvergleich in den Bundesländern
- Verwaltungsmodernisierungsansätze in den Bundesländern

2.5 Anteil der einzelnen Ausbildungsstellen am Ausbildungsabschnitt IV

➤ Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK)	1,0 Woche
➤ Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF)	7,2 Wochen
➤ Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung Brandenburg (vlf)	6,0 Wochen
➤ Kommunale Behörden (Komb)	1,0 Woche
➤ Lokale Aktionsgruppen (LAG/LEADER)	0,6 Wochen
➤ Landesamt für Umwelt (LfU)	0,2 Wochen
Insgesamt:	16,0 Wochen

Während des Abschnittes beim LELF oder beim vlf ist den Laufbahnauszubildenden eine Abschnittsarbeit zu übertragen (Bearbeitungsaufwand ca. 10 Tage).

2.6 Schwerpunkte und Abfolge der Ausbildungsstellen

Für eine optimale Ausbildung sollten die Themen des Prüfstoffverzeichnisses in folgender Reihenfolge der Ausbildungsstellen durchlaufen werden:

MLUK – LELF/vlf - LfU/Komb/LAG – MLUK

In den einzelnen Ausbildungsstellen sind entsprechend dem Ausbildungsplan (Anlage 7a BbgAPOhtD) und dem Prüfstoffverzeichnis (Anlage 7c BbgAPOhtD) folgende Schwerpunkte zu setzen (Details siehe Abschnitt 2.8 - Detailplanung):

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz – 5 Tage

- 0,5 Tage Modul 1 Herausforderungen für die Landentwicklung
- 0,5 Tag Modul 2 Anforderungen an die ländlichen Räume und Instrumente der Landentwicklung
- 1 Tag Modul 3 Agrar- und Strukturpolitik für die ländlichen Räume
- 2 Tag Modul 4 Verfahren nach Flurbereinigungs- und Landwirtschaftsanpassungsgesetz
- 1 Tage Modul 6 Einordnung und Entwicklung der Landentwicklung

Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung – 36 Tage

- 1 Tag Modul 2 Anforderungen an die ländlichen Räume und Instrumente der Landentwicklung
- 4 Tage Modul 3 Agrar- und Strukturpolitik für die ländlichen Räume
- 24 Tage Modul 4 Verfahren nach Flurbereinigungs- und Landwirtschaftsanpassungsgesetz
- 7 Tage Modul 5 Modernes Verwaltungshandeln

Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung Brandenburg – 30 Tage

Der Schwerpunkt der Ausbildung beim vlf soll in der Bearbeitung von Flurbereinigungsverfahren liegen

- 2 Tage Modul 2 Anforderungen an die ländlichen Räume und Instrumente der Landentwicklung
- 26 Tage Modul 4 Verfahren nach Flurbereinigungs- und Landwirtschaftsanpassungsgesetz
- 2 Tag Modul 5 Modernes Verwaltungshandeln

Kommunale Behörden – 5 Tage

- 2 Tage Modul 2 Anforderungen an die ländlichen Räume und Instrumente der Landentwicklung
- 1 Tag Modul 3 Agrar- und Strukturpolitik für die ländlichen Räume
- 2 Tage Modul 5 Modernes Verwaltungshandeln

Lokale Aktionsgruppen – 3 Tage

- 3 Tage Modul 2 Anforderungen an die ländlichen Räume und Instrumente der Landentwicklung

Landesamt für Umwelt – 1 Tage

- 1 Tag Modul 2 Anforderungen an die ländlichen Räume und Instrumente der Landentwicklung

Im Rahmen der Verwaltungsseminare und Referendartage (siehe Ausbildungsabschnitt V) werden folgende Schwerpunkte ebenfalls thematisiert:

- Grunderwerb und Enteignung – Modul 5
- Führungsaufgaben, Kommunikation – Modul 5

Darüber hinaus können zur Prüfungsvorbereitung im Rahmen des Ausbildungsabschnittes V weitere Termine zur Vertiefung und Wiederholung mit den Ausbildungsstellen vereinbart werden.

2.7 Wahrzunehmende Termine im Ausbildungsabschnitt

- Dienstberatungen MLUK/LELF
- Quartalsberatung LELF/vlf – Beratungen zur Prozesssteuerung
- Sitzungen externer Entscheidungsgremien (z.B. Vorstände der Teilnehmergeinschaften)
- Behördentermine (§ 5 Abs. 2 und 3 FlurbG; § 41 FlurbG)
- Teilnehmerversammlungen (§ 22 FlurbG)
- Widerspruchsverhandlungen
- Beratung von Projektträgern
- Interne Teambesprechungen auf Referats- oder Regionalebene (LELF)
- Wesentliche Veranstaltungen des Forums ländlicher Raum – Netzwerk Brandenburg

2.8 Detailplanung für die einzelnen Ausbildungsteilabschnitte

2.8.1 Modul 1 – Herausforderungen für die Landentwicklung

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Demografischer Wandel, Klimawandel, Energiewende	MLUK	0,5
Flächenverbrauch, Infrastruktur, Mobilität		
Strukturwandel in der Landwirtschaft		
Schrumpfungprozesse im ländlichen Raum		
Innenentwicklung kleiner Städte und Dörfer		
Kulturlandschaften und Gewässer		
Dorfumbau, Daseinsvorsorge, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse		

Modul 1 – Herausforderungen für die Landentwicklung		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MLUK	0,5	<ul style="list-style-type: none"> - Demografischer Wandel, Klimawandel, Energiewende - Flächenverbrauch, Infrastruktur, Mobilität - Strukturwandel in der Landwirtschaft - Schrumpfungprozesse im ländlichen Raum - Innenentwicklung kleiner Städte und Dörfer - Kulturlandschaften und Gewässer - Dorfumbau, Daseinsvorsorge, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse
	0,5	

b. Lernziele:

Vorrangiges Ausbildungsziel ist die Sensibilisierung für die Themen und der Transfer zu den Aufgaben der Landentwicklung sowie die Vermittlung von Lösungsansätzen aus dem Bereich der Landentwicklung.

1. Welche Problemstellungen und Lösungsstrategien gibt es zu den genannten Themen?
2. Welche EU-, Bund- und Länder- Förderprogramme gelten für den ländlichen Raum? Was sind deren Schwerpunkte?

3. Welche strategischen Ziele der Raumordnungs- und Planungspolitik von EU, Bund und Land werden für die ländlichen Räume verfolgt?
4. Vertiefung und Transfer: Welche Instrumente und Fördermöglichkeiten bietet die Landentwicklung zur Minderung oder Lösung der Probleme?
5. Wie können die Möglichkeiten und Angebote der Landentwicklung im Zusammenhang mit der Raum-, Landes-, Regionalplanung und der gemeindlichen Bauleitplanung zum Einsatz kommen? Wo ordnet sich die ländliche Bodenordnung als Umsetzungsinstrument ein?
6. Was bedeutet „wettbewerbsfähige Landwirtschaft“?
7. Wie kann eine flächendeckende, wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft gesichert werden?
8. Wie kann durch Flächenmanagement in Verbindung mit der ländlichen Bodenordnung der Bedarf an öffentlichen Flächen im ländlichen Raum gesteuert werden?
9. Welche Beiträge zur Wertschöpfung kann der ländliche Raum aufweisen und wie können diese genutzt werden?
10. Zuständigkeiten, Kooperation und Kommunikation mit anderen Stellen zur Lösung der Probleme.
11. Anwendungsbereiche der Wasserrahmenrichtlinie
12. Erläuterung anhand von „best practice“ Beispielen

c. Selbststudium

1. Strategische Ziele der Raumordnungs- und Planungspolitik von EU, Bund und Land für die ländlichen Räume
2. EU-, Bund- und Länder- Förderprogramme und deren Hauptbausteine bezogen auf den ländlichen Raum
3. Wettbewerbsfähige Landwirtschaft im Vergleich in der EU und weltweit
4. Vertiefung in die Themen und den hierzu entwickelten Lösungsstrategien
5. Einordnung von Fachplanungen in die Planungshierarchien
6. Aneignung von „best practice“ Beispielen

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz: die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die wesentlichen fachlichen Begrifflichkeiten der Landentwicklung, ländlichen Bodenordnung, einer zeitgemäßen Landnutzung sowie die Probleme, Herausforderungen und Lösungsstrategien für ländliche Räume.
2. die wesentlichen aktuellen Begrifflichkeiten wie demographischer Wandel, Klimawandel, Flächenmanagement beim Flächenverbrauch, den Strukturwandel in Land- und Forstwirtschaft und Weinbau sowie die ländliche Infrastruktur im Zusammenhang mit der Erhaltung und Stabilisierung ländlicher Räume.

Methodenkompetenz: die Referendarinnen und Referendare können:

3. vertiefend einzelne aktuelle politische und gesellschaftliche Probleme und Handlungsfelder bezogen auf Landentwicklung und ländliche Bodenordnung sachgerecht erläutern.
4. vertiefend die europäische und nationale Förderpolitik in ihrer Zielsetzung für die ländlichen Räume in Verbindung mit dem Einsatz der ländlichen Bodenordnung erkennen und nutzen.

5. aktuelle (gesellschafts-) politische Themen zum ländlichen Raum erfassen und die Instrumente der Landentwicklung hierauf transformieren.

Sozialkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

6. komplexe Problemstellungen in allgemeinverständlicher Ausführung zu vermitteln.

2.8.2 Modul 2 – Anforderungen an die ländlichen Räume und Instrumente der Landentwicklung

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Strategien - Wandel in den Köpfen - Interkommunale Kooperationen - Allianzen	MLUK	0,25
LEADER und ILEK - Regionalmanagement - Dorfentwicklung und Daseinsvorsorge	MLUK, LELF, LAG	0,25+0,5+3
Natur- und Artenschutz, Landschaftsentwicklung	LfU, KomB	0,5+0,5
Hochwasser-, Trinkwasser- und Gewässerschutz	LfU, KomB	0,5+0,5
Technische Infrastruktur - Straßen, Schiene - Kommunikations- und Leitungsnetze - Energieerzeugung	LELF, KomB, vlf	0,25+0,5+1
Bedarfs- und funktionsgerechte ländliche Wegenetze	LELF, KomB, vlf	0,25+0,5+1
		9,5

Modul 2 – Anforderungen an die ländlichen Räume und Instrumente der Landentwicklung		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MLUK	0,5	- Strategien <i>u. a. auch Vorstellung des Forums Ländlicher Raum – Netzwerk Brandenburg</i> - LEADER und ILEK

LELF	1	- LEADER <i>Bei der LAG sollte der Schwerpunkt auf LEADER als Methode liegen (bottom-up-Ansatz, Beteiligungsprozesse, Entwicklungsstrategie, Projektauswahl)</i>
LfU	1	- Natur- und Artenschutz, Landschaftsentwicklung - Hochwasser-, Trinkwasser- und Gewässerschutz
vlf	2	- Technische Infrastruktur - Bedarfs- und funktionsgerechte ländliche Wegenetze
KomB	2	- Natur- und Artenschutz, Landschaftsentwicklung - Hochwasser-, Trinkwasser- und Gewässerschutz - Technische Infrastruktur - Bedarfs- und funktionsgerechte ländliche Wegenetze
	9,5	

b. Lernziele:

1. Vorteile von integrierten und kooperativen Planungs- und Beteiligungsprozessen
2. Ansätze von Planungs- und Beteiligungsprozessen in LEADER, ILEK und Dorfentwicklung
3. Gremien, deren Aufgaben, Zusammensetzung und Zuständigkeiten bei LEADER/ILEK/Dorfentwicklung
4. Funktionen der technischen Infrastruktur, Funktionen und Bedeutung von Erhalt und Entwicklung der Natur, des Hochwasser- und Trinkwasserschutzes, der Gewässerentwicklung und dem Klimawandel für die ländlichen Räume
5. Vielfältige funktionale Bedeutung und Potentiale des ländlichen Raumes
6. Zuständigkeiten einzelner Fachressorts, kritische Würdigung
7. Beiträge und Lösungen der ländlichen Bodenordnung
8. Bedeutung eines funktionsgerechten landwirtschaftlichen Wegenetzes
9. Aufgaben, Organisationsform und Notwendigkeit des „Forum ländlicher Raum – Netzwerk Brandenburg“ (andere Bundesländer: „Akademie Ländlicher Raum“), nach Möglichkeit Teilnahme an wesentlichen Veranstaltungen (aktuelle Veranstaltungen siehe <https://www.forum-netzwerk-brandenburg.de/de/veranstaltungen/aktuelle-veranstaltungen>)

c. Selbststudium

1. Betrachtung der Akademien/Foren Ländlicher Raum, Notwendigkeit und Inhalte im Bundesvergleich
2. Förderprogramme

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die verschiedenen Planungsvorhaben im ländlichen Raum und deren Umsetzungsmöglichkeiten durch die ländliche Bodenordnung.

2. verschiedene Planungs- und Beteiligungsprozesse für den ländlichen Raum in ihren Zielsetzungen und in ihrer Durchführung.
3. Informations- und Fortbildungseinrichtungen im ländlichen Raum bezogen auf das Land Brandenburg.
4. die Bedeutung von Infrastruktureinrichtungen, Maßnahmen des Gewässer-, Hochwasser-, Natur- und Landschaftsschutzes im ländlichen Raum.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

5. die Vorteile verschiedener Planungsprozesse mit integrierten, partizipatorischen Elementen erkennen.
6. erkennen, wo Vorteile und Risiken dieser Planungs- und Beteiligungsprozesse gegenüber herkömmlichen verwaltungsorientierten Ansätzen liegen.
7. erkennen, in welchen Praxisfällen die unterschiedlichen Methoden zielführend einzusetzen sind.

Sozialkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

8. aufzuzeigen, welche Wirkungen mit allen zu beteiligenden Akteuren erarbeitete Pläne und Programme bei der Umsetzung und Akzeptanz entfalten können.
9. die eigenen Fähigkeiten im Hinblick auf Kommunikation in Netzwerkprozessen und interdisziplinärer Zusammenarbeit zu stärken.

Selbstkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

10. und bereit, eigene kommunikative Fähigkeiten in Netzwerkprozessen und interdisziplinärer Zusammenarbeit zu hinterfragen und zu entwickeln.

2.8.3 Modul 3 – Agrar- und Strukturpolitik für die ländlichen Räume

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Europäische und nationale Förderprogramme	MLUK, LELF	0,5+1
Regionalfonds und Erschließung privater Finanzierungsquellen - Privat-Public-Partnership-Modelle - Sponsoring - Stiftungen, Vereine und Genossenschaften	MLUK, LELF	0,5+1
Einsatz von Finanzierungsmitteln anderer Fachbehörden in der Landentwicklung - Verkehrsanlagen, Wasserwirtschaft, Forstwirtschaft - Naturschutz, Energieanlagen, Tourismus	LELF, KomB	2+1
		6

Modul 3 – Agrar- und Strukturpolitik für die ländlichen Räume		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MLUK	1	<ul style="list-style-type: none"> - Europäische und nationale Förderprogramme <i>Rechtliche Rahmenbedingungen von ELER und GAK (u. a. auch theoretische Vermittlung von ILEK)</i> <i>Grundsätzliche Vorstellung der Programme AFP, EFP, InVeKoS</i> - Regionalfonds und Erschließung privater Finanzierungsquellen
LELF	4	<ul style="list-style-type: none"> - Europäische und nationale Förderprogramme <i>Praktische Umsetzung der Förderrichtlinie;</i> <i>u. a. auch Einführung in InVeKoS als ein wesentliches Kontrollinstrument für die Agrarausgaben der EU (ggf. Einbeziehung der EU-Zahlstelle)</i> - Regionalfonds und Erschließung privater Finanzierungsquellen - Einsatz von Finanzierungsmitteln anderer Fachbehörden in der Landentwicklung
KomB	1	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz von Finanzierungsmitteln anderer Fachbehörden in der Landentwicklung
	6	

b. Lernziele:

1. Die aktuelle europäische Förderpolitik mit den strategischen Zielen und den Mainstream-Strukturförderprogrammen: EFRE; ESF, ELER, deren Abgrenzung und Gemeinsamkeiten
2. Vertiefend: ELER - Förderprogramm mit seinen Hauptförderbausteinen
3. Die Säulen der europäischen Agrarpolitik (1 und 2 Säule)
4. Vertiefend: die Strukturförderung im ländlichen Raum im Bund und den Ländern
5. Hintergrund und Ziele weiterer Förderprogramme und -instrumente wie z. B. AFP, EFP, InVeKoS
6. Zielgruppen der Förderprogramme
7. Umsetzung des ELER-Programms in nationales Recht
8. Kofinanzierung ELER mit anderen nationalen Fördertöpfen (GAK) und länderspezifischen Förderrichtlinien für den ländlichen Raum
9. Diskussion der europäischen und nationalen (GAK) Förderpolitik: Trends, Weiterentwicklungen
10. Aufbringung der Kofinanzierungsanteile einschl. Eigenleistung
11. (Grobe) Finanzausstattung der Hauptfördersäulen wie z.B. LEADER, Wettbewerbsfähigkeit, ausgeglichene territoriale Entwicklung
12. Einsatz von zusätzlichen Fremdmitteln zur Finanzierung von Vorhaben
13. Umsetzung von Fördermitteln und die Grundzüge der hierzu ergangenen Vorschriften (LHO, GAK- Rahmenplan, VOB, HOAI)
14. Aufgaben der EU-Zahlstelle

15. In Grundzügen Abläufe von Fördervorhaben von Antragstellung bis Abrechnung, Verwendungsnachweis, Kontrollen
16. Lösungswege für Investitionen trotz zurückgehender (Förder-)Mittel
17. Diskussion zur Förderpolitik hinsichtlich Nutzen und Nachhaltigkeit
18. Fachübergreifende Zusammenhänge

c. Selbststudium

1. Vertiefung, auch kritische Wertung der Förderpolitik
2. Aneignung von "best practice" Beispielen

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz: die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die europäische und nationale Förderpolitik in ihrer Zielrichtung und Abgrenzung allgemein und spezialisiert für die ländlichen Räume.
2. die Programmaufstellung und Hauptförderbausteine der europäischen, bundes- und landesspezifischen Förderprogramme für den ländlichen Raum.
3. die Finanzierungsmöglichkeiten und Zugänge zu öffentlichen und privaten Finanzierungsquellen.

Methodenkompetenz: die Referendarinnen und Referendare können:

4. die Strukturen und Zugänge zu europäischen und nationalen Förderprogrammen darstellen.
5. darlegen, wie der praxisbezogene Zugang zu den unterschiedlichen Förderprogrammen auch unter Berücksichtigung des Haushaltsrechts erfolgen kann.
6. darlegen, wie private Förderung separat oder in Ergänzung mit öffentlicher Förderung in der Praxis funktionieren kann.
7. eine Kundenberatung bei vorhandenem Fachwissen zielführend aufbauen.

Sozialkompetenz: die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

8. komplexe Problemstellungen in allgemeinverständlicher Ausführung zu vermitteln.
9. den Zuwendungsempfängern zu erläutern, was Ziele der Förderpolitik sind und wie diese praxisgerecht in Anspruch genommen werden können.

Selbstkompetenz: die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

10. und bereit, die Agrar- und Strukturpolitik zu erfassen und im öffentlichen Raum zu diskutieren.
11. und bereit, kreative Lösungen zu entwickeln, sie anzuwenden und zu vertreten.

2.8.4 Modul 4 – Verfahren nach Flurbereinigungs- und Landwirtschaftsanpassungsgesetz

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Zuständigkeiten und Ziele der ländlichen Bodenordnung nach Verfahrensarten	MLUK, LELF, vlf	0,5 + 1 + 1
Verfahrensabläufe - Einleitung, Legitimation, Wertermittlung, Planung - Flurbereinigungsplan, tatsächliche und rechtliche Ausführung des Flurbereinigungsplans - Berichtigung der öffentlichen Bücher - Schlussfeststellung	LELF, vlf	8 + 16
Technik und Automation	LELF, vlf	1+1
Landentwicklungsfachinformationssystem LEFIS	MLUK, LELF, vlf	0,5 + 1+1
Vermessung und Geoinformation - Beschaffung geobasierter Informationen - Örtliche Erfassungsverfahren	LELF, vlf	5+2
Verwaltungsakte und Rechtsbehelfsverfahren	LELF	5
Besonderheiten der Unternehmensflurbereinigung	MLUK, LELF	1+1
Freiwilliger Nutzungstausch	(MLUK – Selbststudium)	
Kostenarten	LELF	1
Herstellung und Ausbau der Anlagen	LELF, vlf	1+5
		52

Modul 4 – Verfahren nach Flurbereinigungs- und Landwirtschaftsanpassungsgesetz		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MLUK	2	- Zuständigkeiten und Ziele - Landentwicklungsfachinformationssystem LEFIS - Besonderheiten der Unternehmensflurbereinigung - Freiwilliger Nutzungstausch (Selbststudium)
LELF	24	- Zuständigkeiten und Ziele der ländlichen Bodenordnung nach Verfahrensarten - Verfahrensabläufe - Technik und Automation

		<ul style="list-style-type: none"> - Landentwicklungsfachinformationssystem LEFIS - Vermessung und Geoinformation - Verwaltungsakte und Rechtsbehelfsverfahren - Besonderheiten der Unternehmensflurbereinigung - Kostenarten - Herstellung und Ausbau der Anlagen
vlf	26	<ul style="list-style-type: none"> - Zuständigkeiten und Ziele der ländlichen Bodenordnung nach Verfahrensarten - Verfahrensabläufe - Technik und Automation - Landentwicklungsfachinformationssystem LEFIS - Vermessung und Geoinformation - Herstellung und Ausbau der gemeinschaftlichen Anlagen
	52	

b. Lernziele:

1. Aufgaben und Gremien und aktuelle Herausforderungen der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft „Nachhaltige Landentwicklung“ (ArgeLandentwicklung) und weiterer Organisationen
2. Unterscheidung der Verfahrensarten nach FlurbG einschließlich der Ausführungsgesetze (für Brandenburg: BbgLEG) und LwAnpG in ihren Merkmalen, Unterschieden und Anwendungsmöglichkeiten.
Neben den im Prüfstoffverzeichnis genannten Verfahrensarten
 - Unternehmensflurbereinigung (§ 87 FlurbG) und
 - freiwilligem Landtausch (§§ 103a ff FlurbG) sind auch zu berücksichtigen:
 - Regelflurbereinigung (§ 1 i. V. m. 37 FlurbG),
 - Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren (§ 86 FlurbG),
 - Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren (§ 91 FlurbG),
 - Bodenordnung zur Zusammenführung von getrenntem Boden- und Gebäudeeigentum (§ 64 LwAnpG)
3. Meilensteine im Verfahrensablauf inhaltlich und chronologisch
4. Mitwirkungs- und Beteiligungsorgane im Ablauf der Bodenordnungsverfahren
5. Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern
6. Ländliche Bodenordnung zur Umsetzung von Fremdplanungen: Verfahrensarten, Möglichkeiten und Grenzen
7. Prioritätensetzungen in den Bundesländern
8. Finanzierung von Bodenordnungsverfahren in Abhängigkeit der Verfahrensart
9. Einsatz von Technik zur Beschleunigung und Kostensenkung (z.B. LEFIS, Vermessungsmethoden, Wertermittlung)
10. Landzuteilungen
11. Optimierungsmöglichkeiten in den Verfahrensabläufen
12. Ressourceneinsatz unter Kosten-Nutzenaspekten
13. Organisation und Aufgabenwahrnehmung in den Bundesländern: Vor- und Nachteile

14. Zusammenarbeit mit anderen Stellen bei der Bearbeitung eines Bodenordnungsverfahrens
15. Aufgabenwahrnehmung durch Dritte
16. Wahrnehmung der Rechts- und Fachaufsicht
17. Vergabearten
18. Aufgaben und Organisationformen von Verbänden der Teilnehmergeinschaften (incl. Bundesverband)
19. Der Brandenburgische Weg: vlf – Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung Brandenburg
 - Der vlf als Körperschaft des öffentlichen Rechtes – Organisation, Satzung, Gremien, Aufgaben
 - Vergleich zu Verbandlösungen anderer Länder
 - Durchführungsaufgaben des vlf Rahmen im Verfahrensablauf im übertragenen Aufgabenkreis
 - Wahrnehmung der satzungsgemäßen Pflichtaufgaben im originären Aufgabenbereich
 - Finanzierung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten

c. Selbststudium

1. Gesetze, Vorschriften, Kommentierung, Rechtsprechung, Literatur und Internetrecherchen (z.B. Flurbereinigungsgesetz – Standardkommentar von Wingerter, Mayr)
2. Fachgesetze und Verwaltungsvorschriften als Voraussetzung und zur Durchführung von ländlichen Bodenordnungsverfahren (z. B. Anweisung für die Durchführung von Flurbereinigungs-/Flurneuordnungsverfahren im Land Brandenburg)
3. Unterschiede in der Organisation, Verfahrensauswahl und -anwendungen sowie Vorgehensweisen der Bundesländer analysieren
4. Fallbeispiele der unterschiedlichen Verfahrensarten und Besonderheiten in der Durchführung studieren
5. Für bestimmte Ausgangslagen die zielführende Verfahrensart bestimmen
6. Freiwilliger Nutzungstausch (Verfahren wird nur in wenigen Bundesländern angewandt -nicht in Brandenburg).

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die verschiedenen Typen ländlicher Bodenordnungsverfahren in ihren Anwendungsvoraussetzungen und Zielsetzungen.
2. vertiefend die Verfahrensabläufe der ländlichen Bodenordnungsverfahren, sowie die Zeitpunkte und Mitwirkungsmöglichkeiten weiterer öffentlicher Stellen und Interessenvertretungen im Ablaufprozess.
3. unterschiedliche Organisationsformen und Aufgabenwahrnehmung der Landentwicklungsbehörden in den Bundesländern in Vor- und Nachteilen.
4. Möglichkeiten, Technik zur Effizienzsteigerung zu nutzen.
5. Wertschöpfungsbeiträge und Kosten- Nutzenanalysen der Landentwicklung.
6. Grundsätze der Finanzierung von ländlichen Bodenordnungsverfahren.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

7. eine fachgerechte Einschätzung an konkreten Praxisbeispielen dahingehend vornehmen, welches ländliche Bodenordnungsverfahren anzuwenden und zielführend ist.

8. abschätzen, welche Verfahrens- und Ausführungskosten anfallen, wie diese zu finanzieren sind und einschätzen, welche organisatorischen oder verfahrenstechnischen Maßnahmen zur Kostenreduzierung beitragen.
9. den Beitrag der ländlichen Bodenordnung zur Umsetzung von Planungsvorhaben im ländlichen Raum erkennen.
10. eine Kundenberatung bei vorhandenem Fachwissen zielführend aufbauen.

Sozialkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

11. komplexe Problemstellungen in allgemeinverständlicher Ausführung zu vermitteln.
12. die sachbezogenen Informationen den Beteiligten und mitwirkenden Stellen bei der Einleitung und Durchführungen von Verfahren zu vermitteln mit dem Ziel der Akzeptanzsteigerung und Vertrauensbildung.
13. Termine und Verhandlungen vorzubereiten und zu moderieren.
14. Kommunikationswerkzeuge in Stresssituationen zielgerichtet einzusetzen.
15. „best practice“ Beispiele für erfolgreiche Bodenordnungsverfahren aufzuzeigen.

Selbstkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

16. und bereit, tradiertes Verwaltungshandeln zu hinterfragen, kreative Lösungen zu entwickeln, sie anzuwenden und zu vertreten.
17. und bereit, das eigene Rollenverständnis (anlassbezogen) zu hinterfragen.

2.8.5 Modul 5 – Modernes Verwaltungshandeln

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Wohlstandsentwicklung und -messung - Wertschöpfung, Nachhaltigkeit - Lebensqualität	LELF	1
Beteiligungs- und Aktivierungsformen	LELF	1
Arbeiten mit Szenarien und Varianten	LELF	0,5
Bottom-up Prinzip	LELF	1
Moderation der Landentwicklung	LELF	0,5
Planungsrecht und Planfeststellungsverfahren	LELF, KomB	1+1,5
Enteignungsrecht im Kontext der Fachaufgaben	LELF	1,5
Umweltverträglichkeitsverfahren, Kompensationsmanagement	LELF, KomB, vlf	0,5+0,5+2
		11

Modul 5 – Modernes Verwaltungshandeln		
Ausbildungs- stelle	Anteil in Tagen	Themen
LELF	7	<ul style="list-style-type: none"> - Wohlstandsentwicklung und -messung - Beteiligungs- und Aktivierungsformen - Arbeiten mit Szenarien und Varianten - Bottom-up Prinzip - Moderation der Landentwicklung - Planungsrecht und Planfeststellungsverfahren - Enteignungsrecht im Kontext der Fachaufgaben - Umweltverträglichkeitsverfahren, Kompensationsmanagement
vlf	2	<ul style="list-style-type: none"> - Umweltverträglichkeitsverfahren, Kompensationsmanagement
KomB	2	<ul style="list-style-type: none"> - Planungsrecht und Planfeststellungsverfahren - Umweltverträglichkeitsverfahren, Kompensationsmanagement
	11	

b. Lernziele:

Beispielhafte Fragestellungen und Ausbildungsinhalte, die vor allem den Praxisbezug herstellen sollen.

1. Nachhaltiges Verwaltungshandeln in der Landentwicklung zur Stabilisierung und Entwicklung der ländlichen Räume: Steigerung der Lebensqualität (Wohnen, Arbeiten), Aufbau von Wertschöpfungsketten (Tourismus, Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, Zusammenschlüsse von Regionen, Diversifizierung von Einkommen der Betriebe) unter Schonung der natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Luft)
2. Sammeln von Erfahrungen in praxisbezogenen Planungsmethoden und -techniken
3. Planung, Vorbereitung und Leitung oder Moderation von Terminen und Mediation bei Konflikten. Erprobung bei Mitwirkungs- sowie Beteiligungsprozessen wie Vorstandssitzungen, LEADER, Dorfworkshops, Wegenetzkonzepten und Bodenordnungsverfahren („Bottom-up-Prinzip“, integriertes Handeln, Partizipation)
4. Fertigung von Ergebnismünderschriften/Protokollen
5. Erfordernis einer interdisziplinären Zusammenarbeit mit anderen Fachbehörden, dem Ehrenamt und anderen öffentlichen und privaten Stellen
6. Synergien mit anderen Fachplanungen und Fachgesetzen. Erkennen und Initiierung von Zusammenarbeit
7. Effizienzsteigerungen durch Einsatz von Technik, Optimierung der Verfahrensabläufe
8. Verfahrensrechtliche Gesetze und Vorschriften bei der Durchführung von ländlichen Bodenordnungsverfahren und praxisgerechte Anwendung (Verwaltungsverfahrensgesetz, Verwaltungsgerichtsordnung, Enteignungsgesetze, BGB, Grundbuchordnung, etc.)
9. Teilnahme an planungsrechtlichen Abstimmungs- und Erörterungsterminen mit anderen Behörden und Stellen
10. Teilnahme an Terminen mit Beteiligten; Durchspielen von Szenarien
11. Führungsverhalten in der Organisation/Fachbereich

12. Teilnahme an Dezernentenbesprechungen, Teambesprechungen, Teilnahme an Besprechungen mit vorgeetzten Behörden und an Mitarbeitergesprächen (soweit möglich)
13. Darstellung von Konfliktsituationen bei organisatorischen Fragen oder Personalfragen
14. Teilnahme an Zielvereinbarungen, Controlling, KLR- Auswertungen

c. Selbststudium

1. Erlernen und Üben von Moderationstechniken
2. Gesprächs- und Verhandlungsführung
3. Förderung von Teamarbeit
4. Neue Steuerungsmodelle
5. Personalführung
6. Konfliktmanagement
7. Erprobung an Praxisfällen aus dem Bereich der Landentwicklung
8. Aneignung von „best-practice“ Beispielen

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. das Planungs- und Enteignungsrecht, das Planfeststellungsverfahren generell und auch spezifisch entsprechend dem Flurbereinigungsgesetz.
2. die Belange von Umwelt- und Naturschutz und von sonstigen wichtigen Fachplanungen, können diese würdigen und zielführend die entsprechenden Fachplanungsbehörden im Verfahren einbeziehen.
3. und erkennen die Verfahrensabläufe und die Rechtswirkungen von Planfeststellungsverfahren anderer Fachbehörden und wissen, zu welchen Zeitpunkten eine Beteiligung und Mitwirkung der Landentwicklungsbehörden sinnvoll und notwendig wird.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

4. die Kenntnisse im Planungsrecht und Planfeststellungsrecht allgemein anwenden.

Sozialkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

5. Belange anderer Stellen zu würdigen und im Planungsprozess sachgerecht zum richtigen Zeitpunkt zu behandeln.
6. Verhandlungen mit anderen Stellen und Organisationen fair zu moderieren und zu einer sachgerechten Lösung zu bringen.
7. zur Teamarbeit und zur Führung eines Teams.
8. Kommunikationswerkzeuge in Stresssituationen zielgerichtet einzusetzen.

Selbstkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

9. und bereit, tradiertes Verwaltungshandeln zu hinterfragen, kreative Lösungen zu entwickeln, sie anzuwenden und zu vertreten.
10. und bereit, das eigene Rollenverständnis (anlassbezogen) zu hinterfragen.

2.8.6 Modul 6 – Einordnung und Entwicklung der Landentwicklung

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Landesentwicklung und Landentwicklung	MLUK	1
Geschichtliche Entwicklung		
Personalmanagement und -qualifizierung		
Organisationsvergleich in den Bundesländern		
Verwaltungsmodernisierungsansätze in den Bundesländern		
		1

Modul 6 – Einordnung und Entwicklung der Landentwicklung		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MLUK	1	<ul style="list-style-type: none"> - Landesentwicklung und Landentwicklung - Geschichtliche Entwicklung - Personalmanagement und -qualifizierung - Organisationsvergleich in den Bundesländern - Verwaltungsmodernisierungsansätze in den Bundesländern
	1	

b. Lernziele:

Beispielhafte Fragestellungen und Ausbildungsinhalte:

1. Prinzip und Hierarchie der Raumordnung in Deutschland, Leitbilder der Raumordnung und Landesplanung für die Entwicklung der ländlichen Räume, spez. im Land Brandenburg, Verknüpfung zu Prüfungsfach 5 (Landesplanung und Städtebau)
2. Geschichtliche Entwicklung der ländlichen Bodenordnung: wesentliche Meilensteine 1789 Französische Revolution, Bauernbefreiung 1807, ab 1815: Separationen und Gemeinheitsteilungen, Zusammenlegung, Vereinödung, Reichssiedlungsgesetz, 1919 Bodenschätzungsgesetz, 1934 Reichsumlegungsgesetz/-ordnung (RUO), 1936 Grundgesetz, fortgeltendes Bundesrecht gemäß Art. 125 Nr. 1 GG, 1953 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG), 1976 Novellierung des FlurbG, LwAnpG, 1994 Änderung des FlurbG, 2006 Föderalismusreform, 2008 Letzte Änderung FlurbG
3. Personalmanagement/ Personalführung: benötigte Fachdisziplinen, Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit, Förderung der Teamarbeit, Aufgabe der Führungskraft
4. Personalentwicklungskonzepte

5. Organisationsform(en) einer Dienststelle für Landentwicklung
6. Kommunikation und Information zu anderen Teilorganisationseinheiten innerhalb Dezernat/ Dienststelle
7. Kommunikation zu vorgesetzten/nachgeordneten Organisationen
8. Art und Umfang von Weiterqualifizierungen
9. Benchmarking
10. Behandlung von Organisationsuntersuchungen

c. Selbststudium

1. Vertiefung mit bundesweitem Blick und in Relation zu den länderspezifischen Vorgehensweisen
2. Aufgaben und deren Wahrnehmung im Wandel der Geschichte und im Kontext der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen
3. Analyse und Bewertung der Unterschiede in der Organisation, Verfahrensauswahl und Vorgehensweisen in den Bundesländern, Studium von Organisationsmodellen und Führungsstilen in der ländlichen Entwicklung
4. Entwicklung von Anforderungsprofilen für die Personalgewinnung und für die weitere Qualifizierung des Personals

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die Ebenen des Raumordnungs-, Landesplanungs-, Regionalplanungsrechts und des kommunalen Planungsrechts und können es in Bezug auf das Flurbereinigungsrecht einordnen.
2. die geschichtliche Entwicklung des Flurbereinigungsrechts.
3. die Kriterien und Definitionen zur Abgrenzung ländlicher Räume zu besiedelten Räumen.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

4. die Methodik zur Umsetzung von Planungsrecht verstehen.
5. das ländliche Bodenordnungsrecht im Kontext der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen einordnen und zukunftsweisend weiterentwickeln.
6. Möglichkeiten der interdisziplinären Zusammenarbeit nutzen.
7. neue Ansätze der Verfahrens- und Verwaltungsmodernisierung erkennen und entwickeln.

Sozialkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

8. adressatengerechte Kommunikation mit anderen Stellen und Mitwirkenden zu führen und zu fördern.
9. innerhalb und außerhalb der Verwaltung zielführend und wertschätzend zu kommunizieren.

Selbstkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

10. und bereit, tradiertes Verwaltungshandeln zu hinterfragen, kreative Lösungen zu entwickeln, sie anzuwenden und zu vertreten.
11. strategische Denkweise zu entwickeln.

3 Ausbildungsplan für den Ausbildungsabschnitt III (Landesplanung und Städtebau)

3.1 Ausbildungsdauer

Die Dauer des Ausbildungsabschnittes III (Landesplanung und Städtebau) beträgt gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD 16 Wochen.

3.2 Ausbildungsstellen

Der Ausbildungsabschnitt III (Landesplanung und Städtebau) ist gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD bei den nachfolgend aufgeführten Ausbildungsstellen zu absolvieren:

- für die Landes- und Regionalplanung zuständige Behörden/Stellen
- Katasterbehörde, kommunale Dienststellen für Liegenschaften, Planung sowie sonstige technische Aufgaben (z. B. Erschließung, Umweltschutz)
- Geschäftsstelle eines Gutachterausschusses für Grundstückswerte
- Geschäftsstelle eines Umlegungsausschusses
- Lehrgang bei einem Institut für Städtebau (oder vergleichbarer Einrichtung) sowie Hospitationen zur Immobilienwertermittlung bei Kreditinstituten, größeren Sachverständigenbüros oder Researchunternehmen

3.3 Ausbildungsschwerpunkte

Schwerpunkte der Ausbildung im Ausbildungsabschnittes III (Landesplanung und Städtebau) sind gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD Raumordnung, Landesplanung, Städtebau und Bodenordnung, Immobilienwertermittlung, interdisziplinäre Zusammenarbeit, Entwicklungsprozesse sowie Herausforderungen für Raumordnung und Stadtentwicklung.

Im Bereich der Stadtentwicklung und Stadterneuerung sind neben den Aufgaben der Bauleitplanung insbesondere die Themen Bodenordnung und Immobilienwertermittlung in praktischer Mitarbeit vertieft zu vermitteln. Strategien der Baulandentwicklung und des Flächenmanagements auch in Kooperation mit privaten Investoren sollen behandelt werden.

Die Referendarinnen und Referendare sollen Gelegenheit erhalten, in die berufsbezogenen technischen Aufgaben einer Kommunalverwaltung Einblick zu nehmen.

Energiepolitische Strategien, die Aspekte der demographischen Entwicklung sowie Umwelt- und Klimaveränderungen sind ebenfalls wichtige Themen dieses Ausbildungsabschnittes.

Zum Kennenlernen der Aufgaben und Verfahren von Raumordnung und Landesplanung sind Ausbildungsstationen bei der obersten Landesplanungsbehörde und einer für die Regionalplanung zuständigen Stelle besonders geeignet.

Die interdisziplinäre und kommunale Zusammenarbeit soll beispielsweise in ämterübergreifenden Arbeitsgruppen und Ausschüssen thematisiert werden.

Die Referendarinnen und Referendare sollen an einem Lehrgang bei einem Institut für Städtebau teilnehmen.

3.4 Prüfstoffverzeichnis für den Ausbildungsabschnitt III (Landesplanung und Städtebau)

Gemäß Anlage 7c BbgAPOhtD sind für das Prüfungsfach 5 (Landesplanung und Städtebau) folgende Prüfungsinhalte vorgesehen:

Modul 1 – Herausforderungen für Raumordnung und Stadtentwicklung

- Demografischer Wandel
- Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
- Zentralörtliche Versorgung
- Erneuerbare Energien, Energiewende
- Stadt-Umland-Beziehungen, Regionalentwicklung
- Stadterweiterung, Stadterneuerung, Stadtumbau
- Innenentwicklung
- Landmanagement
- Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit, Flächenverbrauch
- Klimawandel
- Infrastruktur
- Zusammenwirken von kommunaler Planung und privaten Investoren
- Engagement und Teilhabe an Planungsprozessen
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen

Modul 2 – Landesplanung, Raumordnung

- Rechtliche Grundlagen und System der räumlichen Planung
- Prinzip der Zentralen Orte
- Planung
- Planungsebenen (Landesentwicklungsplan, regionale Entwicklungspläne, Regionale Teilentwicklungspläne)
- Organisation und Kompetenzen
- Ziele, Grundsätze und Leitbilder der Raumordnung
- Planungsverfahren, Raumordnungsverfahren
- Verhältnis Landesplanung und Bauleitplanung
- Europäische Raumordnung
- Bund-Länder-Zusammenarbeit
- Sicherung der Raumordnung
- Georeferenzierte Raumbenutzungssysteme, Raumordnungskataster
- Interkommunales Flächenmanagement

Modul 3 – Städtebau und Bodenordnung

- Rechtliche Grundlagen
- Bauleitplanung, Sicherung der Bauleitplanung, Aufbau als georeferenzierte Informationssysteme
- Städtebauliche Verträge, Vorhaben- und Erschließungsplan
- Regelung der baulichen und sonstigen Nutzung, Entschädigung

- Bodenordnung, Bodenordnungsverfahren
- Enteignung, Erschließung
- Kommunale Bodenpolitik und Modelle der Baulandentwicklung
- Maßnahmen für den Naturschutz
- Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Soziale Stadt und Stadtumbau

Modul 4 – Immobilienwertermittlung

- Rechtliche Grundlagen
- Verkehrswert, Marktwert, sonstige Wertbegriffe und Wertermittlungsaufgaben
- Organisation der Wertermittlung, Gutachterausschuss, Sachverständigenwesen
- Verkehrswertgutachten, Kaufpreissammlung, Bodenrichtwerte
- Oberer Gutachterausschuss, Zentrale Geschäftsstelle
- Wertermittlungsverfahren, Ableitung erforderlicher Daten
- Transparenz des Immobilienmarktes, Auskünfte, Vermarktung
- Marktberichte, länderübergreifende Zusammenarbeit

Modul 5 – Interdisziplinäre Zusammenarbeit

- Planfeststellungsverfahren
- Natur- und Umweltschutz
- Denkmalschutz
- Nachbarrecht
- Geoinformationsbeschaffung und -transfer
- Kommunales Vermessungs- und Liegenschaftswesen

Modul 6 – Entwicklungsprozesse

- Geschichtliche Entwicklung von Städtebau und Bodenordnung
- Entwicklungslinien der Immobilienwertermittlung
- Rechtsentwicklung des Baugesetzbuches

3.5 Anteil der einzelnen Ausbildungsstellen am Ausbildungsabschnitt III

➤	Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK)	0,5 Wochen
➤	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) einschließlich Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg (GL)/ Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV)	2,0 Wochen
➤	Kommunale Behörden (KomB)/ Geschäftsstelle Umlegungsausschuss (GS UmlA)	4,5 Wochen
➤	Geschäftsstelle eines Gutachterausschusses für Grundstückswerte (GS GA)	4,0 Wochen
➤	Geschäftsstelle Oberer Gutachterausschuss (GS OGA)	0,5 Wochen
➤	Seminar im Institut für Städtebau Berlin (ISB)	4,5 Wochen
	Insgesamt	16,0 Wochen

3.6 Abfolge und Schwerpunkte der Ausbildungsstellen

Für eine optimale Ausbildung sollten die Ausbildungsstellen des Ausbildungsabschnittes III in folgender Reihenfolge durchlaufen werden:

MIK – MIL/GL/LBV – KomB – GS UmlA – GS GA – GS OGA – ISB

Da es in der Bundeshauptstadt Berlin besondere Aufgaben und Bedingungen gibt, werden in der Regel aktuelle Themen der Module 3 und 4 direkt mit der Berliner Senatsverwaltung eingeplant.

In diesem Ausbildungsabschnitt III sind in den einzelnen Ausbildungsstellen auch Hintergründe und rechtliche Grundlagen für Aspekte zu vermitteln, die in Zusammenarbeit der verschiedenen staatlichen oder Verwaltungsebenen erfolgen, wie

- die EU,
- andere Bundesländern,
- andere Fachverwaltungen,
- andere Verwaltungsebenen.

In den einzelnen Ausbildungsstellen sind entsprechend dem Ausbildungsplan (Anlage 7a BbgAPOhtD) und dem Prüfstoffverzeichnis (Anlage 7c BbgAPOhtD) folgende Schwerpunkte zu setzen (Details siehe Abschnitt 3.8 - Detailplanung):

Ministerium des Innern und für Kommunales – 3 Tage

- 2 Tage Modul 4 Immobilienwertermittlung
- 1 Tag Modul 6 Entwicklungsprozesse/Entwicklungslinien der Immobilienwertermittlung

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung einschließlich Gemeinsame Landesplanung – 7,5 Tage

- 1 Tag Modul 1 Herausforderungen für Raumordnung und Stadtentwicklung
- 5,5 Tage Modul 2 Landesplanung, Raumordnung
- 1 Tag Modul 6 Entwicklungsprozesse

Landesamt für Bauen und Verkehr – 1,5 Tage

- 0,5 Tage Modul 2 Landesplanung, Raumordnung
- 1 Tag Modul 5 Interdisziplinäre Zusammenarbeit

Kommunale Behörden – 19 Tage

- 4 Tage Modul 1 Herausforderungen für Raumordnung und Stadtentwicklung
- 9 Tage Modul 3 Städtebau und Bodenordnung
- 6 Tage Modul 5 Interdisziplinäre Zusammenarbeit

Geschäftsstelle Umlegungsausschuss – 4 Tage

- 4 Tage Modul 3 Städtebau und Bodenordnung

Geschäftsstelle eines Gutachterausschusses für Grundstückswerte – 20,5 Tage

- 20,5 Tage Modul 4 Immobilienwertermittlung

Geschäftsstelle Oberer Gutachterausschuss – 2,5 Tage

- 2,5 Tage Modul 4 Immobilienwertermittlung

Institut für Städtebau Berlin (ISB) (Interdisziplinäres Fachforum - IDF) – 22 Tage

- 12 Tage Modul 1 Herausforderungen für Raumordnung und Stadtentwicklung
- 0,5 Tage Modul 2 Landesplanung, Raumordnung
- 6 Tage Modul 3 Städtebau und Bodenordnung
- 1,5 Tage Modul 4 Immobilienwertermittlung
- 1 Tage Modul 5 Interdisziplinäre Zusammenarbeit
- 1 Tage Modul 6 Entwicklungsprozesse

Im Rahmen der Verwaltungsseminare und Referendartage (siehe Ausbildungsabschnitt V- AA V) werden folgende Schwerpunkte ebenfalls thematisiert:

- Rechtliche Grundlagen – Module 2, 3 und 4
- Städtebau, Bodenordnung – Modul 3
- Workshop/Planspiel Immobilienwertermittlung – Modul 4
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen – Modul 1
- Enteignung, Entschädigung, Erschließung – Modul 3
- Maßnahmen für den Naturschutz – Modul 3

Darüber hinaus können zur Prüfungsvorbereitung im Rahmen des Ausbildungsabschnittes V weitere Termine zur Vertiefung und Wiederholung mit den Ausbildungsstellen vereinbart werden.

3.7 Wahrzunehmende Termine im Ausbildungsabschnitt

- Dienstbesprechung des MIK mit den Vorsitzenden und Geschäftsstellenleitungen der Gutachterausschüsse (jährlich im November)
- Sitzung des Gutachterausschusses zur Beschlussfassung der Bodenrichtwerte (jährlich im Januar/Februar)
- Sitzung des Gutachterausschusses zur Beratung eines Gutachtens
- ggf. Sitzung des Umlegungsausschusses

3.8 Detailplanung für die einzelnen Ausbildungsteilabschnitte

3.8.1 Modul 1 – Herausforderung für Raumordnung und Stadtentwicklung

Hinweis:

Einige Inhalte dieses Moduls sind gleichzeitig auch im Ausbildungsabschnitt II (Landentwicklung) enthalten und werden dort vertieft.

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Demografischer Wandel	ISB	2
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen		1
Erneuerbare Energien, Energiewende		1
Klimawandel		1
Zentralörtliche Versorgung	MIL, ISB	0,5+0,5
Stadt-Umland-Beziehungen, Regionalentwicklung		0,5+0,5
Stadterweiterung, Stadterneuerung, Stadtumbau, Landmanagement	KomB, ISB	1+1
Innenentwicklung		1+1
Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit, Flächenverbrauch	ISB	2
Infrastruktur		1,5
Zusammenwirken von kommunaler Planung und privaten Investoren	KomB	1
Bürgerliches Engagement und Teilhabe an Planungsprozessen		1
Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen	ISB	0,5
		17

Modul 1 – Herausforderung für Raumordnung und Stadtentwicklung		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
ISB	12	<ul style="list-style-type: none"> - Demografischer Wandel - Wirtschaftliche Rahmenbedingungen - Zentralörtliche Versorgung - Erneuerbare Energien, Energiewende - Stadt-Umland-Beziehungen, Regionalentwicklung - Stadterweiterung, Stadterneuerung, Stadtumbau - Landmanagement - Innenentwicklung - Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit, Flächenverbrauch - Klimawandel - Infrastruktur - Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen

MIL	1	- Zentralörtliche Versorgung - Stadt-Umland-Beziehungen, Regionalentwicklung
KomB	4	- Stadterweiterung, Stadterneuerung, Stadtumbau - Landmanagement - Innenentwicklung - Zusammenwirken von kommunaler Planung und privaten Investoren - Engagement und Teilhabe an Planungsprozessen
	17	

b. Lernziele:

1. Europäische Integration und supranationale Entwicklungen, Globalisierung
2. Sicherung der Daseinsvorsorge, gleichwertige Lebensverhältnisse
3. Entwicklung der Wirtschaftssektoren, Migration der Bevölkerung
4. Leitbild der nachhaltigen Raum- und Stadtentwicklung
5. Unvermindertes Siedlungsflächenwachstum, konkurrierende Nutzungsansprüche
6. Aktuelle Wohnungsfrage, bedarfsgerechte Wohnraumversorgung, angespannte Wohnungsmärkte
7. Bodenpolitische Herausforderungen (Bodenpolitik, Bodenfrage, Grundsteuerreform etc.)
8. Direkte Steuerung staatlicher Investitionen und indirekte Steuerung privater Vorhaben und Investitionen
9. Digitalisierung
10. Mobilität

c. Selbststudium

- Fachzeitschriften FuB, GuG, ZfV

- relevante Dokumente/Veröffentlichungen des Landes Brandenburg im Zusammenhang mit den Lerninhalten des Moduls

d. Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 1 und 2:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die wesentlichen fachlichen Begrifflichkeiten in Raumordnung, Landesplanung und Stadtentwicklung.
2. die wesentlichen sachgerechten Hintergründe zu den aktuellen Themen wie demographischer Wandel, Klimawandel, Energiewende, Nachhaltigkeit, Wohnungsproblematik.
3. die Organisations- und Verwaltungsstruktur der verschiedenen Ebenen der räumlichen Planung sowie ihr Zusammenwirken im Land Brandenburg.
4. im Gesamtverständnis die gesetzlichen Regelungen zur Bodennutzung als Teil der Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums.
5. die Informationen der Raumordnungsberichte auf Bundesebene sowie im Land Brandenburg und die damit verbundene fachgerechte Auswertung für Planungsaufgaben, ebenso die laufende Raumbesichtigung aus Raumordnungskatastern.

Methodenkompetenz: die Referendarinnen und Referendare können:

6. vertiefend einzelne der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Probleme und Handlungsfelder bezogen auf Raumordnung, Landesplanung und Bauleitplanung sachgerecht erläutern.
7. vertiefend die Chancen und Potentiale erkennen und diskutieren, die eine zielgerichtete Gesamtplanung bietet, angefangen von der europäischen über die nationale Raumordnung, Landes-, Regional- und Bauleitplanung.
8. die verschiedenen Ebenen der räumlichen Gesamtplanung – angefangen von der europäischen über die nationale Raumordnung, Landes-, Regional- und Bauleitplanung – aufzeigen (Umgang mit horizontalen und vertikalen Planungsprozessen).
9. aufzeigen, welche Wirkungen Pläne und Programme der räumlichen Planung im Land Brandenburg entfalten können.
10. an konkreten praktischen Handlungsfeldern darlegen, wie durch wichtige Planungs- und Umsetzungsinstrumente sowie Fördermöglichkeiten die Herausforderungen für Raumordnung und Stadtentwicklung bewältigt werden können.
11. vertiefend darlegen, welche Vorgaben der Raumordnung und Landesplanung für die Bauleitplanung verbindlich sind und wie die Gemeinden bei der Aufstellung von überörtlichen Plänen und Programmen eingebunden werden (Anpassungsverpflichtung, Gegenstromprinzip).
12. vertiefend aufzeigen, wie die Zusammenarbeit auf Landesebene, regionaler und kommunaler Ebene mit der räumlichen Fachplanung organisiert ist.
13. vertiefend aufzeigen, wie das Konzept der Zentralen Orte im Land Brandenburg operationalisiert wird durch Mindesteinwohnerzahlen und Mindestausstattung.
14. aufzeigen, welche strategischen Ziele mit den Förderinstrumenten der Raum- und Landesplanung verfolgt werden.

3.8.2 Modul 2 – Landesplanung, Raumordnung

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Rechtliche Grundlagen und System der räumlichen Planung	MIL/GL	1
Prinzip der zentralen Orte		
Europäische Raumordnung		2
Bund-Länder-Zusammenarbeit		
Sicherung der Raumordnung		
Interkommunales Flächenmanagement		

Planung - Planungsebenen (Landesentwicklungsplan, regionale Entwicklungspläne, regionale Teilentwicklungspläne) - Organisation und Kompetenzen		2
Ziele, Grundsätze und Leitbilder der Raumordnung		
Planungsverfahren, Raumordnungsverfahren		
Verhältnis Landesplanung und Bauleitplanung	MIL/GL, LBV	0,25+0,25
Georeferenzierte Raubeobachtungssysteme, Raumordnungskataster	MIL/GL, LBV, ISB	0,25+0,25+0,5
		6,5

Modul 2 – Landesplanung, Raumordnung		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MIL/GL	5,5	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtliche Grundlagen und System der räumlichen Planung - Prinzip der Zentralen Orte - Europäische Raumordnung - Bund-Länder-Zusammenarbeit - Sicherung der Raumordnung - Interkommunales Flächenmanagement - Planung <ul style="list-style-type: none"> - Planungsebenen (Landesentwicklungsplan, regionale Entwicklungspläne, Regionale Teilentwicklungspläne) - Organisation und Kompetenzen - Ziele, Grundsätze und Leitbilder der Raumordnung - Planungsverfahren, Raumordnungsverfahren - Verhältnis Landesplanung und Bauleitplanung - Georeferenzierte Raubeobachtungssysteme, Raumordnungskataster
LBV	0,5	- Georeferenzierte Raubeobachtungssysteme, Raumordnungskataster
ISB	0,5	- Georeferenzierte Raubeobachtungssysteme, Raumordnungskataster
	6,5	

b. Lernziele:

1. Rechtsgrundlagen (EU-Recht, ROG, Landesplanungsgesetz der Länder, BauGB)
2. Europäische Raumordnung: EUREK, Metropolräume, Territoriale Agenda; Europäische Struktur-, Regional- und Förderpolitik: Ziele/Strukturfonds und Instrumente (Konvergenz/EFRE, ESF, Kohäsionsfonds); Europäische Gemeinschaftsinitiativen und Gemeinschaftsmaßnahmen

3. Grundlagen der Raumordnung
 - Ziele und Grundsätze der Raumordnung
 - Verfahren der Raumordnung (Raumverträglichkeitsprüfung, Umweltverträglichkeitsprüfung – UVP, Strategische Umweltprüfung – SUP)
 - Raumordnerische Zusammenarbeit
 - Instrumente der Raumordnung (z. B. Vorranggebiete und Eignungsgebiete)
4. System der räumlichen Gesamtplanung, Planungsebenen:
 - Bund: Ziele, Grundsätze, Leitbilder, Handlungsstrategien und Instrumente der nationalen Raumordnung
 - Land Brandenburg: Landesentwicklungs- bzw. Landesraumordnungsprogramme, Landesentwicklungspläne
 - Region: Regionale Entwicklungsprogramme und -pläne, Regionale Teilentwicklungspläne
 - Gemeinde: Bauleitplanung
5. Konzeptionen und Ordnungsmodelle der Raumordnung:
 - Punkt-axiale Konzeptionen: Zentrale Orte-Konzept, normativer Gehalt und Operationalisierung des Konzeptes (Ordnungsräume; Mindesteinwohnerzahlen, Mindestausstattung etc.); Achsenkonzepte
 - Regionenkonzepte: Ausgeglichene Funktionsräume und funktionsräumliche Arbeitsteilung, Endogene Entwicklungsstrategien
6. Organisation und Kompetenzen, Bund-/Länderzusammenarbeit, Verhältnis Landesplanung und Bauleitplanung, interkommunales Flächenmanagement, Zusammenarbeit/Abstimmung mit anderen raumbedeutsamen Fachplanungen und Maßnahmen
7. Raumordnungsberichte auf Bundes- und Landesebene, laufende Raumbewertung, Raumordnungskataster

c. Selbststudium

- Fachzeitschriften FuB, GuG, ZfV
- Raumordnungsberichte auf Landes- und Bundesebene
- aktuelle formelle Planwerke (LEP, Regionalpläne, FNP, BP)
- informelle Konzepte (z. B. regionale Entwicklungskonzepte, regionale Energiekonzepte usw.)

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Siehe 3.8.1 d – Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 1 und 2

3.8.3 Modul 3 – Städtebau und Bodenordnung

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Rechtliche Grundlagen	KomB	1
Bauleitplanung, Sicherung der Bauleitplanung, Aufbau als georeferenzierte Informationssysteme	KomB, ISB	1+0,5

Städtebauliche Verträge, Vorhaben- und Erschließungsplan		1+0,5
Regelungen der baulichen und sonstigen Nutzung, Entschädigung	KomB	1
Bodenordnung, Bodenordnungsverfahren	GS UmlA, ISB	4+1,5
Kommunale Bodenpolitik und Modelle der Baulandentwicklung	ISB	0,5
Enteignung, Erschließung	AVS I (siehe AA V)	AA V
	KomB	1
Maßnahmen für den Naturschutz		2
Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen	KomB, ISB	1+1
Soziale Stadt und Stadtumbau		1+2
		19

Modul 3 – Städtebau und Bodenordnung		
Ausbildungs- stelle	Anteil in Tagen	Themen
KomB	9	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtliche Grundlagen - Bauleitplanung, Sicherung der Bauleitplanung, Aufbau als georeferenzierte Informationssysteme - Städtebauliche Verträge, Vorhaben- und Erschließungsplan - Regelung der baulichen und sonstigen Nutzung, Entschädigung - (Enteignung,) Erschließung - Maßnahmen für den Naturschutz - Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen - Soziale Stadt und Stadtumbau
GS UmlA	4	<ul style="list-style-type: none"> - Bodenordnung, Bodenordnungsverfahren
ISB	6	<ul style="list-style-type: none"> - Bauleitplanung, Sicherung der Bauleitplanung, Aufbau als georeferenzierte Informationssysteme - Städtebauliche Verträge, Vorhaben- und Erschließungsplan - Bodenordnung, Bodenordnungsverfahren - Kommunale Bodenpolitik und Modelle der Baulandentwicklung - Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen - Soziale Stadt und Stadtumbau
	19	

b. Lernziele:

1. Rechtsgrundlagen: Art 14 GG, BauGB, BauNVO, PlanZVO, BGB, VwVfG, Enteignungsgesetze
2. Grundlagen kommunaler Bauleitplanung: Planungsmethodik (von der Bestandsanalyse bis zum Monitoring), Grundlagen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung des Gemeindegebiets (Entwicklungskonzepte, Bedeutung und Wirkung), Planungshoheit, kommunale Selbstverwaltung, Schranken, Planungserforderlichkeit, nachhaltige städtebauliche Entwicklung, Flächenmanagement, Planungsverfahren, Beteiligung von Behörden und Öffentlichkeit, Verzahnung mit dem Bodenordnungsverfahren (Parallelverfahren)
3. Bauleitplanung:
 - Flächennutzungsplan: Inhalt, Wirkungen;
 - Bebauungsplan: Inhalt, Festsetzungen, Wirkungen, Typen:
 - (qualifizierter B-Plan (§ 30 BauGB));
 - einfacher B-Plan;
 - vorhabenbezogener B-Plan - Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) (§ 12 BauGB);
 - Bebauungsplan der Innenentwicklung (§ 13a BauGB);
 - Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren (§ 13b BauGB)
4. BauNVO: Regelung der baulichen und sonstigen Nutzung: Art und Maß der baulichen Nutzung (neue Entwicklungen: Urbane Gebiete)
5. Berücksichtigung des Umwelt- und Naturschutzes in der Bauleitplanung: Eingriffsregelung, Umweltprüfung, Umweltbericht, Festsetzungsmöglichkeiten hierzu in den Bebauungsplänen
6. Zulässigkeit von Vorhaben (§§ 30 - 35 BauGB), hier insbesondere Zulässigkeit von Vorhaben in § 34er-Gebieten sowie Planen und Bauen im Außenbereich; § 35er-Gebiete (Zulässigkeit und Steuerung privilegierter Vorhaben)
7. Städtebauliche Verträge, Sicherung der Bauleitplanung, städtebauliche Gebote
8. Bodenordnungsverfahren: Umlegung, vereinfachte Umlegung: Zweck, Zuständigkeiten, Voraussetzungen, Verfahrensablauf, Verwaltungsakte, Wertermittlung in der Umlegung (insbesondere Entwicklungszustände und anzuwendende Methoden), Verteilungsmaßstäbe, Inhalte des Umlegungsplans, Beschleunigungs- und Flexibilisierungsinstrumente; Abgrenzung zur freiwilligen Umlegung
9. Enteignung, Verfahren und Entschädigung (wird im Allgemeinen Verwaltungsseminar vermittelt, siehe Ausbildungsabschnitt V)
10. Erschließungsrecht und Erschließungsbeitragsrecht nach BauGB und KAG
11. Städtebauliche Kalkulation
12. Bauordnungsrecht: Rechtsgrundlagen BbgBO, bauaufsichtsrechtliche Verfahren, Zuständigkeiten, Baugenehmigung, Bauvorlagen, Bauüberwachung, Rechtswege
13. Kommunale Bodenpolitik; gemeinwohlorientierte Bodenpolitik, Modelle der Baulandentwicklung, kooperative Baulandentwicklung
14. Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen: Verfahrensablauf, Vorbereitung und Durchführung, Ziele, Wertermittlung, Einsatz von Sanierungs- und Entwicklungsträgern
15. Stadtumbau: Stadtumbaumaßnahmen, Stadtumbaugebiete, Stadtumbauverträge, Wertermittlung im Stadtumbau, Monitoring; Soziale Stadt

c. Selbststudium

- Fachzeitschriften FuB, GuG, ZfV
- relevante Dokumente/Veröffentlichungen des Landes Brandenburg im Zusammenhang mit den Lerninhalten des Moduls
- Amtliche Bekanntmachungsblätter der Kommunen (Gemeindebeschlüsse/Stadtverordnetenbeschlüsse)

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die Inhalte und Festsetzungen kommunaler Bauleitpläne und die Möglichkeiten, diese fachgerecht zu interpretieren.
2. die verschiedenen Typen der Bebauungspläne und die Möglichkeiten, diese sachlich einschätzen zu können, um effiziente und zügige Umsetzung der Planungsziele zu erreichen.
3. vertiefend den Verfahrensablauf bei der Bauleitplanung, um z. B. die erforderlichen Schritte zur Beteiligung von Behörden und Öffentlichkeit rechtzeitig einplanen zu können.
4. die geeigneten Umlegungsstellen zur Durchführung der Bodenordnung.
5. die Grundsätze bzw. Prinzipien der Baulandumlegung (Zuteilung, Solidarität, Konversation, Privatnützigkeit, etc.).
6. die Methoden zur Ermittlung der Einwurfs- und Zuteilungswerte im Bodenordnungsverfahren, sowie Umlegungsvorteile und Verteilungsmaßstäbe.
7. die Abgrenzung verschiedener Bodenordnungsinstrumente.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

8. eine fachgerechte Einschätzung an konkreten Praxisbeispielen abgeben, welche Kriterien zur Prüfung der Zulässigkeit von geplanten Vorhaben heranzuziehen sind, insbesondere auch in § 34er- und § 35er- Gebieten.
9. in den Grundzügen abschätzen, welche Kosten mit der Planung hinsichtlich Erschließung und weiterer Folgekosten auf Eigentümer und Gemeinde zukommen.
10. im Detail entscheiden, ob und welche Bodenordnungsinstrumente zur Realisierung der Planung erforderlich und einzusetzen sind.
11. die zeitlichen Abläufe und Abhängigkeiten wiedergeben, um Planung und Bodenordnung optimal zügig umsetzen zu können.
12. beurteilen, inwieweit der Abschluss städtebaulicher Verträge in Planungs- und Bodenordnungsverfahren sinnvoll und zielführend ist.
13. aufzeigen, welche Probleme sich in Stadtumbaugebieten ergeben und welche Lösungsstrategien es gibt.
14. die städtebaulichen Missstände beschreiben, die in einem Stadtgebiet den Einsatz von Sanierungsmaßnahmen erforderlich machen und welche Gründe zur Einleitung von Sanierungsverfahren führen.
15. Anfangs- und Endwerte in Sanierungsverfahren und städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen erklären und anwenden.
16. die Anwendungsvoraussetzungen für die Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme erläutern.

17. vertiefend darlegen, welche Möglichkeiten sich aus kooperativen Baulandmodellen zur Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums ergeben.
18. „best practice“ Beispiele für erfolgreiche Baulandmodelle aufzuzeigen.

3.8.4 Modul 4 - Immobilienwertermittlung

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Rechtliche Grundlagen der Immobilienwertermittlung	MIK	1
Organisation der Wertermittlung, Gutachterausschuss, Sachverständigenwesen	MIK, GS OGA	1+0,5
Verkehrswert, Marktwert, sonstige Wertbegriffe und Wertermittlungsaufgaben	ISB, GS GA	1,5+2
Verkehrswertgutachten, Kaufpreissammlung, Bodenrichtwerte	GS GA	16
Transparenz des Immobilienmarktes, Auskünfte, Vermarktung		
Wertermittlungsverfahren, Ableitung erforderlicher Daten		
Oberer Gutachterausschuss, Zentrale Geschäftsstelle	GS OGA	1,5
Marktberichte, länderübergreifende Zusammenarbeit	GS GA, GS OGA	0,5 + 0,5
		26,5

Modul 4 – Immobilienwertermittlung		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MIK	2	- Rechtliche Grundlagen der Immobilienwertermittlung - Organisation der Wertermittlung, Gutachterausschuss, Sachverständigenwesen
GS GA	20,5	- Verkehrswert, Marktwert, sonstige Wertbegriffe und Wertermittlungsaufgaben - Verkehrswertgutachten, Kaufpreissammlung, Bodenrichtwerte - Transparenz des Immobilienmarktes, Auskünfte, Vermarktung - Wertermittlungsverfahren, Ableitung erforderlicher Daten - Marktberichte, länderübergreifende Zusammenarbeit
GS OGA	2,5	- Organisation der Wertermittlung, Gutachterausschuss, Sachverständigenwesen - Oberer Gutachterausschuss, Zentrale Geschäftsstelle - Marktberichte, länderübergreifende Zusammenarbeit

ISB	1,5	- Verkehrswert, Marktwert, sonstige Wertbegriffe und Wertermittlungsaufgaben
	26,5	

b. Lernziele:

1. Rechtsgrundlagen: BauGB, ImmoWertV und ergänzende Wertermittlungsrichtlinien Gutachterausschussverordnungen der Länder
2. Organisation der Wertermittlung in Deutschland:
 - Privates Sachverständigenwesen (öffentliche Bestellung, Zertifizierung);
 - Organisation amtlicher Gutachterausschüsse (Oberer Gutachterausschuss, Zentrale Geschäftsstelle, Gutachterausschüsse, Zusammenarbeit der Länder im AK-OGA)
3. aktuelle Vorhaben der Landesregierung mit bodenpolitischer Bedeutung
4. Verkehrswert, Marktwert, sonstige Wertbegriffe und Wertermittlungsaufgaben
5. Verkehrswertgutachten: Anlässe, Anforderungen, Aufbau und Inhalte, Wertermittlungsverfahren: Vergleichswert-, Ertragswert- und Sachwertverfahren; Gebühren
6. Wertermittlung im Umlegungsverfahren sowie im besonderen Städtebaurecht (Sanierungs-, Entwicklungsmaßnahmen), Bewertung von Rechten
7. Grundzüge der steuerlichen Bewertung, Nutzung der amtlichen Wertermittlungsdaten durch die Finanzverwaltung
8. Kaufpreissammlung: Aufbau, Führung, Datenschutz, Automation, Auskunftserteilung
9. Bodenrichtwerte: Zweck, Grundlagen, Bodenrichtwertzonen, wertbeeinflussende Grundstücksmerkmale, Bereitstellung und Präsentation, Bodenrichtwertinformationssysteme
10. Immobilienrichtwerte: Zweck, Grundlagen, wertbeeinflussende Merkmale, Bereitstellung und Präsentation incl. Immobilienrechner
11. Ableitung erforderlicher Daten der Wertermittlung: Indexreihen, Umrechnungskoeffizienten, Vergleichsfaktoren für bebaute Grundstücke, Marktanpassungsfaktoren, Liegenschaftszinssätze
12. Transparenz des Immobilienmarktes: Immobilienmarktbericht Deutschland, Marktberichte der Länder: Aufbau, Inhalt, Auskünfte, Vermarktung, Internetangebote; Mieten und Pachten
13. Internationale Immobilienbewertung und Immobilienwirtschaft; internationale Wertermittlungsverfahren: Discounted-Cashflow (DCF), Investment Method, Berufsvereinigungen (RICS)

c. Selbststudium

- Fachzeitschriften FuB, GuG, ZfV
- relevante Dokumente/Veröffentlichungen des Landes Brandenburg im Zusammenhang mit den Lerninhalten des Moduls

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die wesentlichen Rechtsgrundlagen der Wertermittlung auf Bundes- und Landesebene für das amtliche Gutachterausschusswesen des Landes Brandenburg.
2. die verschiedenen Begrifflichkeiten in der Wertermittlung.

3. die Aufgabenaufteilung zwischen örtlichem Gutachterausschuss und Oberem Gutachterausschuss/Zentraler Geschäftsstelle.
4. das private Sachverständigenwesen
5. in den Grundzügen die wichtigen eingesetzten statistischen Methoden zur Auswertung der Kaufpreissammlung
6. technische Aspekte der Veröffentlichung von Marktdaten (Immobilienmarktrechner, VBORIS, BORIS.DE, etc.).
7. internationale Wertermittlungsverfahren im Überblick.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

8. nachvollziehbar die Auswertung und Erfassungsmethodik von Kaufpreisen für Kaufpreissammlung darstellen.
9. exemplarisch an Einzelbeispielen die Möglichkeiten aufzeigen, die in der Kaufpreissammlung geführten Kaufpreise hinsichtlich der Ableitung der erforderlichen Daten auszuwerten.
10. an einem Praxisbeispiel ein Verkehrswertgutachten erstellen und die eingesetzten Wertermittlungsverfahren fachgerecht beurteilen sowie die Gebühren hierfür berechnen.
11. vertiefend verstehen, welche für die Wertermittlung erforderlichen Daten abzuleiten sind, wie diese abzuleiten sind und in den Wertermittlungsverfahren sowie zur Bodenrichtwertermittlung eingesetzt werden.
12. die Datenschutzproblematik benennen, die mit der Führung der Kaufpreissammlung verbunden ist.
13. aufzeigen, wie Bodenrichtwertzonen gebildet werden und fachgerecht beurteilen, was wertbeeinflussende Grundstücksmerkmale sind.
14. den Aufbau von Marktberichten auf Bundes- und Landesebene darlegen und deren Bedeutung für die Transparenz des Immobilienmarktes aufzeigen.
15. die Bedeutung der Marktdaten in der Zusammenarbeit mit anderen Behörden, wie Finanz- und Statistikbehörden, beurteilen.
16. die hauptsächlichen Anwender und Anwendungsfelder der amtlichen Wertermittlungsdaten (einschließlich der Gutachten) benennen.
17. benennen, in welchen anderen Bereichen auf die Daten der amtlichen Wertermittlung zurückgegriffen wird (z. B. Steuern/Finanzamt, Banken, Gebühren) und welche Problematiken damit verbunden sind.
18. diskutieren und aufzeigen, welche Alternativen in Gebieten mit kaufpreisarmen Lagen möglich sind, um auch hier für eine Transparenz auf dem Grundstücksmarkt zu sorgen.

3.8.5 Modul 5 – Interdisziplinäre Zusammenarbeit

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Planfeststellungsverfahren	LBV	1
Natur- und Umweltschutz	KomB	1
Denkmalschutz		1
Nachbarrecht		1
Geoinformationsbeschaffung und -transfer	KomB, ISB	2+1

Kommunales Vermessungs- und Liegenschaftswesen	KomB	1
		8

Modul 5 – Interdisziplinäre Zusammenarbeit		
Ausbildungs- stelle	Anteil in Tagen	Themen
LBV	1	- Planfeststellungsverfahren
KomB	6	- Natur- und Umweltschutz - Denkmalschutz - Nachbarrecht - Geoinformationsbeschaffung und -transfer - Kommunales Vermessungs- und Liegenschaftswesen
ISB	1	- Geoinformationsbeschaffung und -transfer
		8

b. Lernziele:

1. Planfeststellungsverfahren: Rechtsgrundlagen, Anlässe, Zuständigkeit, Verfahrensablauf, Beteiligung von Bürgern und Behörden, Rechtsfolgen und Rechtsmittel
2. Natur- und Umweltschutz: Natur- und Landschaftsschutz, Bodenschutz, Klimaschutz, Gewässerschutz, Altlastenproblematik, Lärmschutz
3. Denkmalschutz: Denkmalschutzrecht der Länder, Denkmalpflege
4. Nachbarrecht, privates Baurecht
5. Geoinformationsbeschaffung und -transfer
6. Kommunales Vermessungs- und Liegenschaftswesen, insbesondere Prozesse zur Sicherung der Bestandsdatenqualität BIM

c. Selbststudium

- Fachzeitschriften FuB, GuG, ZfV
- relevante Dokumente/Veröffentlichungen des Landes Brandenburg im Zusammenhang mit den Lerninhalten des Moduls

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz: die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die im Planungs- und Bodenordnungsverfahren zu berücksichtigenden Belange von Umwelt- und Naturschutz, Denkmalschutz und sonstigen wichtigen Fachplanungen und die zielführende Einbeziehung der entsprechenden Fachplanungsbehörden im Verfahren.

- anhand konkreter Praxisbeispiele (z. B. Straße, Schiene, Energieversorgung) den Verfahrensablauf und die Rechtswirkungen von Planfeststellungsverfahren.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können

- die gewonnenen Kenntnisse in den Planungs- und Bodenordnungsverfahren zielführend einsetzen.

3.8.6 Modul 6 – Entwicklungsprozesse

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Geschichtliche Entwicklung von Städtebau und Bodenordnung	MIL	0,5
Entwicklungslinien der Immobilienwertermittlung - einschl. Internationale Immobilienbewertung/Immobilienwirtschaft	MIK, ISB	1+1
Rechtsentwicklung des Baugesetzbuches	MIL	0,5
		3

Modul 6 – Entwicklungsprozesse		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MIL	1	- Geschichtliche Entwicklung von Städtebau und Bodenordnung - Rechtsentwicklung des Baugesetzbuches
MIK	1	- Entwicklungslinien der Immobilienwertermittlung
ISB	1	- Entwicklungslinien der Immobilienwertermittlung hier: Internationale Immobilienbewertung/Immobilienwirtschaft
	3	

b. Lernziele:

- Geschichtliche Entwicklung von Städtebau und Bodenordnung in den Grundzügen
- Entwicklungslinien der Immobilienwertermittlung: BauGB, WertV, WertR, ImmoWertV und die derzeitigen Wertermittlungsrichtlinien; Bodenrichtwertinformationssysteme
- Rechtsentwicklung des Baugesetzbuches (BauGB, BauNVO): nach 1945 Aufbaugesetze der Länder, 1960 BBauG, 1971 StBauFG, 1986 BauGB, bedeutsame BauGB-Novellen

c. Selbststudium

- Fachzeitschriften FuB, GuG, ZfV

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Methodenkompetenz; die Referendare und Referendarinnen können:

1. die Zielvorstellungen nachvollziehen, die aufgrund der städtebaulichen Entwicklung zu Gesetzesnovellen Anlass gegeben haben.
2. in der Planungs- und Bodenordnungspraxis die gebaute Umwelt hinsichtlich ihres Entstehungszeitraumes, ihrer historischen Bedeutung und ihres Stellenwertes für die Stadtentwicklung in Gegenwart und Zukunft einschätzen.
3. erkennen, dass in der Bauleitplanung vorhandene ältere Pläne hinsichtlich ihrer damaligen Rechtsgrundlage zu bewerten sind.
4. die eingesetzten Instrumentarien als Steuerungsmechanismen hinsichtlich ihrer Eignung für bodenpolitische Entscheidungen beurteilen.

4 Ausbildungsplan für den Ausbildungsabschnitt IV (Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur)

4.1 Ausbildungsdauer

Die Dauer des Ausbildungsabschnittes IV (Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur) beträgt gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD 16 Wochen.

4.2 Ausbildungsstellen

Der Ausbildungsabschnitt IV (Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur) ist gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD bei den nachfolgend aufgeführten Ausbildungsstellen zu absolvieren:

- Katasterbehörde
- Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg
- Hospitationen bei Behörden auf
 - kommunaler Ebene,
 - Landes- oder Bundesebene,
 - europäischen Institutionen und
 - ggf. auch Wirtschaftsbetrieben mit entsprechenden Geschäftsfeldern

Darüber hinaus findet ein über Hospitationen hinausgehender Teil der Ausbildung im Ministerium des Innern und für Kommunales statt.

4.3 Ausbildungsschwerpunkte:

Im Ausbildungsabschnitt IV (Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur) sollen die Referendarinnen und Referendare gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD die Herausforderungen für das Geoinformationswesen und dessen Beitrag zum E-Government sowie die zugehörigen Strategien kennenlernen.

Die Referendarinnen und Referendare sollen anhand praktischer Mitarbeit das Geodatenmanagement und die Anforderungen der Geodateninfrastruktur (GDI) erlernen, wobei besonders auch die Entwicklungen und Interdisziplinarität vermittelt werden sollen.

Die Ausbildung im Geodatenmanagement soll in großen geodatenhaltenden Stellen erfolgen. Hierbei sind die freie Wirtschaft und die Bundesebene eingeschlossen. Die Ausbildung in GDI soll maßgeblich bei der Einrichtung stattfinden, die die zentralen Komponenten der GDI des Ausbildungslandes führt und bei der die GDI-Koordinierungsstelle angesiedelt ist. Zusätzlich sollen die Referendarinnen und Referendare Gelegenheit erhalten, Geofachinformationssysteme in den dafür zuständigen Behörden oder anderen Stellen kennenzulernen, maßgeblich im Bereich Umwelt, der freien Wirtschaft oder auf kommunaler Ebene.

Der Ausbildungsabschnitt eignet sich besonders für Hospitationen bei europäischen Institutionen, in der Privatwirtschaft oder bei Einrichtungen der nationalen GDI.

4.4 Prüfstoffverzeichnis für den Ausbildungsabschnitt IV (Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur)

Gemäß Anlage 7c BbgAPOhtD sind für das Prüfungsfach 6 (Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur) folgende Prüfungsinhalte vorgesehen:

Modul 1 – Herausforderungen für das Geoinformationswesen

- Globalisierung
- Klimaveränderungen
- Monitoring des Gesamtsystems Erde
- Umweltschutz
- Demografische Entwicklung
- Veränderungen der Infrastruktur

Modul 2 – Bedeutung der Geoinformationen

- Geoinformationen im globalisierten 21. Jahrhundert Einbindung in die Landespolitik
 - Historische Dimension
 - Politische Dimension
 - Administrative Dimension
 - Bedeutung in der Bundesverwaltung
 - Bedeutung auf Länderebene
 - Bedeutung auf kommunaler Ebene
- Nationale Berufsverbände, privater Bereich
- Gesellschaftlicher Auftrag
- Geoinformation im internationalen Umfeld
 - Partner, Stakeholder, Kooperationen
 - Internationale Programme, Initiativen und Projekte
 - Informations- und Datenpolitik

Modul 3 – GeoGovernment und Strategien

- Geoinformationswesen und Staat
 - Staatsbindung, Hoheitsfunktion
 - Gesellschaftssektoren
 - Rolle des Staates
- Strategien der Zusammenarbeit
 - Föderalismus
 - Arbeitskreise
 - Strategische Leitlinien des Staates
 - Bereitstellungsstrategien

Modul 4 – Geodatenmanagement

- Begriffe und Definitionen
- Einsatzfelder von Geoinformation
- Anforderungen an das Geodatenmanagement

- Technisch
- Organisatorisch
- Personell
- Datenbanken
- IT-Infrastruktur, IT-Netze
- Dienste- und Portaltechnologie
- Umsetzung des Geodatenmanagements
 - Organisatorische und personelle Umsetzung
 - Frontoffice-Backoffice-Modell
 - Prozessmanagement
 - Kooperationen und Modellprojekte
- eGovernment, OPEN-Government, Open-Data
- Bedarfs- und Nutzerorientierung
 - Synergien und Wertschöpfung
 - Nutzergruppen
- Bereitstellung
 - Urheberrecht, Datenbankschutzrecht
 - Nutzungsbedingungen, Lizenzierung, Lizenzierungsmodelle
 - Bereitstellungsmodelle, Gebührenmodelle
 - Datenschutz
- Public Relations und Marketing
- Normierung und Standardisierung
- Fachdatenmodelle
- Nichtamtliche Geodaten

Modul 5 – Geodateninfrastruktur (GDI)

- Ansatz, Begriffe, Definitionen
- Rechtliche Grundlagen
 - Europäische Ebene
 - Nationale Ebene
- Europäische GDI
- Aufbau der GDI-DE, Architektur
 - GDI des Bundes
 - Länder-GDI
 - kommunale GDI
- Daten, Datenanforderungen, Metadaten-system
- Dienste und Portale
- Koordinierung
- Organisation der GDI in Bund, Ländern und Kommunen
 - Lenkungsgremium GDI-DE
 - GIW-Kommission

- IT-Planungsrat
- Fachnetzwerke
- Organisation der GDI in den Ländern

Modul 6 – Entwicklungen und Interdisziplinarität

- Entwicklungstendenzen von Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur
- Modellansatz Zentrale Geodienstleister
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit

4.5 Anteil der einzelnen Ausbildungsstellen am Ausbildungsabschnitt IV

- LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg) 9,5 Wochen
- Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK) 2,5 Wochen
- Kommunale Behörden (Komb) oder andere Einrichtung auf kommunaler Ebene, z. B. 1,0 Woche
 - Katasterbehörde (KB),
 - Kommunale Arbeitsgemeinschaft Technikunterstützte Informationsverarbeitung im Land Brandenburg (TUIV-AG)
- Hospitationen bei Behörden auf Landes- oder Bundesebene, europäischen Institutionen und ggf. auch Wirtschaftsbetrieben mit entsprechenden Geschäftsfeldern, z. B. 3,0 Wochen
 - Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG),
 - Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK)⁵,
 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV)*,
 - Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)*,
 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE)*,
 - Berufsverbände, Unternehmen der Geobranche

Insgesamt: 16,0 Wochen

4.6 Abfolge und Schwerpunkte der Ausbildungsstellen

Für eine optimale Ausbildung sollten die Ausbildungsstellen des Ausbildungsabschnittes IV in folgender Reihenfolge durchlaufen werden:

MIK – LGB – BKG – Komb/Einrichtungen – weitere Ministerien und deren nachgeordneten Behörden, Wirtschaftsbetriebe, Berufsverbände

In den einzelnen Ausbildungsstellen sind entsprechend dem Ausbildungsplan (Anlage 7a BbgAPOhtD) und dem Prüfstoffverzeichnis (Anlage 7c BbgAPOhtD) folgende Schwerpunkte zu setzen (Details siehe Abschnitt 4.8 - Detailplanung):

⁵ Einschließlich nachgeordneter Behörden und Einrichtungen

Ministerium des Innern und für Kommunales – 12 Tage

- 1,5 Tage Modul 1 Herausforderungen für das Geoinformationswesen
- 1,5 Tage Modul 2 Bedeutung der Geoinformationen
- 3,5 Tage Modul 3 GeoGovernment und Strategien
- 4 Tage Modul 5 Geodateninfrastruktur (GDI)
- 1,5 Tag Modul 6 Entwicklungen und Interdisziplinarität

Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg – 47,5 Tage

- 1 Tag Modul 1 Herausforderungen für das Geoinformationswesen
- 2,5 Tage Modul 2 Bedeutung der Geoinformationen
- 2 Tage Modul 3 GeoGovernment und Strategien
- 26,5 Tage Modul 4 Geodatenmanagement
- 8,5 Tage Modul 5 Geodateninfrastruktur (GDI)
- 7 Tage Modul 6 Entwicklungen und Interdisziplinarität

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie – 4 Tage

- 1 Tag Modul 2 Bedeutung der Geoinformationen
- 3 Tage Modul 5 Geodateninfrastruktur (GDI)

Verschiedene Behörden auf Landesebene – 9,5 Tage

- 3,5 Tage Modul 1 Herausforderungen für das Geoinformationswesen
- 2 Tage Modul 2 Bedeutung der Geoinformationen
- 2 Tage Modul 4 Geodatenmanagement
- 2 Tage Modul 6 Entwicklungen und Interdisziplinarität

Behörden/Einrichtungen auf kommunaler Ebene – 4 Tage

- 4 Tage Modul 2 Bedeutung der Geoinformationen

Wirtschaftsbetriebe, Berufsverbände – 3 Tage

- 3 Tage Modul 2 Bedeutung der Geoinformationen

Darüber hinaus können zur Prüfungsvorbereitung im Rahmen des Ausbildungsabschnittes V weitere Termine zur Vertiefung und Wiederholung mit den Ausbildungsstellen vereinbart werden.

4.7 Wahrzunehmende Termine im Ausbildungsabschnitt

- Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Geoinformation (IMAGI Bbg)
- GDI-Teambesprechung MIK-LGB
- Ansprechpartner-Workshop der Kontaktstelle GDI-DE
- Ggf. Managementdialog
- Tagung des AK GIS/GIS-Nutzerkreis der TUIV-AG

4.8 Detailplanung für die einzelnen Ausbildungsteilabschnitte

4.8.1 Modul 1 – Herausforderungen für das Geoinformationswesen

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Globalisierung	LGB	0,5
Monitoring des Gesamtsystems Erde		
Klimaveränderungen	MLUK	0,5
Veränderungen der Infrastruktur	MIK, LGB	0,5+0,5
Umweltschutz	MLUK, LfU, MIK, LGB	1+1+0,5 +0,25
Demografische Entwicklung	MIK, AfS	0,5+1
		6,25

Modul 1 – Herausforderungen für das Geoinformationswesen		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MIK	1,5	- Umweltschutz - Demografische Entwicklung - Veränderung der Infrastruktur
MLUK	1,5	- Umweltschutz - Klimaveränderung
LGB	1,25	- Globalisierung - Monitoring des Gesamtsystems Erde - Umweltschutz - Veränderung der Infrastruktur
LfU	1	- Umweltschutz
AfS	1	- Demografische Entwicklung
	6,25	

b. Lernziele:

1. Europa-, Bundes-, und landesweite Strategien und Anforderungen zur IT, E-Government und Digitalisierung im Allgemeinen und im Speziellen für Geodaten,
2. Ebenen- und fachübergreifende Zusammenhänge

c. Selbststudium zu den Ausbildungsmodulen 1,2 und 3

- Aktuelle Strategien und Vorhaben auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene, z. B.:
 - GreenDeal, GaiaX, europäische Datenstrategie, Vorhaben INSPIRE, NFDI4Earth
 - Digitalisierungsstrategien, Onlinezugangsgesetz (OZG), Geoinformations-Strategien (NGIS), Geofortschrittsbericht, Nationale E-Government-Strategie (NEGS), AdV-Bereitstellungsstrategie
 - Digitalisierungsstrategie des Landes Brandenburg sowie der einzelnen Ressorts
 - OpenData-Strategie des Landes Brandenburg
 - Aktionsplan GDI-BB

d. Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 1,2, und 3:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. Möglichkeiten, um den Beitrag von Geoinformationen für gesellschaftspolitische Fragestellungen identifizieren und einschätzen zu können.
2. die aktuellen organisatorischen Strukturen und Gremien des Geoinformationswesens.
3. wesentliche Inhalte aktueller Strategien und Berichte (z.B. Geofortschrittsbericht, Nationale Geoinformationsstrategie (NGIS), Umsetzung der NGIS, INSPIRE-Umsetzungsberichte Deutschland, Studie Einsatz von Geoinformationen in den Kommunen).

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

4. den Begriff der Globalisierung und ihren Einfluss auf die Geoinformationsmärkte erläutern.
5. den Zusammenhang zwischen demografischer Entwicklung, Schrumpfung ländlicher Raum, „wachsender Stadt“, Wirtschaft und Siedlungsstruktur diskutieren.
6. die wesentlichen Inhalte aktueller Strategien (Fokus auf das Land Brandenburg sowie europäische und nationale Ebene) diskutieren.
7. die Zusammenarbeit zwischen Bundesebene, Landesebene und kommunaler Ebene im Bereich der Geoinformation am Beispiel des Landes Brandenburg darlegen (vertikale u. horizontale Verantwortungsteilung, kommunale Betroffenheit, Ressortprinzip).
8. die Beschaffung von Geodaten und Geoinformationstechnik erläutern (Datenlizenzen, Beschaffungstypen etc.).
9. die Rolle des Staates, der Zivilgesellschaft und die Einbindung der Wirtschaft und Wissenschaft im Geoinformationswesen diskutieren.
10. die Effektivität der Bund-Länder Kooperation im Rahmen der AdV wie auch der GDI diskutieren.
11. Auswirkungen und Potentiale der Digitalisierung auf die Organisationsentwicklung hinterfragen.
12. den Begriff GeoGovernment in Zusammenhang mit der Nationalen E-Government Strategie (NEGS) setzen.
13. interdisziplinär denken und handeln.

Sozialkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

14. die Bedeutung von Geoinformationen für gesellschaftspolitische Fragestellungen allgemeinverständlich und überzeugend – sowohl schriftlich als auch mündlich - darstellen zu können.
15. die Aufgaben eines GIS-Koordinators oder Projektleiters wahrzunehmen.

16. als Führungskraft (Dezernatsleitung, Fachgebietsleitung) im Bereich der Koordinierung der GDI-BB, der brandenburgischen Kontaktstelle der GDI-DE, der Geodatendienste, des Geodatenmanagements sowie des Marketings und Vertriebs tätig zu werden.
17. das Themengebiet Geoinformationswesen als Lehrkraft in Aus- und Fortbildungen vertreten zu können.

4.8.2 Modul 2 – Bedeutung der Geoinformationen

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Geoinformationen im globalisierten 21. Jahrhundert - Historische Dimension - Politische Dimension - Administrative Dimension - Bedeutung in der Bundesverwaltung - Bedeutung auf Länderebene - Bedeutung auf kommunaler Ebene	MIK, LGB, KomB/TUIV AG	0,5+2,25+4
Nationale Berufsverbände, privater Bereich	MIK, Wirtschaft	0,5+3
Gesellschaftlicher Auftrag	MIK, anderes Ressort/nachgeordnete Behörde (z. B. MSGIV/LAVG)	0,5+1/1
Geoinformation im internationalen Umfeld - Partner, Stakeholder, Kooperationen - Internationale Programme, Initiativen und Projekte	BKG	1
Informations- und Datenpolitik		
		13,75

Modul 2 – Bedeutung der Geoinformationen		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
BKG	1	- Geoinformation im internationalen Umfeld - Informations- und Datenpolitik
MIK	1,5	- Geoinformationen im globalisierten 21. Jahrhundert - Nationale Berufsverbände, privater Bereich - Gesellschaftlicher Auftrag

Anderes Ressort (z. B. MSGIV)	1	- Gesellschaftlicher Auftrag
LGB	2,25	- Geoinformationen im globalisierten 21. Jahrhundert
Andere Landesbehörde (z. B. LAVG)	1	- Gesellschaftlicher Auftrag
Wirtschaft	3	- Nationale Berufsverbände, privater Bereich
Komb/TUIV-AG	4	- Geoinformationen im globalisierten 21. Jahrhundert - Bedeutung auf kommunaler Ebene
	13,75	

b. Lernziele:

1. Politische Bedeutung von Geodaten, Geodatenmanagement und –Infrastrukturen
2. Bedeutung von Geoinformationen für die genannten Ebenen einschließlich der Wirtschaft sowie für die Interaktion zwischen diesen verschiedenen Ebenen
3. Bedeutung von Geoinformationen für Berufsverbände, Unternehmen der Geobranche und Zusammenarbeit dieser Bereiche mit den zuständigen Behörden
4. Potential von Geodaten – welche Mehrwerte werden von den / für die Stakeholder aktuell generiert?
5. Identifizierung von Gründen, warum ggf. bisher Potentiale nicht ausgeschöpft werden; erarbeiten von Lösungswegen
6. Akquise von Geobasisdaten und Geofachdaten (Quellen, Lizenzen, Entgelte, Aktualität, Verfügbarkeit, Zugänglichkeit etc.)
7. Qualität von Geodaten
8. Interoperabilitätsgrenzen
9. Mögliche Wahrnehmungsunterschiede der beteiligten Ebenen/Institutionen, wie kann Missverständnissen oder Verständnisschwierigkeiten zwischen diesen begegnet werden?

c. Selbststudium

Siehe 4.8.1 c – Selbststudium zu den Ausbildungsmodulen 1, 2 und 3

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Siehe 4.8.1 d – Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 1, 2 und 3

4.8.3 Modul 3 – GeoGovernment und Strategien

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Geoinformationswesen und Staat - Staatsbindung, Hoheitsfunktion - Gesellschaftssektoren - Rolle des Staates	MIK	2
Strategien der Zusammenarbeit - Föderalismus - Arbeitskreise - Strategische Leitlinien des Staates - Bereitstellungsstrategien	MIK, LGB	1,5+2
		5,5

Modul 3 – GeoGovernment und Strategien		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MIK	3,5	- Geoinformationswesen und Staat - Strategien der Zusammenarbeit
LGB	2	- Strategien der Zusammenarbeit
	5,5	

b. Lernziele:

1. Auseinandersetzung mit den einzelnen Strategien auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene und deren Zusammenhang.
2. Auseinandersetzung mit den E-Government-Strategien des Landes Brandenburg im Zusammenhang mit GeoGovernment
3. Länderübergreifende Organisation der Vermessungsverwaltungen (AdV, Lenkungsausschuss Geobasis, ...)
4. Länderübergreifende Vorgaben
5. Rollen/Akteure bei der Konzeption und Umsetzung der AdV-Bereitstellungsstrategie
6. länderübergreifende Kooperationsmodelle und Verwaltungsvereinbarungen zum Geodatenmanagement (VVKoopVerm, AAA-DHK, XtraServer/AAA-Suite und weitere)

c. Selbststudium

Siehe 4.8.1 c – Selbststudium zu den Ausbildungsmodulen 1, 2 und 3

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Siehe 4.8.1 d – Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 1, 2 und 3

4.8.4 Modul 4 – Geodatenmanagement (GDM)

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Begriffe und Definitionen	LGB	25,5
Einsatzfelder von Geoinformation		
Anforderungen an das Geodatenmanagement <ul style="list-style-type: none"> - Technisch - Organisatorisch - Personell 		
Datenbanken		
IT-Infrastruktur, IT-Netze		
Dienste- und Portaltechnologie		
Umsetzung des Geodatenmanagements <ul style="list-style-type: none"> - Organisatorische und personelle Umsetzung - Frontoffice-Backoffice-Modell - Prozessmanagement - Kooperationen und Modellprojekte 		
eGovernment, OPEN-Government, Open-Data		
Bedarfs- und Nutzerorientierung <ul style="list-style-type: none"> - Synergien und Wertschöpfung - Nutzergruppen 		
Bereitstellung <ul style="list-style-type: none"> - Urheberrecht, Datenbankschutzrecht - Nutzungsbedingungen, Lizenzierung, Lizenzierungsmodelle - Bereitstellungsmodelle, Gebührenmodelle - Datenschutz 		
Public Relations und Marketing		
Fachdatenmodelle		
Nichtamtliche Geodaten		
Normierung und Standardisierung		
		28,5

Modul 4 – Geodatenmanagement		
Ausbildungs- stelle	Anteil in Tagen	Themen
LGB	26,5	<ul style="list-style-type: none"> - Begriffe und Definitionen - Einsatzfelder von Geoinformation - Anforderungen an das Geodatenmanagement - Datenbanken - IT-Infrastruktur, IT-Netze - Dienste- und Portaltechnologie - Umsetzung des Geodatenmanagements - eGovernment, OPEN-Government, Open-Data - Bedarfs- und Nutzerorientierung - Bereitstellung - Public Relations und Marketing - Normierung und Standardisierung - Fachdatenmodelle - Nichtamtliche Geodaten
Anderes Ress- ort (z. B. MIL)	1	- Normierung und Standardisierung
Andere Lan- desbehörde (z. B. LBV) o- der Planungs- büro	1	- Normierung und Standardisierung
	28,5	

b. Lernziele:

1. Ist GDM eine gesetzlich normierte Aufgabe? Ist GDM eine staatliche Aufgabe? Wer macht GDM? Welche Komponenten und Akteure wirken mit beim GDM für amtliche Geodaten? Welche finanziellen Anforderungen sind zu berücksichtigen? Welche Herausforderungen liegen vor dem GDM für amtliche Geodaten?
2. Transparenzbewegungen, Transparenzgesetze, Freie Daten (Open Data) im Allgemeinen; Open Government, Überblick über Open Data der Vermessungsverwaltungen der Länder und des BKG, Entwicklung von Geschäftsprozessen und Geschäftsmodellen auf der Grundlage von Open Data
3. Gesamtüberblick über vorhandene Geodaten und deren Qualität im Land Brandenburg erreichen
4. Zugangsmöglichkeiten zu amtlichen Geodaten für Verwaltung und Nutzer (Datenbanken, Schnittstellen, Dienste, Barrierefreiheit ...)
5. Bedeutung von mobilen Anwendungen für das Geodatenmanagement
6. Datenformate und ihre Einsatzmöglichkeiten, z. B. NAS vs. Geopackage

7. Privatwirtschaftliche Akteure im GDM und ihr Leistungsspektrum (z. B. Intergraph, on-geo, CISS TDI, AED, interactive instruments etc.)

c. Selbststudium.

Weitere Geostandards und -Fachmodelle, z. B. XPlanung

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz: die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. Möglichkeiten der Umsetzung von kundenspezifischen Anforderungen und Erläuterung an einem konkreten Beispiel.
2. den Aufbau und die Arbeitsweise der zuständigen Organisationseinheiten (z.B. Dezernate – Geodatenmanagement) und Ansätze zu deren Weiterentwicklung zu Geodatendienstleistern.
3. die Beschreibung zum Begriff „Geodatenmanagement“.
4. die organisatorische Umsetzung in den Verwaltungen (z.B. in der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung) und Benennung verschiedener für Geodaten verwendete Lizenzmodelle.
5. verschiedene Normungsstrategien und Datenmodelle für Geodaten (z.B. im Umweltbereich, XPlanung).

Methodenkompetenz: die Referendarinnen und Referendare können:

6. das Zusammenspiel des E-Governments mit dem Geodatenmanagement umreißen.
7. den Aufwand und Mehrwert des Geodatenmanagements dem Wertschöpfungspotential der Geodaten gegenüberstellen.
8. die datenschutzrechtlichen Grundsätze in Beziehung zum Geodatenmanagement setzen.
9. den Hintergrund von Zugangsbeschränkungen im Geodatenmanagement erläutern.
10. organisatorische Maßnahmen für die Informationssicherheit diskutieren.
11. Anwendungsbereiche von Geodaten und deren Vernetzung im Rahmen des Geodatenmanagements beschreiben.
12. die Distributionsstrategien (z.B. zentrale Stellen) von Geodaten in Grundzügen erläutern und bewerten.

Sozialkompetenz: die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

13. die Aufgaben eines GIS-Koordinators oder Projektleiters wahrzunehmen.

4.8.5 Modul 5 – Geodateninfrastruktur (GDI)

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Ansatz, Begriffe, Definitionen	MIK, LGB	1+0,5
Rechtliche Grundlagen - Europäische Ebene - Nationale Ebene		
Europäische GDI	MIK, BKG	0,5+0,5

Aufbau der GDI-DE, Architektur - GDI des Bundes - Länder-GDI - kommunale GDI	MIK, LGB, BKG	0,5+1+0,5
Daten, Datenanforderungen, Metadatensystem	LGB, BKG	2+0,5
Dienste und Portale	LGB	1,5
Koordinierung	MIK, LGB, BKG	1+3,5+0,75
Organisation der GDI in Bund, Ländern und Kommunen - Lenkungsgremium GDI-DE - GIW-Kommission - IT-Planungsrat - Fachnetzwerke - Organisation der GDI in den Ländern	MIK, BKG	1+0,5
		15,25

Modul 5 – Geodateninfrastruktur (GDI)		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MIK	4	- Ansatz, Begriffe, Definitionen - Rechtliche Grundlagen - Europäische GDI - Aufbau der GDI-DE, Architektur - Koordinierung - Organisation der GDI in Bund, Ländern und Kommunen
LGB	8,5	- Ansatz, Begriffe, Definitionen - Rechtliche Grundlagen - Aufbau der GDI-DE, Architektur - Daten, Datenanforderungen, Metadatensystem - Dienste und Portale - Koordinierung
BKG	2,75	- Europäische GDI - Aufbau der GDI-DE, Architektur - Daten, Datenanforderungen, Metadatensystem - Koordinierung - Organisation der GDI in Bund, Ländern und Kommunen
	15,25	

b. Lernziele:

1. INSPIRE:

- a. Was ist INSPIRE? Welche Wirkung entfaltet INSPIRE? Welchen Mehrwert generiert INSPIRE?
- b. Welche Vorgaben macht die INSPIRE-Richtlinie, was regelt die Richtlinie nicht?
- c. Welche Meilensteine waren/sind in der Bundesrepublik umzusetzen? Wer ist dafür zuständig?
- d. Fördert die EU die INSPIRE-Umsetzung finanziell?
- e. Wie gehen die Vermessungsverwaltungen der Länder mit den INSPIRE-Anforderungen für Geobasisdaten um?
- f. Welche Schritte beinhaltet der INSPIRE-Prozess für Behörden, die Geodaten digital führen (Betroffenheit prüfen, Metadaten erfassen, INSPIRE-Geodienste betreiben, Transformation in das INSPIRE-Datenmodell, Zugangs- und Nutzungsbedingungen regeln)?

2. GDI

- a. Überblick über die auf verschiedenen Ebenen für die GDI maßgebliche rechtlichen Grundlagen und Gremien.
- b. Durch welche Maßnahmen können bestehende GIS-Strukturen zu einer GDI erweitert werden? Welche Vorteile ergeben sich daraus für Anbieter und Nutzer?
- c. Welche Bedeutung haben mobile Anwendungen innerhalb einer GDI?
- d. Wer nimmt welche Aufgaben innerhalb der GDI-DE wahr?
- e. Aus welchen Gründen und wie wird nach Auflösung der GIW-Kommission die Geoinformationswirtschaft in die GDI-DE eingebunden?
- f. Wie lassen sich die Sichtbarkeit und der Nutzen der GDI-DE in der Öffentlichkeit verbessern?
- g. Welche Rolle spielt der IT-Planungsrat in der GDI-DE?
- h. Wie erfolgt die Einbindung der Wissenschaft und der kommunalen Ebene in die GDI-DE?

3. Geoportale

- a. Generelle Architektur eines Geoportals, rechtliche Anforderungen an ein Geoportal. Welche Aufgaben soll ein Geoportal erfüllen, welche nicht?

c. Selbststudium

- Verwaltungsvereinbarung GDI-DE,
- Geodateninfrastrukturgesetz des Landes Brandenburg;
- Aktionsplan GDI-BB
- INSPIRE Monitoringberichte
- Webseiten der GDI-DE und der GDI im Land Brandenburg
- Geoportal.de und Geoportal des Landes Brandenburg und der Kommunen

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Fachkompetenz: die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die rechtlichen Grundlagen für GDien auf Europa-, Bundes- und Landesebene.
2. die Bedeutung der GDI für die kommunale Ebene.
3. die Aufgaben des Lenkungsgremiums GDI-DE sowie des IT-Planungsrates.

4. die organisatorische Umsetzung der Koordinierung der GDI im Land Brandenburg.
5. den Nutzen und den aktuellen Stand der Umsetzung von INSPIRE.
6. die notwendigen Maßnahmen resp. Regelungsbedarf zur Behebung von Defiziten (z. B. die fehlende Homogenität der INSPIRE-identifizierten Daten über die Bundesländer hinweg).
7. die wesentlichen Bestandteile einer GDI auch im Hinblick auf INSPIRE.
8. die generelle Bedeutung von Metadaten und Metadaten systemen für die GDI.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

9. konkrete Fragestellungen im Rahmen der INSPIRE-Umsetzung auf der Grundlage des einschlägigen Geodateninfrastruktur-/ Geodatenzugangsgesetzes einschließlich der erweiterten Begründung beantworten.

4.8.6 Modul 6 – Entwicklungen und Interdisziplinarität

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Ausbildungsstelle	Dauer in Tagen
Entwicklungstendenzen von Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur	MIK, LGB, anderes Ressort/nachgeordnete Behörde (z. B. MWAE/LBGR)	0,5+3 +1/1
Modellansatz Zentrale Geodienstleister	MIK, LGB	0,5+2,5
Interdisziplinäre Zusammenarbeit	MIK, LGB	0,75+1,5
		10,75

Modul 6 – Entwicklungen und Interdisziplinarität		
Ausbildungsstelle	Anteil in Tagen	Themen
MIK	1,75	- Entwicklungstendenzen von Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur - Modellansatz Zentrale Geodienstleister - Interdisziplinäre Zusammenarbeit
LGB	7	- Entwicklungstendenzen von Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur - Modellansatz Zentrale Geodienstleister - Interdisziplinäre Zusammenarbeit
Anderes Ressort (z. B. MWAE)	1	- Entwicklungstendenzen von Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur

Andere Landesbehörde (z. B. LBGR)	1	- Entwicklungstendenzen von Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur
	10,75	

b. Lernziele:

1. Die LGB als zentrale Geodienstleisterin des Landes Brandenburg. Wo ist dieses Ziel verankert? Welche Aufgaben und Anforderungen sind damit für die LGB verbunden?
2. Die INSPIRE-Zentrale, ein besonderer Weg des Landes Brandenburg? (Grundlagen, Vorteile, Nachteile...)

c. Selbststudium

./.

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

1. die Weiterentwicklung im Geoinformationswesen aufgrund der Digitalisierung prognostizieren.
2. den zukünftigen Einfluss des Konzepts „Open Data“ auf die Entwicklungstendenzen von Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur abschätzen.
3. Einflussfaktoren und Treiber des Geoinformationswesens erläutern und diskutieren.
4. die Auswirkung der Konkurrenz mit nichtstaatlichen Geodatenanbietern beschreiben.
5. einen Ausblick der aktuellen Entwicklung von Sensoren und Echtzeitdaten (Copernicus, Verkehrssteuerung, u.a.) geben.
6. interdisziplinär zu denken und zu handeln.

5 Ausbildungsplan für den Ausbildungsabschnitt V (Seminare und Lehrgänge, Prüfungen) einschließlich der Ausbildungsabschnitt-übergreifenden Themen Allgemeine Rechts- und Verwaltungsgrundlagen sowie Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit

5.1 Ausbildungsdauer

Die Dauer des Ausbildungsabschnittes V (Seminare, Lehrgänge, Prüfungen) beträgt gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD 24 Wochen.

5.2 Ausbildungsstellen

Der Ausbildungsabschnitt V (Seminare, Lehrgänge, Prüfungen) ist gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD bei den nachfolgend aufgeführten Ausbildungsstellen zu absolvieren:

- Fachrichtungs- und ggf. länderübergreifende Lehrgänge, Arbeitsgemeinschaften o. ä. bei Fortbildungseinrichtungen der Länder (z. B. Landesakademie für öffentliche Verwaltung Brandenburg – LAKöV)
- Katasterbehörde
- Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg
- Oberste Vermessungs- und Katasterbehörde

Darüber hinaus sind nachfolgende Stellen an dem Ausbildungsabschnitt V beteiligt:

- Ggf. Ausbildungsstellen anderer Bundesländer
- Oberste Behörden anderer Fachverwaltungen
- Unterweisungsgemeinschaft mit anderen Bundesländern (UWG)
- Oberprüfungsamt für das technische Referendariat (OPA)

5.3 Ausbildungsschwerpunkte

Im Ausbildungsabschnitt V (Seminare und Lehrgänge, Prüfungen) nehmen die Referendarinnen und Referendare gemäß Anlage 7a BbgAPOhtD an folgenden Seminaren und Lehrgängen teil:

- Einführungslehrgang
- Allgemeines Verwaltungsseminar (AVS I)
- Fachbezogene Verwaltungsseminare (AVS II)
- Seminar zur theoretischen Ausbildung in Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit (FWS)

Dabei können auch andere Ausbildungsformen gemäß § 7 BbgAPOhtD (z. B. Planspiele, e-Learning, Blended-Learning, Arbeitsgemeinschaften, Übungen in freier Rede, Assessment-Center-Trainingseinheiten sowie Exkursionen) verwendet werden.

Im Einführungslehrgang sollen erste Kommunikations- und Managementkompetenzen vermittelt werden (z. B. Rhetorik, Gesprächsführung, Konfliktbewältigung, Visualisierung und Moderation), die in den Ausbildungsabschnitten und den weiteren Lehrgängen auszubauen sind.

Die fachbezogenen Verwaltungsseminare können im Zusammenhang mit den jeweiligen Ausbildungsabschnitten durchgeführt werden.

Über mehrere Ausbildungsstellen verteilte Referendarinnen und Referendare sollen in den für einen Ausbildungsabschnitt erforderlichen fachlichen Grundlagen gemeinsam unterrichtet werden. Dieser einführende Unterricht sollte möglichst zu Beginn des Ausbildungsabschnitts vermittelt werden.

Die alle Vermessungs- und Katasterverwaltungen gleichermaßen betreffenden fachlichen Seminarthemen können länderübergreifend zentral vermittelt werden (z. B. Angelegenheiten der AdV, des Bundes, der GDI-DE, europäische Themen).

5.4 Prüfstoffverzeichnis für den Ausbildungsabschnitt V (Seminare und Lehrgänge, Prüfungen)

Die Seminare und Lehrgänge vermitteln zum einen – neben den fachthemenbezogenen Ausbildungsabschnitten I bis IV – die wesentlichen Rechts- und Verwaltungsgrundlagen sowie die Grundlagen der Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit. Zum anderen werden mit den Seminaren und Lehrgängen auch fachliche Grundlagen für die Ausbildungsabschnitte I bis IV vermittelt oder Themen aus diesen Ausbildungsabschnitten vertieft. Daher können Themen aus dem Ausbildungsabschnitt V (Seminare und Lehrgänge, Prüfungen) auch mit den Prüfungsfächern 3, 4, 5 und 6 (3 – Liegenschaftskataster und Landesvermessung, Geobasisinformationssystem, 4 – Landentwicklung, 5 – Landesplanung und Städtebau, 6 – Geodatenmanagement und Geodateninfrastruktur) verknüpft sein.

Darüber hinaus sind gemäß Anlage 7c BbgAPOhtD im Ausbildungsabschnitt V (Seminare und Lehrgänge, Prüfungen) für die Prüfungsfächer 1 (Allgemeine Rechts- und Verwaltungsgrundlagen) und 2 (Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit) folgende Prüfungsinhalte vorgesehen:

5.4.1 Prüfungsfach 1: Allgemeine Rechts- und Verwaltungsgrundlagen (fachrichtungsübergreifend)

Modul 1 – Rechtsgeschichte

- Rechtsgeschichte in den Grundzügen
- Rechtsstaatliche Entwicklung in Deutschland und Europa
- Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland

Modul 2 – Allgemeines Staatsrecht

- Staatsbegriff, Staatswesen
- Völkerrecht in den Grundzügen
- Internationale und supranationale Organisationen, Rechtsstatus
- Staatsformen
- Entstehung und Auflösung von Staaten
- Staatliche Entwicklung in Deutschland

Modul 3 – Verfassungsrecht des Bundes und der Länder

- Verfassungsgrundsätze und Grundrechte
- Staatsrechtliches Wesen der Bundesrepublik Deutschland
- Verfassungsmäßige Regelungen für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung

- Verfassungsorgane des Bundes
- Funktionen der Staatsgewalt
- Gewaltenteilung
 - Begriff und Wesen der öffentlichen Verwaltung
 - Gesetzgebungsverfahren
 - Rechtsverordnungen und Satzungen
 - Rechtsprechung
 - Normenkontrolle und Verfassungsbeschwerde
- Verfassungsorgane der Länder
- Staats- und Amtshaftungsgrundsätze
- Finanzwesen des Bundes und der Länder

Modul 4 – Europäische Union

- Entstehungsgeschichte
- Status und Organe
- Aufgaben und Ziele
- Übertragene Souveränitätsrechte
- Rechtsetzung und Umsetzung in nationales Recht
- Europäischer Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion

Modul 5 – Kommunalrecht

- Kommunale Gebietskörperschaften, Rechtsstatus
- Kommunalverfassung, Gemeindeordnung
- Organe und Aufgaben der Gebietskörperschaften
- Kommunales Finanzwesen

Modul 6 – Verwaltungsaufbau und Behördenorganisation bei Bund, Ländern, kommunalen Gebietskörperschaften und anderen öffentlich-rechtlichen Institutionen

- Verwaltungsaufbau des Bundes und der Länder
- Organisation der unmittelbaren Staatsverwaltung
- Organe, Aufgaben und Organisation der mittelbaren Staatsverwaltung
- Aufgaben und Organisation von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts
- Aufgabenübertragung auf Rechtspersonen des Privatrechts
- Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht

Modul 7 – Allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungshandeln, Verwaltungsprozessrecht

- Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und der Länder
 - Grundsätze des Verwaltungshandelns
 - Förmliche und nichtförmliche Verwaltungsverfahren
 - Abwägung und Ermessensausübung im Verwaltungsverfahren
 - Auslegung von Rechtsnormen
 - Amtshilfe
- Verwaltungsvollstreckung

- Verwaltungszustellungsverfahren
- Verwaltungsgebühren
- Verwaltungsgerichtsordnung in Grundzügen
- Ordentliche und außerordentliche Rechtsbehelfe und Rechtsmittel

Modul 8 – Besonderes Verwaltungsrecht

- Beamtenrecht
- Disziplinarrecht
- Personalvertretungsrecht
- Ordnungswidrigkeitenrecht
- Arbeitsschutzrecht in den Grundzügen
- Datenschutzrecht in den Grundzügen
- Sozialrecht in den Grundzügen
- Steuerrecht in den Grundzügen
- Gewerbe- und Berufsrecht in den Grundzügen
- Polizeirecht in den Grundzügen

Modul 9 – Privatrecht und Zivilprozessrecht

- Bürgerliches Gesetzbuch
 - Allgemeiner Teil, Recht der Schuldverhältnisse und Sachenrecht in den Grundzügen
 - Nachbarrecht
- Handels- und Gesellschaftsrecht in den Grundzügen
- Wettbewerbsrecht in den Grundzügen
- Vergaberecht in den Grundzügen
- Zivilprozessordnung in den Grundzügen
 - Gerichte und Zuständigkeiten
 - Verfahren bei den ordentlichen Gerichten
 - Rechtsmittel

Modul 10 – Strafrecht

- Strafgesetzbuch in den Grundzügen
- Straftaten im Amt
- Korruptionsprävention

5.4.2 Prüfungsfach 2: Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit (fachrichtungsübergreifend)

Modul 1 – Leitungskonzeptionen, -methoden und -techniken

- Begriffe
- Methoden und Techniken der Leitung und Lenkung
 - Führungs- und Leitungskonzeptionen
 - Kybernetik/Regelkreis-Modell
 - Orientierung (Input/Output, Mitarbeiter, Prozess, Produkt, Kunde)

- Methoden und Techniken der Planung und Steuerung
 - Zielvereinbarung (Zielsetzung, Zielsysteme, Zielkonflikte)
 - Problemanalyse
 - Alternativensuche und -bewertung
 - Entscheidung
 - Kontrolle

Modul 2 – Management der öffentlichen Verwaltung und betriebswirtschaftliche Steuerung

- Begriffe
 - Verwaltung im sozialen System
 - Konzept „Bürokratie“
 - Funktion und Selbstverständnis
 - New Public Management
- Kalkulation
- Ressourcen
- Controlling (strategisch/operativ)
 - Ziele, Produkte, Leistungen
 - Kennzahlen
 - Berichtswesen
- Kosten-Leistungs-Rechnung
- Kaufmännische Buchführung
 - Gewinn und Verlustrechnung
 - Bilanz
 - Eingeführte Datenverarbeitungssysteme
- Qualitätsmanagement
- Projektmanagement
- Benchmarking
- Budgetierung

Modul 3 – Personalführung

- Führungsstile
- Grundkenntnisse der Menschenführung
 - Soziale Kompetenz
 - Individuum und Gruppen im Arbeitsprozess
 - Motivation
 - Anerkennung und Kritik
 - Kommunikation und Konfliktbehandlung
 - Belastungen und ihre Bewältigung
- Grundsätze der Zusammenarbeit mit Beschäftigten und deren Vertretung
- Personalbeurteilung
- Personalentwicklung
- Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement
- Gleichstellung

Modul 4 – Kommunikation

- Rhetorik
- Gesprächsführung
- Moderation und Besprechungstechnik
- Präsentation und ihre Technik
- Öffentlichkeitsarbeit, Medienarbeit, Pressearbeit

Modul 5 – Informationstechnik

- Organisation beim Einsatz der Informationstechnik, Pflichtenheft
- Datensicherheit
- E-Government
- E-Vergabe
- Datenschutz
- Statistik

Modul 6 – Organisation

- Grundzüge der Organisationslehre
- Aufgaben, Organisation und Geschäftsbetrieb
- Geschäftsprozessoptimierung
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit

Modul 7 – Haushalts-, Rechnungs- und Kassenwesen des Bundes, der Länder und der Kommunen

- Rahmengesetzgebung zum Haushaltsrecht
- Haushaltsordnungen
- Haushaltsgesetze
- Grundlagen des Haushalts
 - Grundsätze/Begriffe (Entwurf, Plan, Gesetz, Vollzug, Prüfung)
 - Finanzplanung
 - Programmplanung
 - Verfahren und Regeln der Bewirtschaftung
 - Rechnungslegung
- Aufgaben der Rechnungshöfe und der Rechnungsprüfungsämter

Modul 8 – Volks- und betriebswirtschaftliche Untersuchungen

- Grundbegriffe der Wirtschaftlichkeit
 - Grundsätze
 - Minimal-/Maximal-/Optimal-Prinzip
 - Rahmendaten und Datenrahmen
- Rechentechniken der Wirtschaftlichkeitsrechnung
 - Ausgabenrechnung, Kalkulation und Aufgabenwirtschaftlichkeit
 - Statische/Dynamische Rechenverfahren
 - Kapitalwertmethoden

- Verfahren der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
 - Gesamtwirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Betrachtung
 - Monetäre/Nichtmonetäre Betrachtung
 - Kostenvergleichsrechnung
 - Investitionsrechnung
- Bewertungsverfahren für Unterhaltungs- und Betriebsaufgaben, Lebenszyklusbetrachtung
- Beschaffungsmaßnahmen, alternative Formen der Bedarfsdeckung
- Investitionsmaßnahmen
 - Kosten-Nutzen-Analysen
 - Nutzwertanalyse/Kostenwirksamkeitsanalyse
- Möglichkeiten und Grenzen der Verfahren

5.5 Anteil der einzelnen Ausbildungsstellen am Ausbildungsabschnitt V

Für die Prüfungsfächer 1 (Allgemeine Rechts- und Verwaltungsgrundlagen) und 2 (Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit) sowie für übergeordnete Themen aus den Ausbildungsabschnitten I bis IV (Prüfungsfächer 3 bis 6) sind allgemeine Seminare und Lehrgänge sowie andere Ausbildungsformen gemäß § 7 BbgAPOhtD vorzusehen. Hierfür sind insgesamt 12 Wochen erforderlich. Weitere 12 Wochen werden für die häusliche Prüfungsarbeit (6 Wochen), für die schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht (4 Tage), für die mündlichen Prüfungen (2 Tage) sowie für Prüfungsvorbereitungen/Arbeitsgemeinschaften (ca. 4,5 Wochen) benötigt. Die insgesamt 24 Wochen werden formal als „Ausbildungsabschnitt V“ zusammengefasst.

➤ LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg) (ggf. LAKöV, Fortbildungseinrichtungen und Ausbildungsstellen anderer Bundesländer)	21,0 Wochen
➤ Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK)	1,0 Woche
➤ Oberste Behörde anderer Fachverwaltungen	1,0 Wochen
➤ Unterweisungsgemeinschaft mit anderen Bundesländern (UWG)	0,5 Wochen
➤ Oberprüfungsamt	0,5 Wochen
Insgesamt:	24,0 Wochen

Die einzelnen Ausbildungsstellen sind dabei wie folgt beteiligt:

MIK:	- Einführungslehrgang
	- Prüfungsvorbereitung
	- Ggf. abgestimmte Themen zu den Referendartagen
LGB:	- Einführungslehrgang
	- AVS I, AVS II, FWS
	- Referendartage (RT)
	- Prüfungsvorbereitung
	- Häusliche Prüfungsarbeit, schriftliche Prüfung unter Aufsicht
Oberste Behörden anderer Fachverwaltungen:	- Prüfungsvorbereitung

- UWG: - Austausch zu länderübergreifenden Themen, s. a. 5.6
OPA: - Mündliche Prüfung

5.6 Abfolge und Schwerpunkte der Seminare und Lehrgänge

Für eine optimale Ausbildung sollten die Lehrgänge und Seminare des Ausbildungsabschnittes V in folgender Reihenfolge durchlaufen werden:

- Lehrgänge/Seminare/Prüfungen
 - Einführungslehrgang – AVS I –FWS (Kommunikation) – AVS II – FWS (Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit) – Prüfungsvorbereitung - Prüfungen
- Länderübergreifende Unterweisungsgemeinschaft
 - Der Lehrgang umfasst ca. drei zusammenhängende Tage. Termin und Ort werden innerhalb der zwei Jahre der Laufbahnausbildung durch die Ausbildungsleitung mit den Mitgliedern der Unterweisungsgemeinschaft abgestimmt.
- Referendartage
 - Referendartage finden grundsätzlich während des gesamten Referendariats im Rhythmus von 3 Wochen statt.

Die Seminare und Lehrgänge (insbesondere AVS II) sowie die Referendartage dienen zum Teil der Einführung und/oder Vertiefung von Themen aus den fachbezogenen Ausbildungsabschnitten I bis IV. In den Referendartagen werden zudem auch ausgewählte Schwerpunkte aus den Lehrgängen und Seminaren aus dem Ausbildungsabschnitt V vertieft. Die Referendartage finden grundsätzlich gemeinsam mit den Anwärtnerinnen und Anwärtern der LGB statt. Die Themen werden z.B. von den Laufbahnauszubildenden präsentiert, in Planspielen aufbereitet oder zusammen mit Gastdozenten bearbeitet.

Die Lehrgänge/Seminare AVS I, AVS II und FWS finden in der Regel gemeinsam mit technischen Referendarinnen und Referendaren des Landes Brandenburg aus anderen Fachrichtungen statt, am FWS nehmen in der Regel auch die technischen Referendarinnen und Referendare des Landes Berlin teil. Die Lehrveranstaltungen unterstützen damit den interdisziplinären Austausch der Laufbahnauszubildenden der verschiedenen Fachrichtungen und beim FWS zusätzlich neben der UWG den länderübergreifenden Austausch.

In den einzelnen Lehrgängen und Seminaren sowie bei den Referendartagen werden folgende Schwerpunkte gesetzt (Details siehe auch Detailplanung in den Abschnitten 5.8, 5.9, 5.10 und 5.11):

- Einführungslehrgang – LGB, MIK – ca. 1 Woche
 - Der Einführungslehrgang vermittelt abweichend vom Ausbildungsplan gemäß Nr. 2 der Anlage 7a BbgAPOhtD (s. a. oben, Abschnitt 5.3 – Ausbildungsschwerpunkte) ausschließlich die durch § 7 Abs. 2 BbgAPOhtD vorgegebenen und nachfolgend aufgeschlüsselten Inhalte: (Die in Nr. 2 der Anlage 7a BbgAPOhtD vorgesehenen Kommunikations- und Managementkompetenzen werden im Seminar Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit zu einem Zeitpunkt vermittelt, zu dem die Referendarinnen und Referendare bereits auf Inhalte der Laufbahnausbildung zurückgreifen können.)

- Einführung in die Vermessungs- und Katasterverwaltung des Landes Brandenburg und des Bundes
 - Vorstellung des zuständigen Referates im MIK
 - Einordnung der Ausbildungsbehörde LGB
 - Zusammenarbeit innerhalb der Landesverwaltung/interdisziplinäre Zusammenarbeit
 - Länderübergreifende Zusammenarbeit (AdV, LA Geobasis, GDI-DE)
 - Aufgaben von Berufsverbänden
- Organisation und Ablauf der Ausbildung
- Allgemeine Regelungen
 - Arbeitsschutz
 - Datensicherheit, Datenschutz
 - Reisekostenrecht
 - Geschäftsordnung

- Allgemeines Verwaltungsseminar I – ca. 3,5 Wochen
 - Allgemeines Verwaltungsrecht
 - Organisation der Landesverwaltung
 - Haushaltsrecht
 - BWL in der öffentlichen Verwaltung
 - Personal-, Arbeits- und Tarifrecht
 - Beamtenrecht
 - Kommunalrecht
 - Staatsrecht
 - Verfassungsrecht
 - Europa- und Völkerrecht
 - Privatrecht und Vertragsrecht
 - Grunderwerb und Enteignung

- Allgemeines Verwaltungsseminar II – ca. 2 Wochen
 - Aufgaben von Notaren; Grundstücksrecht, Kaufverträge
 - Bauplanungs- und Bauordnungsrecht
 - Wasserrecht
 - Stadtsanierung und besonderes Städtebaurecht
 - Naturschutz und Landschaftspflege
 - Vermessungs- und Liegenschaftswesen
 - Vertiefung Verwaltungsrecht

- Seminar Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit – ca. 3 Wochen
 - Kommunikation
 - Rhetorik
 - Kommunikation und Motivation

- Kommunikations- und Präsentationstechniken
 - Führung
 - Führungsstile
 - Führungsfunktionen und Prozesse der Teamentwicklung
 - Konfliktentstehung, -analyse und -bewältigung
 - Verwaltungsmanagement
 - Grundlagen des New Public Management
 - Projektmanagement
 - Change-Management, Wissensmanagement, Qualitätsmanagement,
 - Öffentliches Rechnungswesen
 - Organisation
 - Personalmanagement
 - Öffentliches Rechnungswesen
 - Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen
- Referendartage – ca. 25 einzelne Tagesveranstaltungen (insgesamt ca. 5 Wochen)
 - Aktuelle Themen der LGB und der Vermessungs- und Katasterverwaltung sowohl des Landes Brandenburg als auch auf Bundes- und EU-Ebene
 - Kontinuierliche Prüfungsvorbereitung
 - Vertiefung ausgewählter Schwerpunkte aus allen Ausbildungsabschnitten
 - Relevante gesellschaftliche Entwicklungen, z. B. Digitalisierung der Verwaltung
- Unterweisungsgemeinschaft – ca. 3 Tage
 - Erfahrungsaustausch zwischen den Laufbahnauszubildenden der teilnehmenden Bundesländer (Netzwerkbildung)
 - Föderalismus im Vermessungswesen; ausgewählte Themen der Vermessungs- und Katasterverwaltung im Vergleich der Bundesländer
- Prüfungsvorbereitung – ca. 2 Wochen
 - Repetitorium zu den allgemeinen Rechts- und Verwaltungsgrundlagen
 - Vertiefung ausgewählter Themen aus den Ausbildungsabschnitten I bis V, in der Regel in Tages- oder Halbtagesterminen bei den zuständigen Ausbildungsstellen
- Prüfungen – ca. 7 Wochen
 - Häusliche Prüfungsarbeit (HPA) – 6 Wochen, ca. 5 Monate vor Abschluss des Referendariats
 - Schriftliche Prüfungen – 4 Tage, ca. 2 Monate vor Abschluss des Referendariats
 - Mündliche Prüfungen – 2 Tage, zum Abschluss des Referendariats

5.7 Wahrzunehmende Termine im Ausbildungsabschnitt

- Alle Leitungstermine, u. a.:
 - Leitungskonferenzen der LGB
 - Jour Fixe MIK-LGB
 - Beratungen der Geschäftsleitung der LBB, der einzelnen Fachbereiche und Dezernate
 - Projektmanagementberatungen in der LGB
 - Besprechung der Amtsleiterinnen und Amtsleiter der Katasterbehörden
 - Dienstbesprechungen der Führungskräfte in den Ausbildungsbehörden
- Termine zu konkreten, vertraulichen Personalangelegenheiten/Personalentscheidungen
- Ausgewählte Veranstaltungen zur Verwaltungsmodernisierung (z. B. Zukunftskongress Staat und Verwaltung, Infrastrukturrkongress, Fachkongress des IT-Planungsrates usw.)
- Gerichtstermine
- Sitzungen der politischen Gremien (Landtag/Stadtrat/Kreistag, kommunale Fachausschüsse [z. B. Bauausschüsse])

5.8 Detailplanung für die einzelnen Ausbildungsteilabschnitte zum Prüfungsfach 1: Allgemeine Rechts- und Verwaltungsgrundlagen (fachrichtungsübergreifend)

5.8.1 Modul 1 – Rechtsgeschichte

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Rechtsgeschichte in den Grundzügen	AVS I/Selbststudium, RT	0,25
Rechtsstaatliche Entwicklung in Deutschland und Europa		
Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland		
		0,25

Modul 1 – Rechtsgeschichte		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
AVS I		Im Selbststudium - Rechtsgeschichte in den Grundzügen - Rechtsstaatliche Entwicklung in Deutschland und Europa - Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland
RT	0,25	- Präsentation/Diskussion des im Selbststudium erarbeiteten Wissens zu den Themen des Moduls
	0,25	

b. Lernziele

Grundlegender Einblick in die Geschichte des Rechts, der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sowie in die deutsche und europäische rechtsstaatliche Entwicklung

c. Selbststudium

Hinweise zu Quellen aus AVS I, insbesondere aus den Seminaren zum Staats- sowie Europa- und Völkerrecht (s. a. Module 2, 3 und 4).

5.8.2 Modul 2 – Allgemeines Staatsrecht

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Staatsbegriff, Staatswesen	AVS I	0,5
Völkerrecht in den Grundzügen		
Internationale und supranationale Organisationen, Rechtsstatus		
Staatsformen		
Entstehung und Auflösung von Staaten		
Staatliche Entwicklung in Deutschland		
		0,5

Modul 2 – Allgemeines Staatsrecht		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
AVS I	0,5	<ul style="list-style-type: none"> - Staatsbegriff, Staatswesen - Völkerrecht in den Grundzügen - Internationale und supranationale Organisationen, Rechtsstatus - Staatsformen - Entstehung und Auflösung von Staaten - Staatliche Entwicklung in Deutschland
	0,5	

5.8.3 Modul 3 – Verfassungsrecht des Bundes und der Länder

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Verfassungsgrundsätze und Grundrechte	AVS I, RT	0,75 + 0,25
Staatsrechtliches Wesen der Bundesrepublik Deutschland		
Verfassungsmäßige Regelungen für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung		
Verfassungsorgane des Bundes		
Funktionen der Staatsgewalt		
Gewaltenteilung <ul style="list-style-type: none"> - Begriff und Wesen der öffentlichen Verwaltung - Gesetzgebungsverfahren - Rechtsverordnungen und Satzungen - Rechtsprechung - Normenkontrolle und Verfassungsbeschwerde 		
Verfassungsorgane der Länder		
Staats- und Amtshaftungsgrundsätze		
Finanzwesen des Bundes und der Länder		

Modul 3 – Verfassungsrecht des Bundes und der Länder		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
AVS I	0,75	<ul style="list-style-type: none"> - Verfassungsgrundsätze und Grundrechte - Staatsrechtliches Wesen der Bundesrepublik Deutschland - Verfassungsmäßige Regelungen für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung - Verfassungsorgane des Bundes - Funktionen der Staatsgewalt - Gewaltenteilung - Verfassungsorgane der Länder - Staats- und Amtshaftungsgrundsätze - Finanzwesen des Bundes und der Länder
RT	0,25	<ul style="list-style-type: none"> - Verfassungsgrundsätze und Grundrechte
	1	

b. Lernziele

- Struktur und Anwendung des Verfassungsrechts,
- Diskussion aktueller Themen im Zusammenhang mit Verfassungsgrundsätzen und Grundrechten

5.8.4 Modul 4 – Europäische Union

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Entstehungsgeschichte	AVS 1, RT	0,75 + 0,25
Status und Organe		
Aufgaben und Ziele		
Übertragene Souveränitätsrechte		
Rechtsetzung und Umsetzung in nationales Recht		
Europäischer Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion		
		1

Modul 4 – Europäische Union		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
AVS I	0,75	<ul style="list-style-type: none"> - Entstehungsgeschichte - Status und Organe - Aufgaben und Ziele - Übertragene Souveränitätsrechte - Rechtsetzung und Umsetzung in nationales Recht - Europäischer Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion
RT	0,25	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtsetzung und Umsetzung in nationales Recht
	1	

b. Lernziele

- Rechtssetzung durch die EU, z. B. INSPIRE, PSI-Richtlinie, DSGVO, Berufsqualifikationsanerkennung
- Umsetzung von EU-Recht bei Bund und Ländern
- Vertragsverletzungsverfahren

c. Selbststudium

- Geschichte der Europäischen Union (Etappen der europäischen Integration, Vertragsgeschichte...)
- Wirtschafts- und Währungsunion; Literatur-/quellenhinweise u. a. aus dem Seminar zu Europa- und Völkerrecht

5.8.5 Modul 5 – Kommunalrecht

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Kommunale Gebietskörperschaften, Rechtsstatus	AVS I	1
Kommunalverfassung, Gemeindeordnung		
Organe und Aufgaben der Gebietskörperschaften		
Kommunales Finanzwesen		
		1

Modul 5 – Kommunalrecht		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
AVS I	1	<ul style="list-style-type: none"> - Kommunale Gebietskörperschaften, Rechtsstatus - Kommunalverfassung, Gemeindeordnung - Organe und Aufgaben der Gebietskörperschaften - Kommunales Finanzwesen
	1	

5.8.6 Modul 6 – Verwaltungsaufbau und Behördenorganisation bei Bund, Ländern, kommunalen Gebietskörperschaften und anderen öffentlich-rechtlichen Institutionen

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Verwaltungsaufbau des Bundes und der Länder	Einführungslehrgang, AVS I, RT	1 + 0,5 + 1
Organisation der unmittelbaren Staatsverwaltung		
Organe, Aufgaben und Organisation der mittelbaren Staatsverwaltung		
Aufgaben und Organisation von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts		
Aufgabenübertragung auf Rechtspersonen des Privatrechts		
Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht		
		2.5

Modul 6 – Verwaltungsaufbau und Behördenorganisation bei Bund, Ländern, kommunalen Gebietskörperschaften und anderen öffentlich-rechtlichen Institutionen		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
Einführungslehrgang	1	<ul style="list-style-type: none"> - Verwaltungsaufbau des Bundes und der Länder - Organisation der unmittelbaren Staatsverwaltung - Organe, Aufgaben und Organisation der mittelbaren Staatsverwaltung - Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht
AVS I	0,5	<ul style="list-style-type: none"> - Verwaltungsaufbau des Bundes und der Länder - Organisation der unmittelbaren Staatsverwaltung - Organe, Aufgaben und Organisation der mittelbaren Staatsverwaltung - Aufgaben und Organisation von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts - Aufgabenübertragung auf Rechtspersonen des Privatrechts - Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht
RT	1	<ul style="list-style-type: none"> - Organisation der unmittelbaren Staatsverwaltung - Organe, Aufgaben und Organisation der mittelbaren Staatsverwaltung - Aufgaben und Organisation von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts - Aufgabenübertragung auf Rechtspersonen des Privatrechts
	2,5	

5.8.7 Modul 7- Allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungshandeln, Verwaltungsprozessrecht

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und der Länder <ul style="list-style-type: none"> - Grundsätze des Verwaltungshandelns - Förmliche und nichtförmliche Verwaltungsverfahren - Abwägung und Ermessensausübung im Verwaltungsverfahren - Auslegung von Rechtsnormen - Amtshilfe 	AVS I, AVS II, Prüfungsvorbereitung	7+2+2
Verwaltungsvollstreckung		
Verwaltungszustellungsverfahren		
Verwaltungsgebühren		
Verwaltungsgerichtsordnung in Grundzügen		
Ordentliche und außerordentliche Rechtsbehelfe und Rechtsmittel		
		11

Modul 7 – Allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungshandeln, Verwaltungsprozessrecht		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
AVS I	7	- Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und der Länder
AVS II	2	- Verwaltungsvollstreckung - Verwaltungszustellungsverfahren - Verwaltungsgebühren - Verwaltungsgerichtsordnung in Grundzügen - Ordentliche und außerordentliche Rechtsbehelfe und Rechtsmittel
Prüfungsvorbereitung	2	Repetitorium
	11	

5.8.8 Modul 8 – Besonderes Verwaltungsrecht

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Beamtenrecht und Personalrecht	Einführungslehrgang, AVS I, RT	0,25+2+1,5
Disziplinarrecht		
Personalvertretungsrecht		
Ordnungswidrigkeitenrecht		
Arbeitsschutzrecht in den Grundzügen		
Datenschutzrecht in den Grundzügen		
Sozialrecht in den Grundzügen		
Steuerrecht in den Grundzügen		
Gewerbe- und Berufsrecht in den Grundzügen		
Polizeirecht in den Grundzügen		

Modul 8 – Besonderes Verwaltungsrecht		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
Einführungslehrgang	0,25	- Arbeitsschutzrecht in den Grundzügen - Datenschutzrecht in den Grundzügen
AVS I	2	- Beamtenrecht und Personalrecht - Disziplinarrecht - Personalvertretungsrecht - Ordnungswidrigkeitenrecht - Arbeitsschutzrecht in den Grundzügen - Datenschutzrecht in den Grundzügen - Sozialrecht in den Grundzügen - Steuerrecht in den Grundzügen - Gewerbe- und Berufsrecht in den Grundzügen
RT	1,5	- Personalvertretungsrecht - Ordnungswidrigkeitenrecht - Arbeitsschutzrecht in den Grundzügen - Datenschutzrecht in den Grundzügen - Sozialrecht in den Grundzügen

		- Steuerrecht in den Grundzügen - Polizeirecht in den Grundzügen
	3,75	

5.8.9 Modul 9 – Privatrecht und Zivilprozessrecht

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Bürgerliches Gesetzbuch - Allgemeiner Teil, Recht der Schuldverhältnisse und Sachenrecht in den Grundzügen - Nachbarrecht	AVS I, RT	1,5 + 0,25
Handels- und Gesellschaftsrecht in den Grundzügen		
Wettbewerbsrecht in den Grundzügen		
Vergaberecht in den Grundzügen		
Zivilprozessordnung in den Grundzügen - Gerichte und Zuständigkeiten - Verfahren bei den ordentlichen Gerichten - Rechtsmittel		
		1,75

Modul 9 – Privatrecht und Zivilprozessrecht		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
AVS I	1,5	- Bürgerliches Gesetzbuch - Handels- und Gesellschaftsrecht in den Grundzügen - Wettbewerbsrecht in den Grundzügen - Vergaberecht in den Grundzügen - Zivilprozessordnung in den Grundzügen
RT	0,25	- Handels- und Gesellschaftsrecht in den Grundzügen
	1,75	

c. Selbststudium

Nachbarrechtsgesetz

5.8.10 Modul 10 – Strafrecht

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Strafgesetzbuch in den Grundzügen	AVS I, RT	0,25 + 0,5
Straftaten im Amt		
Korruptionsprävention		
		0,75

Modul 10 – Strafrecht		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
AVS I	0,25	- Straftaten im Amt - Korruptionsprävention
RT	0,5	- Strafgesetzbuch in den Grundzügen - Korruptionsprävention
	0,75	

c. Selbststudium

Inhalt Strafgesetzbuch, Überblick Strafrecht

5.9 Detailplanung für die einzelnen Ausbildungsteilabschnitte zum Prüfungsfach 2: Führungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit (fachrichtungsübergreifend)

5.9.1 Modul 1 - Leitungskonzeptionen, -methoden und -techniken

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Begriffe	FWS, RT	2,5+0,25
Methoden und Techniken der Leitung und Lenkung <ul style="list-style-type: none"> - Führungs- und Leitungskonzeptionen - Kybernetik/Regelkreis-Modell - Orientierung (Input/Output, Mitarbeiter, Prozess, Produkt, Kunde) 		
Methoden und Techniken der Planung und Steuerung <ul style="list-style-type: none"> - Zielvereinbarung (Zielsetzung, Zielsysteme, Zielkonflikte) - Problemanalyse - Alternativensuche und -bewertung - Entscheidung - Kontrolle 		
		2,75

Modul 1 – Leitungskonzeptionen, -methoden und -techniken		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
FWS	2,5	<ul style="list-style-type: none"> - Begriffe - Methoden und Techniken der Leitung und Lenkung - Methoden und Techniken der Planung und Steuerung
RT	0,25	<ul style="list-style-type: none"> - Methoden und Techniken der Planung und Steuerung
	2,75	

b. Lernziele:

1. Verschiedene Aufgabenprofile (klassische Kernaufgaben, Aufgabenspezialisierung, interdisziplinäre Kooperationsaufgaben zwischen verschiedenen Fachspezialisten und Professionen)
2. Führungsstile
 - Unterschiede der Führungsstile
 - Diskussion der verschiedenen Führungsstile bis zu einer agilen Führungsform
 - Verteilung der Entscheidungsaufgaben

3. Grundkenntnisse der Menschenführung
 - Soziale Kompetenz
 - Individuum und Gruppen im Arbeitsprozess
 - Motivation
 - Anerkennung und Kritik
 - Kommunikation und Konfliktbehandlung
 - Belastungen und ihre Bewältigung, Arbeitsverdichtung
4. Gruppenabläufe und Gruppendynamiken
5. Kompetenzen und Methoden für die professionelle Begleitung von Systemen, Veränderungsprozesse in Systemen
6. Behördliche Steuerungsprozesse (u. a. betriebswirtschaftliche Steuerung, haushaltsrechtliche Aspekte).
7. Strategische und operative Steuerung
8. Bewertung und Diskussion der Qualität/der Eignung/der Praktikabilität/des Verhältnisses von Aufwand und Nutzen der praktischen Umsetzung in der LGB im Hinblick auf die allgemeinen Methoden und Techniken der Leitung und Lenkung sowie Planung und Steuerung
9. Darlegung der Steuerung eines Landesbetriebs mit Ziel-/Leitbild, Unternehmenskonzept und Zielvereinbarung zwischen aufsichtsführender Behörde und dem Landesbetrieb sowie Steuerung in einem Landesbetrieb mit Zielvereinbarungen der Geschäftsführung mit den Geschäftsbereichen sowie das dazugehörige Berichtswesen (z. B. LGB)
10. Wissensmanagement und Informationsmanagement
 - Informationsmanagement - reine Vermittlung von Informationen und Wissen
 - Wissensmanagement (im Zusammenhang mit dem Management der konkreten Verstehens- und Erklärungsprozesse)
 - Behördenweite Nutzung der Ressource „Wissen“
 - Plattformen zum zielorientierten Wissensaustausch
 - Wissenstransfer; Sichern und Übertragen des Wissens ausgeschiedener Beschäftigter bei Besetzung einer Stelle
11. Kenntnisse zur Methodik und Didaktik von Wissensvermittlung:
 - Themenauswahl
 - Aufbereitung der Themen
 - methodisch-didaktische Überlegungen und Ziele entwickeln
 - Unterrichten lernen
12. Grundzüge des Innovationsmanagements und der Methoden der Ideenfindung
 - Wandel und Wettbewerb
 - Ideenfindung für Innovationen
 - Innovationsworkshops zur Ideenfindung (neue Produkte oder Dienstleistungen)
 - Innovationsstrategie (z. B. Fachliche Zukunftskonzepte der Vermessungs- und Geoinformationsverwaltungen)
 - Instrumente der Strategieentwicklung (Gap-Analyse, SWOT-Analyse, Produkt/Markt-Matrix, Szenariotechnik, Suchfeldmatrix, Know-how-Innovationsportfolio)

c. Selbststudium

Dokumente der LGB im Zusammenhang mit den Lerninhalten des Moduls, z. B.

- Führungs- und Leitungskonzeption
- Leitbild und Führungsgrundsätze
- Personalentwicklungskonzept
- Zielvereinbarungen
- Gleichstellungskonzepte/Frauenförderpläne

d. Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 1, 3 und 4:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. die Begriffe im Bereich Leitungskonzeption, -methoden und -techniken sowie Personalführung.
2. Methoden und Techniken der Leitung und Lenkung und deren Charakterisierung.
3. Methoden und Techniken der Planung und Steuerung.
4. die unterschiedlichen Steuerungsprozesse eines Landesamtes bzw. eines Landesbetriebes und deren Vor- und Nachteile (u. a. hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Steuerung, haushaltsrechtlichen Aspekte).
5. die Unterschiede zwischen strategischer und operativer Steuerung (ggf. anhand von Beispielen).
6. Grundsätze des Arbeitsschutzes und des Gesundheitsmanagements (z. B. Anforderungen an einen Bildschirmarbeitsplatz).
7. Geeignete Formen zur Abfassung von Ergebnisprotokollen zu Beratungen und Gesprächen.
8. Formen der Öffentlichkeitsarbeit und Möglichkeiten zur Generierung von Konzepten der Öffentlichkeitsarbeit.
9. Grundsätze der (strategischen) Personalentwicklung einschließlich Nachwuchsgewinnung in verschiedenen Bereichen und Hierarchien der Verwaltung.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

10. verschiedene Aufgabepprofile (klassische Kernaufgaben, Aufgabenspezialisierung, interdisziplinäre Kooperationsaufgaben zwischen verschiedenen Fachspezialisten und Professionen) erkennen und diese unter dem Aspekt Innovation und Nachhaltigkeit bewerten.
11. die Begriffe Wissensmanagement und Informationsmanagement erläutern und die behördenweite Nutzung der Ressource „Wissen“ sowie den zielorientierten Wissensaustausch und deren Vorteile diskutieren.
12. Grundzüge des Innovationsmanagements und der Methoden der Ideenfindung erläutern und diskutieren.
13. die Qualität/die Eignung/die Praktikabilität/das Verhältnis von Aufwand und Nutzen der praktischen Umsetzung von Leitung und Lenkung sowie Planung und Steuerung in den verschiedenen Ausbildungsbehörden im Hinblick auf die allgemeinen Methoden und Techniken der Leitung und Lenkung sowie Planung und Steuerung beurteilen und bewerten.
14. Führungsstile benennen, miteinander vergleichen und in Bezug auf ihre Anwendung und Anwendbarkeit in der öffentlichen Verwaltung bewerten.
15. die aktuellen Rahmenbedingungen des demografischen Wandels, der Vielfalt im Team und weiterer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen diskutieren und einschätzen.
16. das Besoldungs- und Entgeltssystem für Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Grundzügen erläutern und richtig anwenden.
17. formal und inhaltlich zutreffende Beurteilungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abfassen.
18. dienstliche Beurteilungen durchführen und einschlägige Kriterien erläutern.
19. die Grundsätze für das Abfassen von Tätigkeitsdarstellungen und Dienstpostenbeschreibungen anwenden.

20. die Auswirkungen der Digitalisierung auf Prozesse und Aufgabenprofile beurteilen sowie die Konsequenzen hinsichtlich Personalbedarf und Kompetenzanforderungen beschreiben.
21. Aus- und Weiterbildungsformate zur neuen Kompetenzorientierung in der Personalpolitik aufzeigen.
22. neue Wege in der Personalrekrutierung erläutern.
23. Ursachen und Folgen des Trends zu mehr Quereinsteigern aufzeigen.
24. die tiefgreifenden Veränderungen der Mitarbeiterstruktur, Aufgaben und Berufsprofile diskutieren.
25. die Anforderungen an eine moderne Personalführung diskutieren.
26. die wachsende Komplexität in der Personalführung charakterisieren.
27. Instrumente und Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diskutieren.
28. Methoden der Konfliktbehandlung diskutieren.
29. Grundsätze der Zusammenarbeit mit Beschäftigten und deren verschiedenen Interessenvertretungen anwenden.
30. Prognosen in Bezug auf den Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst benennen und die sich daraus ergebenden Handlungsstrategien diskutieren.
31. Chancen und Risiken von Telearbeit (Home-Office versus ausgeprägte Präsenzkultur in der öffentlichen Verwaltung) diskutieren.
32. die Anwendung der verschiedenen Gesprächsarten diskutieren und bewerten.
33. Vorträge unter Beachtung rhetorischer und präsentationstechnischer Grundsätze mit guter Qualität halten.
34. Beratungen und Gespräche strukturiert vorbereiten und zielorientiert moderieren.

Sozialkompetenz; die Referendarinnen und Referendare sind in der Lage:

35. Anerkennung und Kritik gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angemessen äußern zu können.
36. angemessen zu kommunizieren (u. a. auch: Wann und wem biete ich als Vorgesetzter das „Du“ an?).
37. angemessen mit Belastungen umzugehen (z. B. private Probleme, Pflegenotwendigkeit eines Angehörigen, Arbeitsverdichtung).
38. angemessen mit besonderen Ereignissen umzugehen.
39. mit (runden) Geburtstagen u. ä. zu würdigenden privaten Ereignissen, Dienstjubiläen, Betriebsausflug, Weihnachtsfeier, Verabschiedungen aus dem Arbeitsleben, schweren Erkrankungen oder Tod einer Kollegin/ eines Kollegen, Mobbing etc. angemessen umzugehen.

5.9.2 Modul 2 – Management der öffentlichen Verwaltung und betriebswirtschaftliche Steuerung

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Begriffe - Verwaltung im sozialen System - Konzept „Bürokratie“ - Funktion und Selbstverständnis - New Public Management	FWS, RT Grundlagen siehe auch Modul 8 (AVS I)	1,5 + 1,5
Kalkulation		

Ressourcen		
Controlling (strategisch/operativ)		
<ul style="list-style-type: none"> - Ziele, Produkte, Leistungen - Kennzahlen - Berichtswesen 		
Kosten-Leistungs-Rechnung		
Kaufmännische Buchführung		
<ul style="list-style-type: none"> - Gewinn und Verlustrechnung - Bilanz - Eingeführte Datenverarbeitungssysteme 		
Qualitätsmanagement		
Projektmanagement		
Benchmarking		
Budgetierung		
		3,0

Modul 2 – Management der öffentlichen Verwaltung und betriebswirtschaftliche Steuerung		
Seminar/ Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
FWS	1,5	<ul style="list-style-type: none"> - Begriffe - Kalkulation - Ressourcen - Controlling (strategisch/operativ) - Kosten-Leistungs-Rechnung - Kaufmännische Buchführung - Qualitätsmanagement - Projektmanagement - Benchmarking - Budgetierung
RT	1,5	<ul style="list-style-type: none"> - Controlling (strategisch/operativ) - Qualitätsmanagement - Projektmanagement - Budgetierung
	3,0	

b. Lernziele:

1. Grundlagen moderner Verwaltungssteuerung; Definitionen/Theorien/Werkzeuge (Verwaltung, Bürokratietheorie, Managementinstrumente usw.)
2. Erläuterung und vertiefende Diskussion des aufgebauten Controllings sowie der unterschiedlichen Zielrichtungen in strategischer und operativer Hinsicht
3. Erläuterung des Controllinginstrumentes „Balanced Scorecard“
4. Diskussion verschiedener Kennzahlensysteme
5. Diskussion der Inhalte von Geschäftsberichten
6. Inhalt und Zielsetzungen von überörtlichen Prüfungen (z. B. Prüfungen durch den Landesrechnungshof, Geschäftsprüfungen der Katasterbehörden)
7. Erläuterung des internen Rechnungswesens /der Kosten-Leistungsrechnung eines Landesbetriebes mit Kostenarten, Kostenstellen und Kostenträgern sowie die verschiedenen Möglichkeiten der Kostenverteilung
8. Erläuterung und vertiefende Diskussion des externen Rechnungswesens/der kaufmännischen Buchführung
9. Vermittlung der Unterschiede zwischen Kameralistik und doppelter Buchführung
10. Grundzüge des Qualitätsmanagements
11. Erläuterung des „gelebten“ Projektmanagements
12. Diskussion der Thematik Benchmarking
13. Bewertung der Qualität/der Eignung/der Praktikabilität/des Verhältnisses von Aufwand und Nutzen der praktischen Umsetzung in der LGB im Hinblick auf das Management der öffentlichen Verwaltung und ihre betriebswirtschaftliche Steuerung

c. Selbststudium

Dokumente der LGB im Zusammenhang mit den Lerninhalten des Moduls, z. B.:

- Kosten- und Leistungsrechnung
- Qualitätsmanagement
- Projektmanagement
- Geschäftsberichte

d. Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 2, 7 und 8:

Fachkompetenz: die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. Begriffe im Bereich Management der öffentlichen Verwaltung und der betriebswirtschaftlichen Steuerung.
2. das Potential digitaler Technologien für die strategische Steuerung.
3. die steigenden Anforderungen und Erwartungen der Bürger und Unternehmen an die Leistungen und Angebote der öffentlichen Hand.
4. Grundzüge des Qualitätsmanagements und seine Bedeutung innerhalb der öffentlichen Verwaltung.
5. Grundzüge des Projektmanagements und seine Bedeutung innerhalb der öffentlichen Verwaltung.
6. Grundbegriffe und die grundlegenden Gesetze im Bereich Haushalts-, Rechnungs- und Kassenwesen.
7. Grundsätze der Haushaltsführung im Hinblick auf ihre verfassungsmäßige Relevanz.
8. die Unterschiede zwischen der Kameralistik und der doppelten Buchführung.
9. die Zusammenhänge im internen und externen Rechnungswesen.

10. die Inhalte des Jahresabschlusses mit Gewinn- und Verlustrechnung sowie eine Bilanz nach HGB in Grundzügen.
11. die Bedeutung von Geschäftsberichten.
12. Grundsätze der Haushaltsführung im Hinblick auf ihre Umsetzung in der Praxis.
13. das Haushaltsaufstellungsverfahren (Bund, Land, Kommune).
14. den Ablauf einer Rechnungslegung (Ausgaben).
15. die Aufgaben und Stellung der Rechnungshöfe und der Rechnungsprüfungsämter.
16. die Grundbegriffe und Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, der Wirtschaftlichkeitsrechnung und der vorbereitenden Untersuchungen für Investitionen.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

17. das Für und Wider von Zielvereinbarungen diskutieren.
18. das Für und Wider von „Bürokratie“ veranschaulichen und in einem rechtlichen Kontext analysieren.
19. Wirtschaftlichkeitsberechnungen handhaben und als Steuerungsinstrument bewerten.
20. Zielsetzungen überörtlicher Prüfung und einschlägiger Benchmarks erläutern und diskutieren.
21. Unterschiede zwischen der betriebswirtschaftlichen Steuerung in einem Privatunternehmen und in der öffentlichen Verwaltung ableiten und begründen.
22. die Qualität/die Eignung/die Praktikabilität/das Verhältnis von Aufwand und Nutzen der praktischen Umsetzung von Instrumenten zum Management der öffentlichen Verwaltung und ihrer betriebswirtschaftlichen Steuerung beurteilen, bewerten und evaluieren.
23. den Regelkreis zur Aufstellung des Haushaltes diskutieren.
24. existierende Grundlagen für volks- und betriebswirtschaftliche Untersuchungen anwenden.
25. den Aufwand und Nutzen von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Kostenvergleichsrechnungen, Kosten-Nutzen-Analysen und dgl. diskutieren.
26. Möglichkeiten und Grenzen der Verfahren aufzeigen.

5.9.3 Modul 3 – Personalführung

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Führungsstile	FWS, RT	2,5+2
Grundkenntnisse der Menschenführung <ul style="list-style-type: none"> - Soziale Kompetenz - Individuum und Gruppen im Arbeitsprozess - Motivation - Anerkennung und Kritik - Kommunikation und Konfliktbehandlung - Belastungen und ihre Bewältigung 		
Grundsätze der Zusammenarbeit mit Beschäftigten und deren Vertretung		
Personalbeurteilung		

Personalentwicklung		
Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement		
Gleichstellung		
		4,5

Modul 3 – Personalführung		
Seminar/ Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
FWS	2,5	<ul style="list-style-type: none"> - Führungsstile - Grundkenntnisse der Menschenführung - Grundsätze der Zusammenarbeit mit Beschäftigten und deren Vertretung - Personalbeurteilung - Personalentwicklung - Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement - Gleichstellung
RT	2	<ul style="list-style-type: none"> - Führungsstile - Grundkenntnisse der Menschenführung - Grundsätze der Zusammenarbeit mit Beschäftigten und deren Vertretung - Personalbeurteilung - Personalentwicklung - Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement - Gleichstellung
	4,5	

b. Lernziele:

1. Definition Führung und Management
 - Unterschiede Manager und Führungskräfte
 - Aktuelle Herausforderungen der Praxis (z. B. Führungsmethoden und Führungstechniken unter den Bedingungen verteilten Arbeitens wie Home-Office, Mobiles Arbeiten etc.)
2. Aufgabenprofile
 - Klassische Kernaufgaben
 - Interdisziplinäre Kooperationsaufgaben zwischen verschiedenen Fachspezialisten und Professionen
 - Veränderungen und Herausforderungen versus traditionelle Rollenverständnisse
 - Formen der Aufgabenspezialisierung
3. Grundzüge des Besoldungs- und Entgeltsystems für Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
4. Grundsätze der Zusammenarbeit mit Beschäftigten und deren Vertretung
 - Wachsende Komplexität
 - Neue Kompetenzorientierung in der Personalpolitik
 - Tiefgreifende Veränderungen der Mitarbeiterstruktur, Aufgaben und Berufsprofile
 - Diskussion einer guten und vertraulichen Zusammenarbeit mit dem Personalrat

5. Grundlagen und Methoden zur Personalbeurteilung
6. Praktische Bearbeitung von Stellenbeschreibungen, Stellenausschreibungen und Beurteilungen und die intensive Diskussion von deren Bedeutung
7. Personalentwicklung
 - Strategische Personalentwicklung
 - Auswirkungen der Digitalisierung auf Prozesse und Aufgabenprofile
 - Konsequenzen für den Personalbedarf
 - Kompetenzanforderungen
 - Zukunftsfähigkeit der Personalstruktur
 - Deckungslücken zwischen Kompetenzen und Anforderungen
 - Deckung des Personalbedarfs
 - Aus- und Weiterbildungsformate zur Weiterentwicklung der Kompetenzen
 - Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (z. B. aktuelle Studie des IAB)
 - Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst - Prognose und Handlungsstrategien bis 2030 (PWC 2018)
 - Home-Office versus ausgeprägte Präsenzkultur in der öffentlichen Verwaltung
 - Neue Wege und Diskussion einer guten Personalrekrutierung
 - Trends zu mehr Quereinsteigern
 - Kompetenzentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf die digitale Verwaltung
 - Auswirkungen des demografischen Wandels
 - Diskussion der Anforderungen an die Leitung durch die Vielfalt im Team von den Baby Boomern bis zur Generation Z
 - Diskussion der Grundzüge der Personalentwicklung
 - Diskussion der Ziele und Durchführung der verschiedenen Gesprächsarten (Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräch, Beurteilungsgespräch, Personalentwicklungsgespräch, Konfliktgespräch)
8. Erläuterung der Grundzüge der Personalvertretung, des Arbeitsschutzes, des Gesundheitsmanagements (Hierbei sollte auch auf die sogenannten BEM-Gespräche eingegangen werden) und der Gleichstellung im Betrieb
9. Einbeziehung in laufende Vorgänge, u. a.
 - Beurteilungsverfahren
 - Mitarbeiter-/Konflikt-/Kritikgespräche
 - Personalführungsgespräche
10. Vertiefung der Inhalte insbesondere der Menschenführung mit Ansprechpersonen aus dem Personalbereich

c. Selbststudium

Dokumente der LGB im Zusammenhang mit den Lerninhalten des Moduls, z. B.

- Personalentwicklungskonzeption
- Dienstvereinbarungen zu Servicezeit, Arbeitsortflexibilisierung, elektronische Zutrittskontrolle usw.
- Betriebliches Gesundheitsmanagement
- Korruptionsprävention
- Chancengleichheit

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Siehe 5.9.1 d - Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 1, 3 und 4

5.9.4 Modul 4 – Kommunikation

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Rhetorik	FWS	5
Gesprächsführung		
Moderation und Besprechungstechnik		
Präsentation und ihre Technik		
Öffentlichkeitsarbeit, Medienarbeit, Pressearbeit	RT	0,25
		5,25

Modul 4 – Kommunikation		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
FWS	5	<ul style="list-style-type: none"> - Rhetorik* - Gesprächsführung* - Moderation und Besprechungstechnik* - Präsentation und ihre Technik*
RT	0,25	<ul style="list-style-type: none"> - Öffentlichkeitsarbeit, Medienarbeit, Pressearbeit <p><i>* Die Referendartage dienen regelmäßig der Anwendung und Übung der im FWS erarbeiteten Kenntnisse und Fähigkeiten zu den in diesem Modul genannten Themen</i></p>
	5,25	

b. Lernziele:

1. Halten von Vorträgen zu verschiedenen Themen vor einem größeren Personenkreis
2. Übung der Protokollführung bei Gesprächen und Sitzungen
3. Übung der Anfertigung von Vermerken
4. Leitung bzw. Moderation ausgewählter dienstlicher Beratungen und Gespräche einschließlich deren Vorbereitung (Raumbestellung, Einladung der beteiligten Personen, Ausgestaltung des Beratungsraumes, Präsentationstechnik, ...)
5. Die Wichtigkeit der Eigenpräsentation und deren Umsetzung sind zu „schärfen“
6. E-Mail-Hygiene

7. Erläuterung der Öffentlichkeitsarbeit und der Pressearbeit in der Verwaltung sowie dem Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern
8. Darlegung der Zusammenarbeit mit Pressestellen, Erstellung von Pressemitteilungen sowie Vorbereitung von Pressekonferenzen
9. Grundbegriff: Public Relation Management
10. Übergabe einer Aufgabe aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit, z. B. Überarbeitung eines Flyers, einer Wandtafel oder Abfassen einer Pressemitteilung

c. Selbststudium

Grundlagen der menschlichen Kommunikation,
Grundlagen von Assessement-Center...

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Siehe 5.9.1 d - Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 1,3 und 4

5.9.5 Modul 5 –Informationstechnik

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Organisation beim Einsatz der Informationstechnik, Pflichtenheft	Einführungslehrgang, FWS, RT	0,25+0,5+ 0,75
Datensicherheit		
E-Government		
E-Vergabe		
Datenschutz		
Statistik		
		1,5

Modul 5 – Informationstechnik		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
Einführungslehrgang	0,25	- Datensicherheit
FWS	0,5	- Organisation beim Einsatz der Informationstechnik, Pflichtenheft - Datensicherheit - E-Government - E-Vergabe

RT	0,75	- Datensicherheit - E-Government - Datenschutz
	1,5	

b. Lernziele:

1. E-Government
 - Mobile Plattformangebote, Bürger-Apps
 - Umsetzung des bundesweiten Portalverbundes auf Grundlage des Onlinezugangsgesetzes (online-Dienstleistungen, einmalige Authentifizierung, Bürger- und Unternehmenskonto, prozessgesteuerter Zugang zu digitalen Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen)
 - Verwaltungsübergreifende Cloud-Systeme
 - Notwendige Standardisierung von Verfahren, Daten, Schnittstellen und Anwendungen
 - Einführung E-Akte; Stand der Umsetzung im Land Brandenburg
 - Smart Government als Schub für die Entwicklung zur Bürgergesellschaft
 - Big Data zur Entscheidungsunterstützung
 - Inhalt und Zielsetzungen von Smart City-/Smart Country-Konzepten
 - Blockchain-Technologie, Künstliche Intelligenz, Chatbot, Internet der Dinge - mögliche Auswirkung für die Verwaltung im Allgemeinen und speziell für die Vermessungs-/Geoinformationsverwaltung, z B. Registrierung von Eigentum (Grundbuch, Personenstandsverzeichnisse)
2. Erläuterung der Aufgaben im Datenschutz einschl. der/des Datenschutzbeauftragten im Kontext der EU-DSGVO
3. Umsetzung der DSGVO
4. Darlegung der organisatorischen Einbindung der IT
5. Erläuterung der Besonderheiten der Beschaffung von IT: IT-Planung (Ressourcen, Finanzen), Ausschreibung von Hardware, Software und Dienstleistungen; Besonderheiten von IT-Pflichten-/Lastenheften, EVB-IT-Verträge
6. Zusammenarbeit mit dem zentralen IT-Dienstleister des Landes Brandenburg (Vor- und Nachteile, Problemfelder)
7. Erläuterung der Aufgaben des Informations- und Sicherheitsmanagements einer Dienststelle
8. Grundlagen und Maßnahmen zur Barrierefreiheit
9. Diskussion des Themas Cyber-Kriminalität
10. Erläuterung der Funktionsweise eines Rechenzentrums (Betriebsmodelle, Schnittstellen und Prozesse)
11. ITIL (Information Technology Infrastructure Library) als Best-Practice-Leitfaden im Bereich IT-Service-Management
12. Zusammenarbeit mit anderen Partnern im Umfeld der IT-Technik (innerhalb der eigenen Verwaltung; mit anderen Städten; mit anderen Ländern, Regionen (Metropolregion); mit Partnern aus der Wirtschaft)
13. Darlegung der Nutzung moderner IT-Strukturen (Cloud, virtuelle Server, ...)

c. Selbststudium

- Relevante Dokumente des Landes Brandenburg/der LGB im Zusammenhang mit den Lerninhalten des Moduls, z. B.
 - Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg
 - E-Government-Gesetze (Bund, Land Brandenburg)
 - Geschäftsanweisungen und Dienstanweisungen/-vereinbarungen der LGB zu IT-Anwendungen, Datensicherheit, Datenschutz
 - Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetz (Brandenburgische Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung – BbgBITV)
 - Stellung und Aufgaben von IT-Planungsrat und IT-Rat Brandenburg

d. Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 5 und 6:

Fachkompetenz; die Referendarinnen und Referendare kennen:

1. Entwicklungstendenzen in der Anwendung der Informationstechnik.
2. die Rolle der Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung.
3. Grundsätze der Datensicherheit beim Einsatz der Informationstechnik.
4. politische Zielstellungen und Grundsätze der Konzeption E-Government.
5. Grundsätze der E-Vergabe/ E-Akte u. dgl.
6. Möglichkeiten mobiler Plattformangebote, Bürger-Apps.
7. die Einsetzbarkeit verwaltungsübergreifender Cloud-Systeme.
8. notwendige Standardisierung von Verfahren, Daten, Schnittstellen und Anwendungen.
9. Smart Government als Schub für die Entwicklung zur Bürgergesellschaft.
10. Big Data zur Entscheidungsunterstützung.
11. Inhalt von Smart City-/Smart Country-Konzepten.
12. Grundsätze des Datenschutzes im Umgang mit der Informationstechnik.
13. Begriff und Inhalt "Smart Government".
14. Politisch-administrative Rahmenbedingungen für die Digitalisierung von Staat und Verwaltung.
15. Herausforderungen und notwendige Anpassungen der Behörden auf dem Weg zur digitalen Organisation.
16. Anforderungen an das Personal auf dem Weg zur digitalen Organisation.
17. die Führungskultur in der digitalen Organisation.
18. die Vision der digital vernetzten Verwaltung.
19. Potentiale der Automatisierung von Verwaltungsvorgängen/-verfahren.
20. digitale Assistenzsysteme und deren Zielsetzung für automatische Verwaltungsverfahren.
21. kontinuierliche Verbesserungen digitaler Dienstleistungen als zentrale Aufgabe der digitalen Organisation.

Methodenkompetenz; die Referendarinnen und Referendare können:

22. Grundsätze der Organisation beim Einsatz der Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung erläutern.
23. die Besonderheiten in der Planung und in der Umsetzung von Beschaffungen im IT-Bereich einschl. der vertraglichen Regelungen darlegen.
24. die Notwendigkeit der verschiedenen erforderlichen Maßnahmen zur Datensicherheit/Informationssicherheit und zum Datenschutz benennen und bewerten.
25. den Einsatz von Blockchain-Technologie, Künstlicher Intelligenz, Chatbot, Internet der Dinge im Hinblick auf mögliche Auswirkung für die Verwaltung diskutieren.

26. Auswirkungen der EU-DSGVO auf die Arbeit in der öffentlichen Verwaltung und bei hoheitlich Beliehenen (ÖbVI) bei der Führung und Bereitstellung von Geobasisdaten darlegen.
27. Grundzüge der Organisationslehre erläutern und aus Praxissicht bewerten.
28. Veränderungen der Arbeitswelt durch die digitale Transformation erläutern und Stellschrauben auf dem Weg dorthin aufzeigen.
29. die besonderen Herausforderungen an die Leitung in den „dynamischen Zeiten“ der digitalen Transformation benennen, diskutieren und bewerten.
30. die Organisation und den Geschäftsbetrieb der LGB beschreiben und aus Praxissicht bewerten.
31. Methoden der Geschäftsprozessoptimierung benennen und aus Praxissicht bewerten.
32. die Umsetzung des bundesweiten Portalverbundes (online-Dienstleistungen, einmalige Authentifizierung (Bürger- und Unternehmens-konto)), den prozessgesteuerten Zugang zu digitalen Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen erläutern.
33. den Einsatz von Projekt- und Schnittstellenmanagern mit eigenen Kompetenzprofilen diskutieren.
34. den Einsatz selbstbestimmter Formen der Arbeitseinsatzorganisation (Home-Office, Telearbeit) diskutieren.
35. den Stand der interdisziplinären Zusammenarbeit in den Ausbildungsbehörden erläutern und aus Praxissicht bewerten.
36. die Bündelung der Kompetenzen der öffentlichen Hand in größeren ebenenübergreifenden Institutionen veranschaulichen.

5.9.6 Modul 6 – Organisation

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Grundzüge der Organisationslehre	Einführungslehrgang, FWS, RT	0,5 +1,5+5,5
Aufgaben, Organisation und Geschäftsbetrieb		
Geschäftsprozessoptimierung		
Interdisziplinäre Zusammenarbeit*		
		7,5

Modul 6 –Organisation		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
Einführungslehrgang	0,5	- Interdisziplinäre Zusammenarbeit * AVS I, AVS II und FWS, die gemeinsam mit Laufbahnauszubildenden anderer Fachrichtungen durchgeführt werden, dienen dem interdisziplinären Austausch unter den Teilnehmenden

FWS	1,5	<ul style="list-style-type: none"> - Grundzüge der Organisationslehre - Aufgaben, Organisation und Geschäftsbetrieb - Geschäftsprozessoptimierung
RT	5,5	<ul style="list-style-type: none"> - Aufgaben, Organisation und Geschäftsbetrieb - Geschäftsprozessoptimierung
	7,5	

b. Lernziele:

1. Moderne Herausforderungen an die Arbeitsorganisation
 - Veränderungen der Arbeitswelt durch die digitale Transformation
 - Diskussion der verschiedenen Organisationsformen (Linie, Stab-Linie, Matrix, ...); Diskussion der Vor- und Nachteile
 - Darlegung und vertiefende Diskussion der Vernetzung in einem eigenen fachlichen und im interdisziplinären Umfeld
 - Erläuterung der aktuellen Herausforderungen an Führung und Führungskräfte im Kontext der digitalen Transformation, virtueller Organisationen und Geschäftsprozesse
 - Vertiefende Diskussion im Kontext Changemanagement
 - Darlegung und vertiefende Diskussion einer agilen Führung in der „Welt 4.0“
 - Stellschrauben auf dem Weg zur digitalen Transformation
 - Begriff und Inhalt "Smart Government"
 - Politisch-administrative Rahmenbedingungen für die Digitalisierung von Staat und Verwaltung
 - Digitalisierung als Motor für eine tiefere Kooperation und Zusammenarbeit
 - Anforderungen an das Personal auf dem Weg zur digitalen Organisation
 - Kontinuierliche Verbesserung digitaler Dienstleistung als zentrale Aufgabe der digitalen Organisation
 - Projekt- und Schnittstellenmanager mit eigenen Kompetenzprofilen
 - Einsatz selbstbestimmter Formen der Arbeitseinsatzorganisation (Home-Office, Telearbeit)
2. Grundzüge der Organisationslehre
 - Herausforderungen und notwendige Anpassungen der Behörden auf dem Weg zur digitalen Organisation
 - Führungskultur in der digitalen Organisation
 - Vision der digital vernetzten Verwaltung
3. Geschäftsprozessoptimierung
 - Abbildung von Geschäftsprozessen
 - Auslotung von Potentialen der Automatisierung von Verwaltungsvorgängen/-verfahren
 - Digitale Assistenzsysteme und deren Zielsetzung für automatische Verwaltungsverfahren
 - Einsatz KI (Künstliche Intelligenz)
4. Interdisziplinäre Zusammenarbeit
 - Bündelung der Kompetenzen der öffentlichen Hand in größeren ebenenübergreifenden Institutionen
 - Virtuelle Organisationen und deren Auswirkungen

c. Selbststudium

- Geschäftsanweisungen und Dienstanweisungen/-vereinbarungen der LGB zu Organisation und Geschäftsbetrieb
- Organigramm, Geschäftsverteilungsplan der LGB, Organigramme der Landesverwaltung des Landes Brandenburg,
- ITIL
- Grundkenntnisse der neuen agilen Techniken (z. B. SCRUM, Design Thinking, Kanban)

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Siehe 5.9.5 d - Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 5 und 6

5.9.7 Modul 7- Haushalts-, Rechnungs- und Kassenwesen des Bundes, der Länder und der Kommunen

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Rahmengesetzgebung zum Haushaltsrecht	AVS I, FWS	1+0,5
Haushaltsordnungen		
Haushaltsgesetze		
Grundlagen des Haushalts <ul style="list-style-type: none"> - Grundsätze/Begriffe (Entwurf, Plan, Gesetz, Vollzug, Prüfung) - Finanzplanung - Programmplanung - Verfahren und Regeln der Bewirtschaftung - Rechnungslegung 		
Aufgaben der Rechnungshöfe und der Rechnungsprüfungsämter		
		1,5

Modul 7 – Haushalts-, Rechnungs- und Kassenwesen des Bundes, der Länder und der Kommunen		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
AVS I	1	<ul style="list-style-type: none"> - Rahmengesetzgebung zum Haushaltsrecht - Haushaltsordnungen - Haushaltsgesetze - Grundlagen des Haushalts - Aufgaben der Rechnungshöfe und der Rechnungsprüfungsämter
FWS	0,5	<ul style="list-style-type: none"> - Grundlagen des Haushalts
	1,5	

b. Lernziele:

1. Grundlegende Charakterisierung und Abgrenzung von
 - Haushaltsgesetz
 - (Landes-)Haushaltsordnung
 - Haushaltsplan
2. Vermittlung der Haushaltsgrundsätze
3. Darlegung der Rahmengesetzgebung zum Haushaltsrecht und des Regelkreises der Aufstellung des Haushaltes
4. u. a. die Beantwortung der Frage: Wie kommt die Dienststellenleitung zu Betriebs- und Investitionsmitteln?
5. Vermittlung der Aufgaben des Rechnungshofes
6. Darlegung des Umganges der Behörde mit den Rechnungshofberichten

c. Selbststudium

Relevante Dokumente des Landes Brandenburg/der LGB im Zusammenhang mit den Lerninhalten des Moduls, z. B.

- Haushaltsgesetz, Haushaltsplan, Haushaltsrechnung des Landes Brandenburg und der Kommunen
- Haushalts- und Bewirtschaftungserlasse
- Wirtschaftsplan
- Haushaltstitel und deren Bewirtschaftung
- Berichte des Landesrechnungshofes Brandenburg

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Siehe 5.9.2 d - Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 2, 7 und 8

5.9.8 Modul 8 – Volks- und betriebswirtschaftliche Untersuchungen

a. Ausbildungsplan

Ausbildungsinhalte gemäß Prüfstoffverzeichnis	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Grundbegriffe der Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> - Grundsätze - Minimal-/Maximal-/Optimal-Prinzip - Rahmendaten und Datenrahmen 	AVS I, FWS	2+1
Rechentechniken der Wirtschaftlichkeitsrechnung <ul style="list-style-type: none"> - Ausgabenrechnung, Kalkulation und Aufgabenwirtschaftlichkeit - Statische/Dynamische Rechenverfahren - Kapitalwertmethoden 		
Verfahren der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung <ul style="list-style-type: none"> - Gesamtwirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Betrachtung - Monetäre/Nichtmonetäre Betrachtung - Kostenvergleichsrechnung - Investitionsrechnung 		

Bewertungsverfahren für Unterhaltungs- und Betriebsaufgaben, Lebenszyklusbetrachtung		
Beschaffungsmaßnahmen, alternative Formen der Bedarfsdeckung		
Investitionsmaßnahmen - Kosten-Nutzen-Analysen - Nutzwertanalyse/Kostenwirksamkeitsanalyse		
Möglichkeiten und Grenzen der Verfahren		
		3

Modul 8 – Volks- und betriebswirtschaftliche Untersuchungen		
Seminar/ Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
AVS I	2	<ul style="list-style-type: none"> - Grundbegriffe der Wirtschaftlichkeit - Rechentechniken der Wirtschaftlichkeitsrechnung - Verfahren der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung - Bewertungsverfahren für Unterhaltungs- und Betriebsaufgaben, Lebenszyklusbetrachtung - Beschaffungsmaßnahmen, alternative Formen der Bedarfsdeckung - Investitionsmaßnahmen - Möglichkeiten und Grenzen der Verfahren
FWS	1	<ul style="list-style-type: none"> - Grundbegriffe der Wirtschaftlichkeit - Rechentechniken der Wirtschaftlichkeitsrechnung - Verfahren der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung - Bewertungsverfahren für Unterhaltungs- und Betriebsaufgaben, Lebenszyklusbetrachtung - Beschaffungsmaßnahmen, alternative Formen der Bedarfsdeckung - Investitionsmaßnahmen - Möglichkeiten und Grenzen der Verfahren
	3	

b. Lernziele:

1. Grundlagen für Volks- und Betriebswirtschaftliche Untersuchungen
2. Vorgaben der Landeshaushaltsordnung für Wirtschaftlichkeitsberechnungen
3. Vorstellung und Bewertung von Theorie und Praxis der in der Ausbildungsbehörde praktizierten volks- und betriebswirtschaftlichen Untersuchungen aus Sicht der Referendarin/des Referendars (z. B. Einsatz der Lösung WiBe (Konzept für Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen in der öffentlichen Verwaltung))

c. Selbststudium

- Kosten-Nutzen-Analysen zu Beschaffungsmaßnahmen der LGB
- Durchführung von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen anhand des WiBe-Kriterienkatalogs

d. Lernzielkontrolle des Ausbildungsmoduls:

Siehe 5.9.2 d - Lernzielkontrolle zu den Ausbildungsmodulen 2, 7 und 8

5.10 Detailplanung für Seminare und Lehrgänge zu übergeordneten Themen aus den Ausbildungsabschnitten I bis IV (Prüfungsfächer 3 bis 6)

5.10.1 Interdisziplinäre Seminare zu übergeordneten Fachthemen

Ausbildungsplan

Übergeordnete Themen	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Grunderwerb und Enteignung	AVS I, AVS II	0,5+7
Bauplanungs- und Bauordnungsrecht		
Stadtsanierung und Städtebau		
Naturschutz und Landschaftspflege		
Wasserrecht		
Vermessungs- und Liegenschaftswesen		
Organisation der Notare, Grundstücksrecht und Kaufverträge		
		7,5

Interdisziplinäre Seminare zu übergeordneten Fachthemen		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
AVS I	0,5	- Grunderwerb und Enteignung
AVS II	7	- Bauplanungs- und Bauordnungsrecht - Stadtsanierung und Städtebau - Naturschutz und Landschaftspflege - Wasserrecht - Vermessungs- und Liegenschaftswesen - Organisation der Notare, Grundstücksrecht und Kaufverträge
	7,5	

5.10.2 Seminare/Lehrgänge zu übergeordneten Themen für die Referendarinnen und Referendare der Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation

Ausbildungsplan

Übergeordnete Themen	Seminar/Lehrgang	Dauer in Tagen
Organisation und Ablauf der Ausbildung, Allgemeine Regelungen	Einführungsseminar, RT, UWG; Ausbildungsstellen aus den Ausbildungsabschnitten I-IV	24
Einführung in MIK und LGB		
Vertiefung von Themen aus den Ausbildungsabschnitten I bis IV		
Aktuelle Themen der Vermessungs- und Katasterverwaltung Brandenburg und der anderen Bundesländer		
Austausch zu länderübergreifenden Themen der Vermessungs- und Katasterverwaltungen der Länder- und des Bundes mit Laufbahnauszubildenden anderer Bundesländer		
Prüfungsvorbereitung		
		24

Seminare/Lehrgänge zu übergeordneten Themen für die Referendarinnen und Referendare der Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation		
Seminar/Lehrgang	Anteil in Tagen	Themen
Einführungslehrgang	3	- Organisation und Ablauf der Ausbildung, Allgemeine Regelungen - Einführung in MIK und LGB
RT	10,5	- Vertiefung von Themen aus den Ausbildungsabschnitten I bis IV - Aktuelle Themen der Vermessungs- und Katasterverwaltung Brandenburg und der anderen Bundesländer
UWG	3	- Austausch zu länderübergreifenden Themen der Vermessungs- und Katasterverwaltungen der Länder- und des Bundes mit Laufbahnauszubildenden anderer Bundesländer
Ausbildungsstellen aus den Ausbildungsabschnitten I bis IV, Selbststudium	ca. 7,5	- Prüfungsvorbereitung: - nach Bedarf in Halbtages- bis Tageterminen; Vertiefung ausgewählter Themen aus den Ausbildungsabschnitten I bis V i.d.R. bei den zuständigen Ausbildungsstellen - individuelle Prüfungsvorbereitung
	24	

5.11 Detailplanung zu den Prüfungen

Prüfungen	Behörde	Dauer in Tagen
Häusliche Prüfungsarbeit	LGB (zu Hause)	30
Schriftliche Prüfungen	LGB (unter Aufsicht)	4
Mündliche Prüfung	OPA	2
		36



Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Telefon: +49 331 8844-123

Telefax: +49 331 8844-16123

E-Mail: poststelle@geobasis-bb.de

Internet: www.geobasis-bb.de

Stand: 17.11.2021

